

Ilko-Sascha Kowalcuk

# Die Übernahme

Wie Ostdeutschland Teil der  
Bundesrepublik wurde

C.H.Beck

1.–3. Auflage. 2019

4. Auflage. 2019

© Verlag C.H.Beck oHG, München 2019  
www.chbeck.de

Umschlaggestaltung: Kunst oder Reklame, München  
unter Verwendung eines Motivs von Shutterstock  
Satz: C.H.Beck.Media.Solutions, Nördlingen  
Druck und Bindung: Pustet, Regensburg  
Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier  
(hergestellt aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff)

Printed in Germany  
ISBN 978-3-406-74020-6

  
klimaneutral produziert  
www.chbeck.de/nachhaltig

## Inhaltsverzeichnis

1	<b>Zwischen Aufbruch und Abbruch</b>	9
	Geschichten 9 Herausforderungen 17 Der Essay 21	
2	<b>1989: die unvorstellbare Revolution</b>	24
	Von der Krise zum Aufbruch 25 Anfänge der Revolution 29 Der letzte Republikgeburtstag 34 Unmittelbare Folgen des Mauerfalls 36 Vom Runden Tisch zu freien Wahlen 43	
3	<b>1990: das letzte, unglaubliche Jahr der DDR</b>	50
	Neue Erfahrung: Arbeitslosigkeit 51 Soziale Protestbereitschaft 56 Hoffnungen und Erwartungen 61	
4	<b>Der Beitritt: alternativlos?</b>	65
	Was wäre wenn ...? 68 In was für einer Verfassung? 73 Das Vertragswerk und die Parlamente 78	
5	<b>Keine Ehe unter Gleichen: die Konstruktion «des Ostdeutschen»</b>	83
	Wer sind Ostdeutsche? 83 Ostdeutsche als «Andere» 89 Kein Abschied von der Bundesrepublik 90 Westdeutsche Selbstbilder im Spiegel ostdeutscher Konstruktionen 95 Die Forderung: «Anpassung» 101 Die Angepassten 103 Die Hauptstadtdebatte 106	

<b>6  </b>	<b>Blühende Landschaften? Die wirtschaftliche Übernahme Ostdeutschlands und ihre Profiteure</b> _____	<b>110</b>
	Die harte Währung und ihre Gewinner 113 Stagnation 117 Die Treuhand 120 Das Kali-Drama und die bundesdeutsche Bergbaupolitik 123 Die Eigentumsfrage 127 Die Landwirtschaft 129 Der Abzug der sowjetischen Truppen als Wirtschaftsfaktor 131 Der ökonomische Kollaps als Kulturmampf 134	
<b>7  </b>	<b>Tabula rasa: die soziale Katastrophe</b> _____	<b>137</b>
	Der Zusammenbruch der Arbeitsgesellschaft 138 Das Unverständnis für Ostdeutschland 146 Das Beschäftigungsproblem 148 Die kulturelle Ausgrenzung 150 Mobilität als Problem 151 Rentenprobleme 153 Gewinnerinnen oder Verliererinnen? 156 Gerechtigkeit und Freiheit 162 Neue Benachteiligungen 165	
<b>8  </b>	<b>Kulturelle Hegemonie: der Elitenauftausch und die Entwertung ostdeutscher Kultur</b> _____	<b>170</b>
	«Aufbauhelfer» aus dem Westen 171 Der Elitenauftausch an den Universitäten 176 Ost-Eliten im vereinigten Deutschland 180 Die Folgen von fehlenden Ost-Eliten 183 Die Abwertung ostdeutscher Künstlerinnen und Künstler 185 Die Demütigung von Stefan Heym 190	
<b>9  </b>	<b>Das zweite Leben der Stasi: Vergangenheitsaufarbeitung und ihre Folgen</b> _____	<b>193</b>
	Die Aufarbeitung: die SED-Diktatur als Stasi-Staat 194 Gesellschaftspolitische Dimensionen der Aufarbeitung 199 Aufarbeitung und Wissenschaft 202 Die Zukunft der Aufarbeitung 205 Die Ostdeutschen und ihre Vergangenheit 210	
<b>10  </b>	<b>Ungebrochene Traditionen: Bürden der Vergangenheit als Last der Gegenwart</b> _____	<b>215</b>
	Demokratie ohne Demokraten 216 Antisemitismus 219 Ausländerinnen und Ausländer 220 Illiberale Einstellungen 224 Nationalismus 226 Rassismus 229	
<b>11  </b>	<b>Politisch ein anderes Land? Der unverstandene Osten</b> _____	<b>234</b>
	Medien in Ostdeutschland 235 Wahlen im Osten 239 Der neue Staat 243 Parteien im Osten 247 Sonderfall: SED – SED/PDS – PDS – Die Linke 250 Die ostdeutsche Zivilgesellschaft 258	
<b>12  </b>	<b>Die Zukunft Ostdeutschlands in der Welt: Zusammenfassung und Ausblick</b> _____	<b>264</b>
	Zwischen 1989: Hoffnungslosigkeit und 1990: Hoffnungen 264 Zukunftsvisionen für Ostdeutschland Anfang der 1990er Jahre 266 Fehlende Anerkennung 270 Ostdeutschland als Labor der Globalisierung 274	
	<b>Danksagung</b> _____ <b>286</b>	
	<b>Anmerkungen</b> _____ <b>288</b>	
	<b>Literaturhinweise</b> _____ <b>310</b>	
	<b>Personenregister</b> _____ <b>315</b>	

## Zwischen Aufbruch und Abbruch

### Geschichten

Dieter starb nur wenige Tage vor seinem 65. Geburtstag. Wir schreiben das Jahr 1998. Neun Jahre sind seit dem Mauerfall vergangen, acht Jahre seit der Herstellung der staatlichen Einheit Deutschlands: Aufbrüche. Hoffnungen. Erwartungen. Enttäuschungen. Bitternis. Alles nacheinander und alles zugleich. Es war eine aufregende Zeit, auch für Dieter. Schließlich das ultimative Aus. Nicht einmal die Rente konnte er genießen. In der DDR kannte jeder den Witz: Ein guter Kommunist stirbt an seinem 65. Geburtstag, um die leeren Kassen des Staatshaushaltes nicht zu belasten – oder geht in den Westen, um dem Klassenfeind zu schaden. Dieter war nicht in den Westen gegangen. Dieser kam zu ihm. Gefreut hatte er sich, endlich im Osten den Westen zu haben.

Dieter hatte keine untypische Karriere hingelegt. Am Ende des letzten großen Krieges mit Brüdern und Mutter vertrieben, ging er nur kurz im Brandenburgischen zur Schule. Er musste Geld verdienen, die Familie mit ernähren. Dieter wurde Maurer – im Nachkriegsdeutschland ein nützlicher, gefragter, krisenfester Beruf. Er baute viel, auch nach Feierabend und am Wochenende. Rackern und Schuften von morgens bis abends. Bescheidener Wohlstand stellte sich ein. Er brauchte diesen nicht, aber seinen beiden Kindern sollte es an nichts fehlen, sollte es besser ergehen als ihren Eltern. Als bald ging er abends nicht mehr auf den Bau, sondern in die Schule. Fortbildung. Weiterbildung. Vorbild wollte er seinen Kindern sein. Dieter war es. Seine Kinder studierten. Ihr Vater machte Karriere. Stück für Stück. Ohne Kompromisse ging es nicht. Er trat in die Partei, die SED, ein. Kommunist war er nicht, wurde er nie. Dankbar war Die-

ter für die Chancen, die ihm die Kommunisten boten. Er griff zu, machte mit, der Parteieintritt als notwendiges Übel. Er wurde schließlich Direktor eines kleinen Baubetriebes im ländlichen Raum, in der fruchtbaren Magdeburger Börde. Er ackerte und schuftete. Es war zum Verzweifeln. Immer fehlte etwas. Bauen im Sozialismus war fast so unmöglich wie der Aufbau des Sozialismus selbst. Dieter fluchte, ackerte, trank zuweilen aus Ärger und Frust einen zu viel. Alles ganz normal. DDR eben. Aber er schaffte es irgendwie immer wieder, alles hinzubekommen, irgendwie. Es ging seinen sozialistischen Gang.

Dann 1989: Erstmals darf er im Sommer mit seiner Frau in die Bundesrepublik fahren, seinen Bruder besuchen, der noch vor dem Mauerbau 1961 abgehauen war. Sein erster Weg führt ihn in einen Baumarkt. Dieter hat sich zum ersten Mal in seinem Leben nicht mehr unter Kontrolle: Er weint, ist fassungslos, obwohl er es doch wusste. Hier steht und liegt alles in Hülle und Fülle herum, Baustoffe wie Werkzeuge, denen er in seinem Arbeitsalltag ständig hinterherrennt. Was könnte er bauen, wenn er diese Beschaffungsprobleme nicht hätte! Was hätte er dann für wunderbare Probleme, lösbar!

Er fährt zurück ins Anhaltinische. Beeindruckt, ergriffen vom Westen, entsetzt, entmutigt vom Osten. Nur Wochen später fällt die Mauer. Getan hat er dafür nichts. Der Mauerfall kam über ihn. Dieter freut sich. Er ist 56 Jahre alt und schwört, nun noch einmal durchstarten zu wollen, da er nun endlich so bauen könne, wie er es schon immer wollte. Aus der Partei tritt er nebenbei aus, zahlt einfach keine Beiträge mehr. Im Frühjahr 1990 wird er Geschäftsführer einer gerade gegründeten GmbH, der sein Betrieb nun gehört. Wie genau das abgelaufen ist? Die Privatisierung im Osten wird auch Jahre später noch große Rätsel aufgeben. Dieter ist jetzt jedenfalls Geschäftsführer. Elan und Engagement zeichnen ihn aus. Was soll jetzt noch schiefgehen? Die Auftragsbücher sind voll. Die Baumärkte prächtig gefüllt. Es kann losgehen. Die paar Kredite zur Ankurbelung können doch kein Problem sein.

Der Nachbarbetrieb mit Grund und Boden und für schuldenfrei erklärt ist für eine symbolische Mark Mitte 1991 an einen schwäbischen Unternehmer verkauft worden. Grund und Boden für eine

symbolische Mark! Dazu keine Schulden. Dieter kommt nicht aus Stuttgart oder Hamburg, aus Düsseldorf oder München, sondern aus Magdeburg. Ihm werden die «Altschulden» nicht erlassen. Er erfährt, sein Betrieb ist überschuldet wegen der «Schulden», die sich im Laufe der 1970er und 1980er Jahre angehäuft hätten. Das kann doch nur ein schlechter Scherz sein! Habt Ihr gar keinen Durchblick? Altschulden aus der DDR-Zeit? Altschulden als Mitgift der DDR-Volkswirtschaft? Wisst Ihr gar nicht, wie das lief mit den Schulden in der DDR? Dass das nur Buchungstechnik in der Planwirtschaft war? Das ist doch nicht zu fassen! Und warum werden die Altschulden den neuen Besitzern aus dem Westen eigentlich erlassen?

Viele Fragen, keine Antworten. Dieter ist gezwungen, faule Kompromisse einzugehen. Die Arbeiter und Angestellten sind damit einverstanden, unter Tarif bezahlt zu werden, damit niemand entlassen werden muss. Der Chef selbst halbiert sein Gehalt. Dann wird gar keines mehr bezahlt. Alle sind damit einverstanden. Nun wird es brenzlig. Monatelang kann der Betrieb keine Sozialabgaben abführen. Die Firma nebenan ist sofort zugemacht worden, die neuen Besitzer dachten gar nicht daran, die Arbeitsplätze zu erhalten, für eine Mark Grund und Boden! Die lachen noch heute. Dieter kämpfte, für die Kollegen, für sich. Es nützte nichts. Niemand half. Keiner hatte Interesse daran, dass der einstige kleine DDR-Baubetrieb mit der neuen GmbH überlebt. Die Banken geben Dieter, dem Geschäftsführer, keine Termine mehr. Die Schulden häufen sich, obwohl die Auftragsbücher voll sind. Viele haben ähnliche Probleme, können Rechnungen nicht bezahlen oder nur nach monatelanger Verzögerung. Ein Teufelskreislauf, dem nur entrinnen kann, wer auf Rücklagen zurückgreifen kann. Die hat kein Ostler im Osten. Der Betrieb von Dieter hat viele Außenstände, aber niemand zahlt sie. Dieter haftet auch privat, ganz persönlich. Der Staatsanwalt schaltet sich ein. Dieter wird krank. Krebs. Unheilbar. Ganz schnell geht es. Das ultimative Aus. So optimistisch gestartet. So hart gelandet. Gerecht war das nicht. Er stirbt an dem Tag, an dem er ins Gericht zur ersten Verhandlung vorgeladen worden ist.

Diese Geschichte ist nicht ausgedacht, verdichtet, aus vielen Mozaiken zusammengefügt. Nein, ich habe nicht irgendeine Geschichte

erzählt. Es ist das Leben des Vaters meiner Frau, meines Schwiegervaters. Ich lernte ihn 1990 kennen und habe das alles Stück für Stück mitbekommen. Die Hoffnungen, die Tragik, das Ende. Ganz ähnlich und doch ganz anders mein eigener Vater: Er arbeitete in den achtziger Jahren im «Amt für Standardisierung, Messwesen und Warenprüfung» (ASMW), dem ostdeutschen Pendant zum «Deutschen Institut für Normung» (DIN). Auch mein Vater gehörte wie Dieter zu den Nachkriegsgewinnern: Sein Vater ist noch vor seiner Geburt ums Leben gekommen. Mit seiner Mutter 1946 aus Böhmen vertrieben, landet mein Vater in Gütkow in der Nähe von Wolgast. Er will Pastor werden. Das redet ihm sein Religionslehrer aus. In der DDR würden die Pastoren bald ans Kreuz genagelt. Harte Zeiten sind das, Anfang der fünfziger Jahre. Der Sportbegeisterte darf nicht Sport studieren, wird Finanzökonom. Auch er tritt in die SED ein, aber aus Überzeugung, am 12. April 1961, einem Datum, das fast allen älteren Ostdeutschen geläufig ist. Erst der Sputnik-Coup am 4. Oktober 1957, nun der Gagarin-Triumph, der Kommunismus hat gesiegt – vorerst nur im Weltraum. Der Katholik ist nun Kommunist mit einem Kruzifix auf dem Nachttisch. Mein Vater versucht sogar, Anfang der sechziger Jahre Mitarbeiter der Staatssicherheit zu werden. Er wird nicht genommen, weil er sich nicht traut, seiner tiefgläubigen Mutter zu sagen, dass er aus der Kirche ausgetreten ist. Seine versuchte Mitarbeit bei der Stasi bleibt eine unwesentliche Episode, über die auch wir Kinder in den siebziger Jahren aus seinen Erzählungen erfahren. So wie wir wissen, wer in unserer Familie die Kommunisten hasst, wer im Knast war, wer gegen die Kommunisten kämpfte, wer Kommunist ist. Verrückte Geschichten, wie in vielen, vielen anderen Familien alles auch in unserer gebündelt. Anpassung und Selbstbehauptung, Mitmachen und Widerspruch, Überzeugung und Verrat – immer wieder auch in einer Person, in einer Biographie. Mein Großvater väterlicherseits zum Tode verurteilt wegen seines Kampfes für eine freie, unabhängige Ukraine – und kurz vor der geplanten Hinrichtung befreit und außer Landes gebracht; der Bruder meines Großvaters mütterlicherseits erschießt sich als Leutnant der Wehrmacht auf Weihnachtsurlaub von der Ostfront 1943 aus Gram über die Verbrechen der Deutschen: «Der Herrgott wird

Deutschland das nie vergeben können!» sollen seine letzten Worte gewesen sein. Meine Mutter absolviert am selben Tag 1956 Konfirmation und Jugendweihe, Letztere vor ihrem eigenen Vater, einem verbitterten Antikommunisten, verheimlicht. Und dann schleppt meine Mutter meinen Vater an, ein Kommunist am Küchentisch beim Antikommunisten. Schlimmer geht es nimmer. Am Ende seines einsamen Lebens redet der Kommunistenhasser nur noch mit meinem Vater. Viele sagen: «Wenn die Kommunisten alle so wären wie der Ilko» – mein Vater hieß so wie sein Vater, ich heiße fast so wie mein Vater – ja, dann würde es was werden mit dem Kommunismus in der DDR. Sie irren alle. Aber sie sagen eben auch, es gibt sie, denen wir es abnehmen, die keine Verbrecher sind. Mein Vater macht keine Karriere. Er geht an dem System, dem er sich verschrieben hat, fast kaputt. Aus seiner kurzen Mitarbeit für die Stasi in den frühen 1960er Jahren wird eine kleine Überprüfungsakte. Mein Vater ist kein Feind, er ist nicht einmal zu kritisch, er ist nur nicht bereit, alles und jedes mitzumachen. Er kommt nicht mehr klar. Sport ist seine wichtigste Ablenkung. Das hilft nicht, Alkohol auch nicht. Depressionen, Selbstmordgedanken, Psychiatrie. Nun endlich darf er das Industrieministerium, in dem er seit 1967 arbeitet, verlassen und kommt 1981 ins ASMW. Seine Spezialgebiete seit den sechziger Jahren: der industrielle Einsatz von Roboter- und Datenverarbeitungstechnik in der Metallurgie. Er ist ein Fachmann, der sich in Partei und Massenorganisationen freiwillig engagiert, er ist kein Funktionär, kein Apparatschik, aber überzeugt von der Sache.

1990 kommt mit der staatlichen Einheit das Aus. Das ASMW wird zum 3. Oktober 1990 aufgelöst, einige Dutzend Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen wurden ins DIN übernommen. Mein Vater ist 56 Jahre alt und wird arbeitslos. Er jammert nicht. Nur einmal sagt er zu mir mit kritischem Unterton, am Tag der ersten freien Wahlen in der DDR, am 18. März 1990: «Hast du das alles so gewollt?» Ja, sage ich zu ihm, alles ist besser als das, was deine DDR je war. Mein Vater versucht anzukommen. Er arbeitet journalistisch für Stadtteilzeitungen, geht nach Charlottenburg, fährt nach Bonn, anderswohin, um zu sehen, wie man so etwas macht. Ich bewundere ihn, habe es ihm aber nie gesagt. 1992 kommt er meine Frau und mich in London, wo

wir gerade leben, besuchen. Wir genießen die Freiheit, wie und wo es nur irgend geht. Freiheit ist, wenn ich sie mir nehme. Denke ich jedenfalls. Mein Vater trauert der DDR, wie sie war, nicht nach, wohl aber den verpatzten Chancen und seinen Erinnerungen. Wir können zum ersten Mal seit vielen Jahren – in London – wieder entspannt miteinander reden, offen und ohne politischen Groll aufeinander. Wir hatten uns fast verloren wegen des Systems, waren enttäuscht voneinander, der Vater vom Sohn, der Sohn vom System, für das der Vater steht. Ich lausche in einem Londoner Pub tief bewegt meinem Vater und beginne zu verstehen, warum ein kluger Mann wie er in der DDR mehr sah, als mir je einleuchten könnte. Wir nehmen ein Gespräch auf, das wir nie fortsetzen werden. Nur wenige Wochen später ist er tot, überfahren von einer fetten Limousine, wie sie jetzt überall auf ostdeutschen Straßen herumkurven. Wenn es nicht so billig wäre, würde ich sagen: überfahren von einem großen, teuren westdeutschen Auto auf einer kaputten ostdeutschen Straße mit vielen Schlaglöchern.

Jeder Ostler kann Geschichten von Hoffnung und Enttäuschung, Freude und Trauer, Aufbruch und Wut, Erfolg und Niederlage, Verrat und Beistand aus der DDR und aus den 1990er Jahren erzählen. Der Mensch ist systemunabhängig Mensch. Die Generation meines Vaters (geb. 1934) und meines Schwiegervaters (geb. 1935) gehört zu jenen, die von vielen Niederlagen und Misserfolgen berichten können, die in einem krassen Gegensatz zu ihren nachkriegsbedingten Aufsteigergeschichten stehen. Sie schied nach 1989 einfach aus dem Erwerbsleben aus. Erst die Frauen, dann die Männer. Sie tauchte nicht einmal in Statistiken über Arbeitslose, Kurzarbeiter oder Sozialhilfeempfänger auf. Ganze Jahrgänge der über 50-Jährigen waren auf einmal Rentner und Rentnerinnen und nicht einmal mehr der Statistik der Arbeitssuchenden würdig genug. Bitter war das, noch bitterer, wenn man weiß, dass viele in der DDR mit 60 (Frauen) oder 65 (Männer) nur offiziell in Rente gingen, tatsächlich aber weiterarbeiteten. Die «Arbeitsgesellschaft DDR» brach 1990 über Nacht zusammen, ein Zusammenbruch, der sich in Statistiken abbilden, aber nicht erfassen lässt.

Ich lebte seit 1990 in meiner «Blase», ein Begriff, den es damals so

noch nicht gab. Für mich zählte nur Freiheit, Freiheit, Freiheit. Endlich war sie da. Selbst errungen, nicht geschenkt bekommen. Es war das tiefste Glücksgefühl, das ich je hatte, die errungene Freiheit 1989/90. «Das wunderbare Jahr der Anarchie», wie ein Buchtitel das Lebensgefühl vieler, vor allem jüngerer Menschen auf den Punkt bringt.<sup>1</sup> Ich konnte endlich durchstarten, war jung, die Welt lag mir zu Füßen. Nichts schien unmöglich zu sein. Es war einfach nur herrlich – für mich und meine Freunde und Freundinnen, die wir in Ost-Berlin lebten. Mir schien es ganz natürlich zu sein, dass vom Alten nichts bleiben sollte. Wozu auch? Es taugte ja nichts. Und die Menschen? Dort, wo ich mich herumtrieb, ging es um die alten Eliten, die früheren oberen und mittleren Führungskräfte in Staat, Wirtschaft und Gesellschaft. Und klar, die mussten verschwinden, weg, alle. Ich ließ in meinen öffentlichen Statements an der Universität und in Medien 1990 bis 1992 nicht den geringsten Zweifel daran, dass eine Tabula rasa für alle das Beste sei. Für alle? Nun ja, für die alten Eliten vielleicht nicht. Aber die kümmerten mich nicht. Meinesgleichen hatte sie früher auch nicht gekümmert. Ich fand, unserer ach so friedlichen Revolution würde ein bisschen Jakobinertum gut zu Gesicht stehen. Spätere Generationen, glaubte ich, würden uns fragen, warum wir so weich und nachgiebig gewesen seien. Es dauerte eine Weile, bis sich meine über viele Jahre hinweg angestaute Wut und der dadurch aufgestaute moralische Rigorismus abkühlten.

Warum ich nach 1989 fast nur Menschen um mich hatte, die nicht scheiterten, fragte ich mich damals nicht. Natürlich nahm ich wahr, was um mich herum in diesem Land geschah. Sehr genau sogar. Es schienen mir schmerzhafte Kollateralschäden zu sein, schlimm genug, die man kritisieren, abstellen musste, keine Frage. Aber eine Systematik dahinter zu vermuten, kam mir nicht in den Sinn. Ignoranz, Arroganz ja, aber «Siegermentalität», eiskalte Berechnung, Feldherrenmentalität? Nein, das schienen mir eher Projektionen postkommunistischer Ewiggestrige zu sein, die einer Zukunft hinterhertrauerten, die sie nie angestrebt hatten. Wer von «Kolonialismus» sprach, war besonders verdächtig. Denn welcher Kolonisierte hätte seine Kolonialherren schon mit freien demokratischen Wahlen selbst herbeigerufen? Doch abgesehen davon: Was auch immer in

Ostdeutschland nach 1990 geschah, es mit den europäischen kolonialen Massenverbrechen begrifflich auf eine Stufe zu stellen, kommt mir auch heute nicht in den Sinn. Wer dies tut, verharmlost und relativiert den europäischen Kolonialismus mit Abermillionen Toten.

Ich hatte mich eingerichtet in der Freiheit und Demokratie, sehr gut sogar, wenn auch an ganz anderen Orten und in anderen Räumen, als ich es noch zu Beginn der 1990er Jahre erwartet und angestrebt hatte. Keinen meiner beruflichen Träume hatte ich verwirklichen können, jedenfalls nicht so wie erwartet. Aber ich war nicht unglücklich, keineswegs, ich jammerte auf hohem Niveau.

Die Finanz- und Bankenkrise ab 2007<sup>2</sup> veränderte meine Sicht. Ich bemerkte, dass das Vokabular, das sich durch meine Sozialisation in der DDR für immer und ewig kontaminiert anfühlte, das mir buchstäblich mit Panzerketten ausgetrieben worden war, immer nützlicher und treffender erschien. Begrifflichkeiten wie Kapitalismus, Imperialismus, Finanzkapital, «Heuschrecken», systembedingte soziale Ungerechtigkeit, Basis und Überbau, Klasse, Ausbeutung und Vereinigung klangen plötzlich nicht mehr wie von gestern, wie Worthülsen, die nur den politischen Standort markieren sollten, sondern wieder wie nützliche Hilfsmittel, um die gesellschaftliche Gegenwart zu analysieren. Und nicht nur das. Sogar die Idee vom Sozialismus erfuhr eine unerwartete Renaissance, die Idee eines demokratischen Sozialismus.<sup>3</sup>

Doch die globale Finanzkrise und vor allem deren atemberaubende Bewältigung standen nur am Anfang. In dieser Krise sind auf einmal aus Gründen, die einem niemand, der nicht parteiisch wäre, erklären könnte, systemtragende Institutionen erfunden wurden, Einrichtungen, die bislang als gegen den modernen Sozialstaat gerichtet in Erscheinung getreten waren. Hunderte Milliarden Euro standen urplötzlich zur Verfügung. Und das ging nun Schlag auf Schlag so weiter. In der so genannten Diesel-Krise zeigte sich wie in einer übeln kommunistischen Dokumentation, dass die Regierung der größte Lobbyist der Wirtschaft ist. Ungleublich, aber wahr, die Lasten mussten die Verbraucher tragen. Die ökologische Krise wird verharmlost. Schon winzige Schritte wie etwa ein Tempolimit auf den Autobahnen werden mit aberwitzigen Argumenten abgelehnt.

Wieder tritt die Regierung als Cheflobbyist der Wirtschaft auf. Exorbitante Abfindungen für Banker und Wirtschaftsmagnaten stehen im Gegensatz zu einer unfassbaren sozialen Ungerechtigkeit, zu einem Gerechtigkeitsgefälle, das kein Ethiker erklären könnte. Etwa 16 Prozent aller Bundesbürgerinnen und Bundesbürger gelten als arm und abhängig von Sozialleistungen. Im Osten sind es knapp 22 Prozent.<sup>4</sup> Die Zahlen sind umstritten. Die einen meinen, sie seien zu hoch, andere beharren darauf, sie seien zu niedrig. Niemand präsentiert Zahlen, die beruhigen könnten. Und das in einem der reichsten Länder der Welt. Doch nicht nur der krasse Gegensatz von einem gebeutelten Sozialstaat, der seine Renten-, Gesundheits-, Pflege- und Bildungs-, sprich: seine Zukunftsprobleme nicht gelöst bekommt, zu einer einmalig prosperierenden Volkswirtschaft und einer kleinen, davon enorm profitierenden Finanz- und Wirtschaftselite ließen mich immer kritischer auf meine bisherigen Einschätzungen und Beobachtungen zurückblicken. Ebenso stark verunsicherte mich, wie die Demokratie weltweit, in Europa, in Osteuropa, aber auch in Deutschland und insbesondere in Ostdeutschland in Bedrägnis geriet. Ich kann nicht erklären, warum es so kam. Wer könnte das schon? Wer könnte die USA, Brasilien, Mexiko, die Philippinen, Österreich, Frankreich, Kenia, Dänemark, Indien, China, Griechenland, Polen, Schweden, Ungarn, Spanien oder Deutschland gleichermaßen analysieren und daraus schussfolgernd erklären, warum die regionalen und lokalen Phänomene als globale Erscheinung auftreten?<sup>5</sup> Ich traue mir das nur für Ostdeutschland zu.

## Herausforderungen

Ostdeutschland ist ein besonderer Raum, mit besonderen Erfahrungen. Die Freiheit war eine große Chance für die ostdeutsche Gesellschaft. Die soziale Marktwirtschaft der Boden, auf dem sie zur Blüte finden sollte. Drei Jahrzehnte sind vergangen und fast jeder zweite Ostdeutsche fühlt sich immer noch als Bürger zweiter Klasse. Eliten und Führungskräfte in Ostdeutschland sind nur in Ausnahmefällen Ostdeutsche. Anfang 2019 waren Ostdeutsche in

Spitzenpositionen von Politik, Verwaltung, Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur nur zu zwei bis vier Prozent vertreten, also weitaus weniger, als ihr Bevölkerungsanteil ausmachte.<sup>6</sup> An Gerichten in Ostdeutschland stammt nur etwa jeder zehnte Richter aus Ostdeutschland, in Behörden in Ostdeutschland sind wohl nicht einmal ein Viertel der Abteilungsleiter Ostdeutsche. Lediglich in der Politik konnten sich wenige Ostdeutsche auch in höchsten Ämtern durchsetzen. Aber in allen anderen Spitzenpositionen in Staat, Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur sind Ostdeutsche sehr stark unterrepräsentiert. Was ist schiefgelaufen? 25 Jahre lang blieb das Wutpotential gebändigt, eine Wut, die sich dann aber umso stärker Ausdruck verschaffte. Nicht mehr nur, wie zuvor, mal dort, mal hier, sondern fast flächendeckend breiteten sich in Ostdeutschland öffentlich Wut, Ablehnung, Hass und Gewalt aus. «Pegida» und «AfD» sind Synonyme für eine rassistische, antidemokratische, nationalistische, autoritäre und antifreiheitliche Haltung, die weiter verbreitet ist, als es Wahlprognosen oder Wahlanalysen allein erfassen könnten.

Um das präzise zu erklären, bedarf es eingehender wissenschaftlicher Untersuchungen. Die Forschungen dazu stehen noch am Anfang. Die öffentliche Diskussion kann aber nicht warten, bis die Wissenschaft so weit ist. Wir brauchen die Debatte jetzt, weil wir jetzt Demokratie, Rechtsstaat, Freiheit und soziale Marktwirtschaft verteidigen müssen. Nein, wir leben nicht wie am Ende der Weimarer Republik. Geschichte wiederholt sich nicht, weder als Farce noch als Tragödie, nicht einmal als Komödie. Wir leben aber am Ende eines Zeitalters, das uns in den letzten Jahrzehnten prägte, sozialisierte, formte. Es gibt kein Zurück in die behagliche Bundesrepublik der 1970er oder 1980er Jahre, auch nicht in die DDR; wenn wir demnächst neue Diktaturen erleben müssten, würden die anders, womöglich sogar brutaler als das SED-Regime ausfallen. Beide deutschen Nachkriegsstaaten sind passé, auch wenn nicht alle das akzeptiert haben und vor allem mit dem alten bundesrepublikanischen Modell so manche Rückwärtsgewandten Politik zu machen suchen. Wir stehen vor dem Aufbruch in eine ungewisse Zukunft – das war in der Geschichte nie und nimmer anders. Zukunft ist das größte Geheimnis – mit nur einer Einschränkung: Ihre Endlichkeit

ist gesetzt. Die Vergangenheit hingegen war nicht besser als unsere Gegenwart, überwiegend sogar schlechter, anstrengender, gewaltvoller.<sup>7</sup>

Auch wenn die «Übernahme» durch die Bundesrepublik eine spezifisch ostdeutsche Erfahrung ist, so sind die Entwicklungen, die sich in den letzten Jahrzehnten auf dem früheren Staatsgebiet der DDR vollzogen, doch auch sehr eng mit globalen Prozessen verknüpft. Man könnte sogar sagen, dass sich diese hier wie unter einem Brennglas beobachten ließen. Der amerikanische Politikwissenschaftler Francis Fukuyama rief 1992 «Das Ende der Geschichte» aus. Die liberale Demokratie sei weltweit auf dem Vormarsch und würde über kurz oder lang zum prägenden System der Welt werden, alle konkurrierenden Ideologien gehörten der Vergangenheit an. Ein Irrtum, den Fukuyama 25 Jahre später einräumte. Demokratie allein, so nun der Wissenschaftler und Politikberater, stiftet keine Identität. Die «alte» Arbeiterklasse und die Mittelschichten hätten weltweit an Boden verloren und hegten Angst vor einer weiteren Deklassierung, vor einem weiteren Abstieg, vor einem Fall in die Armut. Ihnen rutschte förmlich der Boden unter den Füßen weg. Sie flüchteten in die Arme jener, die ihnen versprechen, diesen Prozess aufzuhalten. Der Aufstieg von Populismus, linkem wie rechtem, sei die Folge.<sup>8</sup>

Die Demokratie ist in Bedrängnis geraten, nicht nur in Gesellschaften, die noch relativ neu in der Gemeinschaft unabhängiger Demokratien sind. Auch die Veteranen in dieser Gemeinschaft sind ins Straucheln gekommen. Der Inder Pankaj Mishra zeigte in einem maßgeblichen Buch, wie eng Rationalität und Irrationalität in diesen weltumspannenden Prozessen zusammenhängen und dass niemand der Geschichte entkommt.<sup>9</sup> Der französische Soziologe Didier Eribon hat in seinem viel diskutierten Buch «Rückkehr nach Reims» (2009) in einer Mélange aus Erinnerungen und sozialwissenschaftlicher Analyse eindrücklich gezeigt, wie die moderne Gesellschaft «Abgehängte, Übersehene, Überflüssige» produziert. Die Arbeiter und Arbeiterinnen verloren nicht nur ihre Jobs, sondern auch ihre Selbstwahrnehmung: Wer nicht arbeitet, kann kein Arbeiter, keine Arbeiterin sein. Die Leere schien nicht ersetzbar. Niemand interessiert sich für ihr Schicksal – außer den Populisten, die versprechen, es

könne einen Weg zurück geben.<sup>10</sup> In allen westlichen Demokratien gewinnen sie mehr und mehr Einfluss, die Populistinnen von rechts und links. Sie versprechen viel, weil sie die Vergangenheit als behagliches, warmes Wohnzimmer aufrufen, einen Raum, der von «Anderen» aller Couleur – Kosmopolitinnen, Feministen, Grünen, «Sprachpolizist\*innen», LGBTQ, Nicht-Christen, Zuwanderinnen, Veganern, Waffenverweigerinnen, Klimaschützern, Atomkraftgegnerinnen, Lesern von Printmedien, Hörerinnen und Zuschauern öffentlich-rechtlicher Sendeanstalten usw. usf. – bedroht wird. Der deutsche Soziologe Hartmut Rosa entwickelte eine Theorie der sozialen Beschleunigung: Alles würde immer schneller und schneller geschehen, vor allem der Wandel. Es wäre unmöglich, dem Tempo immer und überall folgen zu können. Beschleunigung sei eine neue Form von Totalitarismus.<sup>11</sup> Entfremdung sei eine verbreitete Erscheinung. Rosa sieht die Beschleunigung sozialen Lebens als ein Produkt kapitalistischen Wettbewerbsdenkens.<sup>12</sup>

Globale Entwicklungen verdienen ihren Namen, weil sie sich auch regional und lokal vollziehen, dort, vor Ort, sich zeigen und Auswirkungen zeitigen. So sehr der Aufstieg und die Etablierung demokratiefeindlicher Kräfte auch zu beobachten sind, für den Einzelnen bleibt die Globalität abstrakt, konkret ist das, was sich in der eigenen Lebenswahrnehmung, im eigenen sozialen Raum vollzieht, was man selbst erlebt, erfährt, dort hört und sieht. Hier fallen lokale, regionale und globale Trends zusammen – oder auseinander. Ostdeutschland ist ein solcher sozialer Raum. In ihm spielen sich viele Entwicklungen ab, die sich weltweit beobachten lassen. Zugleich ist der ostdeutsche Raum, das frühere DDR-Territorium, von Spezifika geprägt, die ihn so besonders erscheinen lassen – so besonders freilich, wie es jeder andere soziale Raum auch ist.

Mit den Ereignissen von 1989/90 setzte kein Ende der Geschichte ein, sondern es begann, wie Ralf Dahrendorf beobachtete, ein «Wiederbeginn der Geschichte».<sup>13</sup> Die Zukunft war wieder offen. Damit meinte Dahrendorf, die Zukunft der gesellschaftlichen, politischen und sozialen Entwicklung im früheren Ostblock. Vielen Beobachtern schien die Zeit im Osten stillgestanden zu haben. War das nicht schon eine Fehlwahrnehmung? Und wenn es für Staat und Gesell-

schaft stimmen sollte, dann doch wohl nicht für die einzelnen Menschen?

### Der Essay

Als mich der Verlag fragte, ob ich meine Beobachtungen und Reflexionen über die deutsche Einheit in einem kleinen Buch zusammenfassen möchte, zögerte ich nicht. Seit nunmehr fast drei Jahrzehnten befasse ich mich wissenschaftlich und publizistisch mit der Geschichte und den Folgen des Kommunismus in Deutschland und Europa. In den 1990er Jahren war ich als junger Mann sachverständiges Mitglied in einer jahrelang tagenden Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages, die sich genau mit solchen Fragen beschäftigte. Dabei hat sich der Bogen seither, ich möchte sagen dramatisch gespannt, das Verhältnis von Geschichte, Gegenwart und Zukunft.

In den letzten Jahren sind die westlichen Vorstellungen von Demokratie und Freiheit erheblich unter Druck geraten. Und zwar nicht und nicht allein wegen vielfältiger Angriffe und Konkurrenzen mit anderen Modellen. Das ist nicht neu. Der Westen musste sich schon immer seiner äußeren Gegner erwehren. Gegner, die er sich zum Teil selbst erst durch seinen weltumspannenden Kolonialismus und Imperialismus systematisch geschaffen hatte. Nicht nur am deutschen Wesen sollte die Welt genesen. Im Westen geht es allen, so die unausgesprochene Devise, am besten – wenn andere dafür schuften und leiden. Nicht einmal der schärfste Kritiker des Westens, Karl Marx, fand das verwerflich. Ganz im Gegenteil: Erst wenn der Kapitalismus durchgesetzt und eine entsprechende Arbeiterklasse geschaffen sei, könne die von ihm prognostizierte befreiende proletarische Revolution erfolgen. Neu ist es also nicht, dass der Westen so viele Feinde hat. Wie sieht es aber mit den inneren Gegnern aus? Auch das ist nicht neu, wenn man an linke und rechte Extremisten in der Vergangenheit denkt. Militaristen, Faschisten, Nationalsozialisten, Kommunisten haben im 20. Jahrhundert fast in jedem Land Europas «den Westen» und seine Ideen zeitweilig erfolgreich be-

kämpft. Deutschland hat das zum schmachvollen Höhepunkt geführt.

Nach 1945 und dann vor allem nach den unverhofften, einen historischen Wimpernschlag so glücklich machenden Freiheitsrevolutionen von «1989/90» haben viele Menschen geglaubt, nun würden Demokratie, Freiheit und Rechtsstaatlichkeit für immer unverrückbar sein. Jene, die mahnten, Demokratie und Freiheit seien nicht nur durch Institutionen abzusichern, sondern Lebensformen, für die jeder und jede einzutreten habe, wurden oft als Sonntagsrednerinnen belächelt. Heute zeigt ein auch nur flüchtiger Blick auf Deutschland, Europa und die Welt, dass sie Recht hatten. Im Osten Deutschlands ist das noch offenkundiger als im Westen. Warum das so ist, davon handelt dieser Essay. Er ist, im Sinne des Wortes «Essay», ein Versuch, zu zeigen, wie unsere Gegenwart historisch geworden ist. Es geht nicht um die unendlich vielen Details und Winkelzüge der Geschichte. Nein, es geht um große Linien und Fragen, die sich aufdrängen, wenn wir unsere Gegenwart verstehen wollen. Und das geht nun einmal besser, wenn man einen Blick zurückwirft.

Dieser Essay basiert auf wissenschaftlichen Untersuchungen und eigenen Beobachtungen und Reflexionen. Auch wenn ich immer wieder betone, Zahlen, demoskopische Untersuchungen sind anfechtbar und markieren nur Trends, gebe ich davon viele Beispiele an. Mir geht es mehr um die Folgen solcher Prozesse und Entwicklungen, die Zahlen veranschaulichen können. Zahlen spitzen zu und erfinden Realitäten. Wahlausgänge sagen nur wenig über das Drittel der Gesellschaft, das gar nicht wählt, und erst recht nichts über jene, die kein Wahlrecht besitzen. Meinungsumfragen sind grobe Annäherungen, keine exakten. Das Bruttonationaleinkommen (Brutto-sozialprodukt) ist auch so ein Zahlenwert, der mehr vernebelt als erhellt.<sup>14</sup>

In diesem Essay spalte ich auch zu. Ich versuche, durch Pointierungen Probleme sichtbarer zu machen. Denn es geht nicht nur um harte Fakten. Die eigentlichen Probleme stellen weiche, zum Teil schwer fassbare, nur unzureichend formulierbare, ja, wohl sogar unbekannte Phänomene dar. Wenn man zuspitzt, heißt das auch, es gibt viele Fragen, aber längst nicht auf alle Antworten. Ich denke, wir

alle müssen es erlernen, Fragen zu stellen, ohne gleich immer Antworten parat zu haben. Das rasante Tempo unserer Gegenwart lässt oft nicht einmal Raum für Fragen, wie sollte es da schon immer gleich Antworten geben?

Zuspitzungen funktionieren nur, wenn ich bereit bin, auch Differenzierungen zuweilen nicht bis ins letzte Detail auszubreiten. Das macht angreifbar, keine Frage. Der Essay wertet nicht individuelle Leistungen, Opferbereitschaft, Arbeitswillen und ehrliches Engagement im Prozess der deutschen Einheit von wem auch immer ab. In diesem Essay geht es nicht um individuelle Erfahrungen in dem gigantischen Experiment: wie Ostdeutschland Teil der Bundesrepublik wurde.

Ich gebe gern zu, dass mir im Schreibprozess die Wucht der ganzen deutsch-deutschen Schieflagen selbst etwas übertrieben vorkam – ich kann sie nicht ändern, sie stellen eine Realität dar. Hinzu kommen Burden und Herausforderungen, die weit über Ostdeutschland hinaus von Bedeutung sind: Lasten der Geschichte, unaufgearbeitete Vergangenheiten und Probleme, die sich aus der Globalisierung ergeben. Erst in diesem Kontext erscheint Ostdeutschland, die Grundthese dieses Essays, bei allen Besonderheiten und Spezifika als Laboratorium der Globalisierung: Der raschen nachholenden Modernisierung Anfang der 1990er Jahre mit ihren dramatischen sozialen und kulturellen Folgen folgte bald eine Entwicklung, die sozial, politisch und kulturell dem Westen nur einige Schritte voraus zu sein scheint, und das ist nicht unbedingt als Beruhigung gedacht.

## Blühende Landschaften? Die wirtschaftliche Übernahme Ostdeutschlands und ihre Profiteure

In allen schriftlichen Überlieferungen der Menschheitsgeschichte können wir erfahren, dass unsere weisen Vorfahren nichts gegen Veränderungen hatten, aber immer mahnten, diese dürften nicht maßlos erfolgen, sollten sie die Menschen nicht überfordern. Reformen müssten, so der athenische Politiker Solon im 7./6. Jahrhundert v. Chr., von ihrem Ende, ihren Auswirkungen her gedacht werden. Das Neue müsse sich daran orientieren, was die Gesellschaft er- und vertragen könne. Solche Überlegungen finden sich immer wieder, ob in der Verantwortungsethik von Max Weber oder den Grundüberlegungen des Ordoliberalismus, die der sozialen Marktwirtschaft von Ludwig Erhard zugrunde lagen. Gesellschaftliche Interessen müssten abgewogen und ausgeglichen werden. Eine Balance-Politik vermeidet zu viel und zu wenig Veränderung, sondern sucht die Mitte. Solche Erwägungen spielten allerdings nach 1990 für Ostdeutschland keine Rolle, jedenfalls nicht in ökonomischer Hinsicht. Das Modell war denkbar einfach: Die ostdeutsche Wirtschaft wird einer radikalen Umgestaltung unterzogen und für die Marktwirtschaft fit gemacht. Die Späne, die dabei entstehen, würde der Sozialstaat auffangen und abfedern.

Zunächst überwog die Euphorie auch in ökonomischer Hinsicht. Doch noch vor der Währungsunion stellte sich Ernüchterung ein, nach dem 1. Juli 1990 begann die Vereinigungskrise noch vor der Einheit; eine Krise, die sich schnell zu einem veritablen Vereinigungsschock auswuchs. Diese Phase währte unterschiedlich lang – je nachdem, welche Kennziffern ihr zugrunde gelegt werden; es gab verschiedene Etappen der ökonomischen Entwicklung, gegenwärtig

tig öffnet sich die nie geschlossene Schere zwischen Ost und West sogar wieder. Auch wenn es so manchen Ökonomen und Politiker schmerzen mag: Zahlen über das Bruttonsozialprodukt, das Steueraufkommen, die Investitionsquoten, die Transferleistungen sind für den gesamtgesellschaftlichen und staatlichen Rahmen von hohem Interesse, für Bürgerinnen und Bürger erscheinen sie oft nur als hohle Phrasen. Was sagt zum Beispiel die gern benutzte Floskel, das Kindergeld würde im nächsten Jahr im Haushalt um was weiß ich wie viele Millionen oder Milliarden Euro erhöht, wenn davon dann 11,50 Euro bei alleinstehenden, arbeitslosen oder armutschwachen Eltern ankommen? Jeder kennt diese Beispiele, mit denen Medien, Politik, Wirtschaft und Wissenschaft gern hantieren, die aber mit der Vorstellungswelt und Lebensrealität des Einzelnen – freundlich ausgedrückt – nur wenig zu tun haben.<sup>1</sup> Um es ganz klar zu sagen und auch damit so manche Ökonomen, Banker, Politiker oder Analysten verärgерnd: Ökonomie und Finanzwesen sind – jedenfalls, wenn man den Menschen in den Mittelpunkt menschlicher Gesellschaften zu stellen bereit ist – lediglich Hilfsmittel sekundärer oder tertiärer Bedeutung, die zu nichts anderem dienen *sollten*, als den Menschen zu helfen, ihr Leben so einfach und angenehm wie möglich zu organisieren. Der tschechische Berater von Václav Havel, der Ökonom Tomáš Sedláček, hat in diesem Sinne die Geschichte der «bösen Ökonomie» im Gegensatz zu den eigentlichen Aufgaben der Wirtschaft grandios herausgearbeitet.<sup>2</sup> Der englische Ökonom Andrew Sayer bringt das auf den Punkt: «Wir brauchen eine Wirtschaft, die auf der Grundlage eines Genug und nicht der unersättlichen Gier nach immer mehr funktioniert.»<sup>3</sup> Natürlich, ich bin kein weltfremder Träumer, die menschliche Welt funktioniert anders. Die Menschheit hat es geschafft, die Welt sich so zu unterwerfen, dass sie bald nicht aus jenem oder diesem Grund unbewohnbar sein wird, sondern gleich aus mehreren Gründen. Manche regen sich über schulstreikende Schülerinnen und Schüler auf. Die junge Schwedin Greta Thunberg ist zum globalen Symbol einer Bewegung geworden, die uns alle daran erinnern sollte, worum es im Leben eigentlich gehen sollte. Geld kann man nicht fressen – hieß es mal. Und weil Wirtschaft und Geld eben Hilfsmittel sein und keinen Selbstzweck

erfüllen sollten, wird die wirtschaftliche Entwicklung Ostdeutschlands vor allem unter dem Aspekt betrachtet, um dem nachfolgenden Kapitel über die sozialen Lagen einen Rahmen zu geben.

Ostdeutschland stand ab 1990 vor fünf Aufgaben zugleich, Herkulesaufgaben, die eng miteinander verflochten waren: *Erstens* musste die sozialistische Planwirtschaft abgewickelt werden. Das bedeutete nicht nur einfach eine Zerschlagung, sondern war mit vielfältigen Rückbaumaßnahmen und Rekultivierungsaufgaben verbunden. *Zweitens* musste die Volkswirtschaft neu strukturiert und aufgebaut werden. Die Einführung der sozialen Marktwirtschaft erwies sich als komplexes Unterfangen ohne jedes Vorbild, ohne jeden Plan, ohne jede Vorbereitung. Die sozialistischen Konzerne, die Kombinate, mussten ins neue Wirtschaftssystem überführt, der gesamte Mittelstand praktisch neu aufgebaut werden. Hier geschah, was der Westen am besten zu beherrschen glaubte: Es wurde eine West-Kopie angestrebt. *Drittens* musste deswegen – das wurde bereits erwähnt – innerhalb kürzester Zeit aus der Arbeits- eine Dienstleistungsgesellschaft gemacht werden. Ein Prozess, der in den 1960er Jahren im Westen begonnen hatte, wurde nun im Osten praktisch über Nacht vollzogen.

*Viertens* kam hinzu, dass Ostdeutschland sich der Computerisierung und Digitalisierung stellen musste. Zwar hatte die DDR diese Entwicklung nicht komplett verschlafen, hinkte aber aus vielerlei Gründen hinterher. Dieser Herausforderung sahen sich auch die westdeutsche Gesellschaft und Wirtschaft gegenüber, hier hatte Ostdeutschland sogar Standortvorteile. Denn der Neuaufbau konnte auf dem aktuellen Stand der Technik und Infrastruktur erfolgen, so dass Ostdeutschland zum Beispiel binnen kürzester Zeit eines der modernsten Infrastruktursysteme der Welt erhielt, was freilich angesichts der sonstigen wirtschaftlichen Probleme einer Wasseroase inmitten einer Wüste glich.

Schließlich waren *fünftens* all diese Aufgabenfelder mit den Herausforderungen der Globalisierung verbunden. Die Welt rückte seit dem 19. Jahrhundert immer enger zusammen. Die im letzten Drittel des 20. Jahrhunderts einsetzende und sich immer schneller ent-

wickelnde digitale Revolution, die Herausforderungen weltumspannender Verkehrs-, Telekommunikations-, Konzern- und Handelsstrukturen und der damit verbundenen soziokulturellen und Migrationsprobleme rückten jedes nationale Problem in globale Kontexte.<sup>4</sup> Ostdeutschland stand so vor der Aufgabe, seine Probleme in einem neuen Europa mit vielerlei speziellem Recht und in einer sich immer stärker globalisierenden Welt zu lösen.

### Die harte Währung und ihre Gewinner

«Obwohl dies nie ideologisch begründet oder offen deklariert wurde – weder Kohl noch der damalige Finanzminister Theo Waigel waren Thatcheristen ..., wurde die Wirtschaft der DDR der radikalsten Schocktherapie im postkommunistischen Europa unterzogen.»<sup>5</sup> Die Währungsunion bedeutete den «monetären Urknall».<sup>6</sup> Schulden, finanzielle Ansprüche und Kredite wurden zum Kurs 2:1, Preise, Löhne und Renten 1:1 umgestellt. Sparguthaben für Personen unter 15 Jahren sind bis 2000 DDR-Mark 1:1 umgewechselt worden, für Erwachsene unter 60 Jahren bis 4000 DDR-Mark und für ältere Personen 6000 DDR-Mark zum gleichen Kurs. Für Geldbestände darüber erfolgte der Umtausch 2:1, für 1990 offenkundig spekulativ erworbene Geldbestände im Verhältnis 3:1. Die Ostdeutschen «verloren» insgesamt etwa ein Drittel ihres Finanzvermögens.<sup>7</sup> Ob dieses Geld tatsächlich, wie oft vermutet worden ist, als Grundkapital für die Neugründung oder Übernahme von Unternehmen den Ostdeutschen fehlte, ist eine reine Spekulation, weil nicht längst jeder Sparer automatisch zum Unternehmer geworden wäre. Die restriktive Kreditbewilligungspraxis für Ostdeutsche wäre dadurch auch nicht anders ausgefallen, die Sparguthaben waren anders als im Westen in der Gesellschaft weitaus breitflächiger verteilt.

Der Währungsunion war die vielleicht heftigste Kontroverse des ersten Halbjahres 1990 vorausgegangen. Die Bundesbank hatte vorgeschlagen, laufende Zahlungen, Löhne, Gehälter und alle Guthaben über 2000 DDR-Mark im Verhältnis 2:1 umzustellen. Selbst das entsprach nicht dem Erfahrungsschatz der DDR-Menschen. Wer bis

1989/90 Ostmark in Westgeld im Verhältnis 4:1 illegal umtauschen konnte, galt als Glückspilz, gängiger waren Umtauschkurse ab 5:1. Viele Experten hatten gewarnt, der günstige Umtauschkurs entspreche nicht dem Gegenwert, die Industriewerte, Kredite und Schulden hätten zu einem deutlich geringeren Wert umgetauscht werden müssen.<sup>8</sup> Die Ostdeutschen sahen das anders und protestierten heftig und wütend. Die Bundesregierung stand vor einer politischen Entscheidung: Sollte sie Ostdeutschland mit einem schlechten Umtauschkurs dauerhaft in ein Niedriglohngebiet verwandeln? Ökonomisch sprach vieles dafür – politisch nichts, denn sofort stand die Gefahr im Raum, dass die Ost-West-Migration genau jener Arbeitskräfte weiter ansteigen würde, die als junge, gutausgebildete, hochmotivierte Menschen im Osten beim Neuaufbau benötigt würden. Die getroffene Entscheidung war politischer Natur und führte weltweit bei Ökonomen, Finanzexperten und Politikern zu Kopfschütteln. «In sozialer Hinsicht und in Verbindung mit der Sozialunion bedeutete dies einen Wohlstandssprung und das Ende der Mangelwirtschaft. Ökonomisch kam es einem Aufwertungsschock gleich, der eine unerwartet heftige Deindustrialisierung zur Folge hatte. Sie war zugleich ein Modernisierungsschock.»<sup>9</sup> Die Aufwertung bedeutete tatsächlich einen rapiden Verlust an Wettbewerbsfähigkeit gegenüber den ehemals Verbündeten in Ostmitteleuropa. Die Wirtschaft in der ČSSR hatte bis 1989 eine ähnliche Entwicklung wie die in der DDR durchlaufen und befand sich auf einem ähnlichen Niveau. Durch die Währungsunion und dann durch die staatliche Einheit und die damit verbundene Osterweiterung der EG verlor die ostdeutsche Wirtschaft gegenüber der Volkswirtschaft in der ČSSR erheblich an Attraktivität. Durch eine geschickte Wirtschafts- und Finanzpolitik der postkommunistischen Regierung ist die Krone in der ČSSR erheblich abgewertet worden, so dass die ostdeutsche Wirtschaft – freilich aus unterschiedlichen Gründen – weder mit der bundesdeutschen noch mit der östlichen Konkurrenz mithalten konnte und chancenlos zurückfiel.<sup>10</sup>

Der wirtschaftliche Absturz war immens. Im Oktober 1990 hatte sich die industrielle Erzeugung in Ostdeutschland im Vergleich zum Vorjahr halbiert.<sup>11</sup> Seit 1. Juli 1990 gingen Tag für Tag 10 000 Arbeits-

plätze verloren. Bis Mitte 1992 setzte sich die Talfahrt der Wirtschaft fort, in jedem Jahr war die Industrieproduktion im Vergleich zum Vorjahr um ein weiteres Drittel abgesunken. Erst dann begannen eine Stagnation und eine leichte Erholung, vor allem durch die kräftig wachsende Bauwirtschaft. Die Wirtschaftsleistung der DDR betrug 1989 55 Prozent der in der Bundesrepublik, 1991 war sie auf 33 Prozent gefallen. Im Osten brach alles zusammen, der Westen erlebte einen Konjunkturaufschwung – für die Mentalität der Einigung und den Stoppt der Ost-West-Wanderung schlechte Bedingungen.

Die hohen Geldtransfers in den Osten wurden im hohen Maße für soziale und konsumtive Zwecke verwendet. Am 1. Juli 1990 brach im Osten endgültig der heimische regionale Konsummarkt zusammen. Kaum jemand wollte noch für die harte Westmark die gewohnten Ostprodukte erwerben. Die Menschen kauften Westwaren und wunderten sich in ihren eigenen Betrieben, dass ihre Produkte nicht mehr gefragt waren. Diese Aussage ist zwar zu einfach, aber nicht falsch.

In den Wirtschaftswissenschaften ist es bis heute umstritten, ob Schocktherapie und Deindustrialisierung Ostdeutschlands «alternativlos» gewesen seien.<sup>12</sup> Mussten tatsächlich alle «roten Manager» wie das Leitungspersonal in Staat und Justiz mehr oder weniger beiseitegeschoben und entlassen werden? Waren deren Erfahrungen nichts wert?

Nirgendwo im früheren Ostblock war die Protestbereitschaft gegen die Wirtschaftspolitik so stark ausgeprägt wie in Ostdeutschland. Einige Großbetriebe sind denn auch aus politischen Gründen mit staatlichen Geldern restrukturiert worden, um so genannte industrielle Kerne zu erhalten. Das Wirtschaftsdreieck um Halle oder Carl Zeiss in Jena sind dafür bekannte Beispiele. Sie wurden zukunftstauglich saniert – der Wegfall zehntausender Arbeitsplätze inklusive. Die erst nach 1945 an der Ostseeküste aus dem Nichts errichtete Werftindustrie ist einer Radikalkur unterzogen worden, Zehntausende verloren ihren Job. Hier war zu beobachten, was überall zutraf: Die ostdeutschen Werften standen von einem Tag auf den anderen in der Zange zwischen westdeutscher Dominanz und dem Willen, die ostdeutsche Konkurrenz klein zu halten oder zu beseiti-

gen, und einer globalen Industrie, die immer stärker ihre Produktion nach Asien verlagerte. Dass es dabei oft nicht mit rechten Dingen zugeht, sei nicht nur am Rande erwähnt. Aus EU-Fördergeldern sollten dem ostdeutschen Schiffbau etwa (umgerechnet) 425 Millionen Euro zur Sanierung zufließen. Die wurden rechtswidrig «umgeleitet» und kamen «dem Mutterschiff», der Bremer Vulkan AG, zugute.

Die ostdeutschen Banken und Sparkassen sind durchweg weit unter ihrem Wert an westdeutsche Finanziers (z. B. Deutsche Bank, Dresdner Bank) verkauft worden. Insgesamt gaben westdeutsche Banken 412 Millionen Euro für den Kauf von DDR-Banken aus und erwarben damit Altschuldenforderungen in Höhe von 22,25 Milliarden Euro. Das war eines der einträglichsten Geschäfte, denn die Banken kauften nicht nur die Strukturen (Gebäude, Grund und Boden, Kundenunterlagen) weit unter Wert, sie erhielten ebenso die Schulden und Kreditforderungen. Die Gewinne häuften sich hier zu vielen, vielen Milliarden.

So wie CDU und Banken sich bestehende Strukturen im Osten mehr oder weniger zum politischen oder finanziellen Spottpreis aneigneten, so verfuhren auch die großen Versicherungen (z. B. Allianz): Sie kauften das ostdeutsche Versicherungswesen spottbillig auf und strichen Unternehmensgewinne in neuen Dimensionen ein. Ebenso ist mit den Stromnetzen verfahren worden, die an bundesdeutsche Konzerne (z. B. Preussen Elektra, RWE, Bayernwerk) vertramscht wurden. Ungeschrieben ist dabei bislang das Kapitel der vereinigungsbedingten Kriminalität, ein Begriff, den von 1991 bis 2000 eine polizeiliche Behörde praktisch im Namen trug (Zentrale Ermittlungsstelle Regierungs- und Vereinigungskriminalität, ZERV) und die 4000 Verfahren wegen Wirtschaftskriminalität eröffnete, 180 kamen zur Anklage und 128 zur Verurteilung.<sup>13</sup> Das ist nur die Spitze des Eisbergs. Die historische Forschung hat hier noch ein weitgehend unbeackertes Forschungsfeld vor sich liegen. Für Aufsehen sorgte damals die «Leuna-Affäre», in deren Zuge vom französischen Konzern Elf Aquitaine knapp 50 Millionen Euro Besteckungsgelder geflossen waren. Es ging darum, die unrentablen Leuna-Werke mit staatlichen Subventionen zu modernisieren und – das war der profitable Teil des Deals – das lukrative Minol-Tank-

stellennetz, Marktmonopolist mit einem Bekanntheitsgrad von 97 Prozent in Ostdeutschland, zu übernehmen. In Frankreich wie Deutschland kam es zu Strafprozessen mit (geringfügigen) Verurteilungen.

## Stagnation

1995/96 schien die Talsohle durchwandert zu sein. Die ostdeutsche Wirtschaft hatte von den Kennziffern her in etwa wieder das Niveau von 1989 erreicht – sowohl im Vergleich mit den alten Ländern als auch mit der DDR. Das lag zwar alles unter den Erwartungen von 1990, aber aus dem «Aufbau Ost» war nun ein «Aufschwung Ost» geworden. Vorsichtiger Optimismus breitete sich aus, der rasch einen Dämpfer erhielt. Die Schere zwischen Ost und West blieb bestehen. Der Aufholprozess stagnierte, der Osten blieb etwa bei einer Wirtschaftsleistung von zwei Dritteln des Westens stehen, seit einigen Jahren wird wieder ein leichter Rückgang der Leistung verbucht. Das wird von der Politik seit 25 Jahren nicht kaschiert. Die verantwortlichen Regierungen verwiesen mit Recht auf die unglaublichen Mittel, die zur Verfügung gestellt wurden, auf die hohen Transferleistungen, auf ein schmuck anzuschauendes Ostdeutschland zwischen Ostseeküste und Erzgebirge. Ihrem wichtigsten Argument, dass die Lebensverhältnisse «gleichwertig» seien, kann man bei einem Blick in entsprechende Statistiken kaum widersprechen. Allerdings bedurfte es dafür einer Grundgesetzänderung. Bis 1994 war dort in Artikel 72 von der «Einheitlichkeit der Lebensverhältnisse» die Rede, erst seither ist von der «Gleichwertigkeit» zu lesen. Dass aber Ostdeutschland in fast dreißig Jahren deutscher Einheit sich der westdeutschen Wirtschaftsleistung nur um ganze 22 Prozent angenähert hat und konsequent bei zwei Dritteln verharrt, geht in diesen Rechnungen schnell unter.

Die Ursachen dafür sind komplex. Eine neoliberalen Wirtschaftspolitik vereinte alle Regierungen seit 1990, wenn es um den Osten ging. Den hohen Sozialtransferleistungen standen rücksichtslose Privatisierungen und ein weitgehender Verzicht auf Subventionen

und staatliche Eingriffe gegenüber. Die ostdeutschen Bundesländer haben allerdings auch zu wenig Druck gemacht und keine gemeinsame Wirtschaftspolitik verfolgt. Der globale Druck machte Ostdeutschland mit seinen hohen Lohnkosten für internationale Investoren unattraktiv. Die westdeutsche Wirtschaft sah in Ostdeutschland nur einen Absatzmarkt, der schnell befriedigt war. Die Effekte durch die boomende Bauwirtschaft waren nicht nachhaltig – irgendwann war auch der letzte Gehweg im Osten erneuert, die letzte Autobahn fertig, der letzte Kanal gelegt und die letzte Eisenbahnstrecke modernisiert. Nichts verdeutlicht den ungeheuren Zugewinn an Lebensqualität mehr als die modernisierten und restaurierten Städte, die rekultivierten Landstriche und die hochmoderne Infrastruktur Ostdeutschlands. Um so pessimistischer stimmt die Wirtschaftslage. Der Hauptgrund dafür dürfte anderswo liegen: Ostdeutschlands Wirtschaftsstruktur hat nicht den erhofften Schub durch einen neuen Mittelstand erfahren. Und die ostdeutsche Wirtschaft agiert überwiegend als «verlängerte Werkbank». Keine relevante Unternehmenszentrale, keine Stammbetriebe in größerer Anzahl und kaum industrie eigene Forschungs- und Entwicklungszentren stehen in Ostdeutschland. «Bezieht man sich auf Unternehmen mit mehr als 1000 Beschäftigten, dann existiert in den neuen Ländern kaum ein Betrieb, der über alle Unternehmensfunktionen verfügt.»<sup>14</sup> Die berühmte Ausnahme stellt die Jenoptik AG dar. Lothar Späth, früherer Ministerpräsident von Baden-Württemberg, schrieb 2000: «Die Jenoptik hatte nicht ein einziges Produkt, das sich auf dem Markt verkaufen ließe, die gewinnträchtige Militärproduktion existierte nicht mehr, weltweite Vertriebswege fehlten. Dafür besaßen wir eine Fülle abgewirtschafteter Immobilien, deren einziger Vorteil darin bestand, dass die Eigentumsverhältnisse klar geregelt waren. Und wir hatten Tausende von hochqualifizierten Mitarbeitern, für die uns die Arbeit fehlte. Wir mussten auf einen Schlag 16 000 Menschen entlassen. Menschlich war das ungeheuer schmerhaft. Eine meiner Grundthesen war und ist, dass in der Geschichte der Erde die Insekten überlebensfähiger waren als die Dinosaurier. Also musste es uns gelingen, den Dinosaurier Jenoptik zu schlachten und ihn in viele überlebensfähige Insekten, kleine mittelständische Betriebe, zu ver-

wandeln.»<sup>15</sup> Das gelang nicht nur wegen des traditionsreichen, weltbekannten Namens, dann hätten auch andere Werke wie Simson überleben müssen, sondern wegen der besonderen politischen und wirtschaftlichen Verbindungen von Späth, die damals im Osten fast einzigartig waren. Es wird sich noch zu erweisen haben, ob da alles mit rechten Dingen zugegangen ist. Die Leuchtturm-Theorie jedenfalls ging nicht auf: Mittels einiger zugkräftiger Unternehmen in ostdeutschen Regionen sollte eine ökonomische Sogwirkung erzielt werden.<sup>16</sup> Viele Ökonomen glaubten lange Zeit an diese Idee – bis sie sich als hinfällig erwiesen hatte.

In Ostdeutschland sind vor allem Zweigstellen, Montageeinrichtungen westdeutscher und ausländischer Unternehmen und Konzerne ansässig. 2006 hatten unter den 500 größten deutschen Unternehmen nur sieben ihren Firmensitz im Osten.<sup>17</sup> Viele Experten sind sich einig, dass daher die Magnetwirkung von Wirtschaftszentren im Osten ausbleiben musste. Mittelständische Unternehmen konnten nicht expandieren. Es gibt zu wenige mittelständische Betriebe, und in den Betrieben Ostdeutschlands arbeiten wiederum zu wenige Menschen, d. h. die Betriebe sind zu klein.

Der sozialdemokratische Politiker Wolfgang Thierse, ein Ostdeutscher, legte Anfang 2001 ein Thesenpapier vor, das für Schlagzeilen sorgte. Die zentrale These lautete: Wenn sich an der wirtschaftlichen und sozialen Situation in Ostdeutschland nichts ändere, drohe eine Katastrophe, Ostdeutschland stehe «auf der Kippe».«<sup>18</sup> Fast zwanzig Jahre später hat sich an diesem Befund nichts geändert. Wohlstandsgewinne und die Herausbildung eines neuen kräftigen Mittelstands zum Beispiel in Indien oder China stehen Wohlstandsverluste in bisherigen Industriestaaten gegenüber, was sich durch die Verlagerung von Produktionsstandorten eben nach Asien und anderswohin ergab. Ostdeutschland ging hier stellvertretend für den Westen voran, zunächst unbemerkt, da die meisten dies als bloße Folge der Einheit abtaten. Echte und vermeintliche Verliererinnen und Verlierer der neoliberalen Wirtschaftsordnung und der Globalisierung, Nationalisten und Populistinnen, Demokratiefeinde und Radikaldemokraten, Kommunistinnen, Linksradikale, Faschisten und Rechtsradikale konstruieren weltweit Feindbilder und Schuldige für eine

Gegenwart, die sie nicht mehr zu akzeptieren bereit sind. In Ostdeutschland hat diese Bewegung großen Zulauf. Sie teilt viele Feindbilder und verfügt, wie alle anderen Bewegungen weltweit auch, über spezifische – zum Beispiel die Treuhand.

### Die Treuhand

Am 1. April 1991 ist Detlev Rohwedder vor seinem Haus von der RAF ermordet worden. Bis heute blieb der Fall ungesühnt. Immer wieder kommen Spekulationen hoch, an der Hinrichtung seien auch frühere MfS-Offiziere beteiligt gewesen. Indizien gibt es dafür keine. Der bundesdeutsche Manager war seit Juli 1990 Chef der Treuhand. Etwa ein Jahr nach dessen Ermordung brachte der westdeutsche Dramatiker Rolf Hochhuth das Stück «Wessis in Weimar» heraus, das sogleich eine heftige Debatte auslöste. Der Untertitel beschwore Erinnerungen an Krieg und Faschismus herauf: «Szenen aus einem besetzten Land». Hochhuth stellte die Ermordung Rohwedders als nachvollziehbar und folgerichtig dar, die Treuhand übe eine «Variante des Kolonialismus, wie er nirgendwo gegen Menschen des eigenen Volkes je praktiziert wurde», aus.<sup>19</sup> Dies mag der öffentliche Höhepunkt des Treuhand-Bashings gewesen sein. Doch die Urteile über die Treuhandpolitik fielen landesweit nicht gnädiger aus. Noch heute ruft sie im Osten bei Menschen im mittleren und fortgeschrittenen Alter heftige Negativemotionen hervor, während sie bei jüngeren weitgehend unbekannt ist.<sup>20</sup> Zuweilen wurde sie gar als «größtes Schlachthaus Europas» bezeichnet.<sup>21</sup> Sie existierte bis zum 31. Dezember 1994, war noch in der DDR 1990 gegründet worden und hatte bis zum Jahr 2000 eine Rechtsnachfolgerin. Ihre Aufgabe bestand darin, die staatliche Volkswirtschaft der DDR in die Marktwirtschaft zu überführen.

Auf die größten Privatisierungen hatte die Treuhandanstalt keinen Einfluss: Banken, Versicherungen, Energieversorgung waren bereits auf Druck der Bonner Regierung von dem de Maizière-Kabinett an bundesdeutsche Monopolisten übertragen worden. Die Reichsbahn fiel an die Deutsche Bahn. Die Treuhand war insgesamt

für die Privatisierung von 12.354 Betrieben mit rund vier Millionen Beschäftigten – also mehr als jedem dritten in Ostdeutschland – zuständig. Gut die Hälfte wurde privatisiert, 13 Prozent reprivatisiert, fielen also an Alteigentümer zurück, 2,5 Prozent kommunalisiert, der Rest geschlossen. Die Treuhand beendete ihre Tätigkeit mit einem Defizit von etwa 125 Milliarden Euro, Zahlen, die nicht umstritten sind. Sie hatte aus dem Verkauf 35 Milliarden Erlösen können – ursprünglich war man von 300 Milliarden Euro ausgegangen. In die Beseitigung ökologischer Altlasten flossen 20, in Sanierungs- und Investitionsmaßnahmen 75 und die Tilgung von Altschulden 50 Milliarden Euro.

Der letzte Posten war höchst umstritten. Was waren eigentlich in der sozialistischen Planwirtschaft «Altschulden»? Die DDR-Finanzpolitik kannte das Phänomen gar nicht. Erst durch die Veräußerung der Staatsbank und anderer DDR-Banken an bundesdeutsche Geldhäuser sind Buchkredite in reale Kredite umgeschrieben worden. Vereinfacht ausgedrückt lief es so: Gewinne führte jeder Betrieb an den Staatshaushalt der DDR ab, Umlauf- und Investitionsmittel wurden über den Staatshaushaltsplan jedem Betrieb zugewiesen, um so das zentralistische Prinzip der Kontrolle und Einflussnahme zu gewährleisten, ein Teil davon wurde als «Kredite» verbucht, ohne dass es im Sinne einer freien Marktwirtschaft Kredite gewesen wären. So kam es zum Beispiel, dass 1990 Kommunen, Wohnungsbaugenossenschaften oder Betriebe auf einmal verschuldet waren, ohne dass sie Kredite o. ä. aufgenommen hätten. Der Bau einer Schwimmhalle erfolgte über den Staatshaushaltsplan und nicht über einen Bankenkredit. Hier kollidierten sozialistische Planwirtschaftsprinzipien mit marktwirtschaftlichen Grundgesetzen zum Nachteil Ostdeutschlands und zum Vorteil des Bundeshaushalts und bundesdeutscher Banken. Dabei ging es um viele Milliarden, die dem ostdeutschen Neuaufbau durch eine bürokratische und finanzpolitische Entscheidung entzogen wurden. Das war ein zentraler Grund dafür, dass die ostdeutschen Betriebe verschuldet, ohne Kapital dastanden und auch keine Kredite bewilligt bekamen – die sie erhalten, benötigten sie meist für die Begleichung laufender Kosten, ein Zusammenbruch war also kalkulierbar, wenn nicht sogar einkalku-

liert.<sup>22</sup> Es hätte niemandem geschadet, diese Buchungswerte als das zu behandeln, was sie waren: nichts wert. Stattdessen verkauften man Schulden, die nicht existierten. Das hatte mehrere Effekte. Die West-Käufer machten horrende Gewinne und konnten ihre Investitionen im Osten gleich doppelt verbuchen: als Steuererleichterungen und als Teil von Geld, das gar nicht existiert hatte, ihnen aber nun zufloss. Hinzu kam, dass westlichen Käufern die «Altschulden» oft einfach erlassen worden sind. Ostdeutsche Investoren hatten das Nachsehen – sie verfügten über nichts. Und ihnen wurde auch nichts erlassen. Die Prinzipien dahinter verstand niemand, sie waren auch nicht transparent. Daher stellten auch Privatisierungen von mittleren oder größeren Unternehmen, die aus der Belegschaft selbst erfolgten, seltene Ausnahmen dar. Von den mittleren oder großen Privatisierungen gingen etwa 85 Prozent an westdeutsche und zehn Prozent an ausländische Investoren sowie ganze fünf Prozent an ostdeutsche Optimisten. Lediglich bei «Kleinprivatisierungen» dominierten Ostdeutsche.<sup>23</sup> Im Ergebnis gingen die ostdeutschen Unternehmen zum Großteil in den Besitz ortsfremder Investoren über. In genuin ostdeutscher Hand befindet sich bis heute nur ein Bruchteil des ostdeutschen Industrie- und Anlagenkapitals.

Die Treuhand war in der ersten Hälfte der 1990er Jahre die wichtigste Gestalterin der «Markt- und Gesellschaftsrevolution» in Ostdeutschland. «Die Treuhandanstalt war», wie der Historiker Marcus Böick in der bislang gewichtigsten Untersuchung zur Geschichte der Treuhand festhält, «eine sich selbst radikalisierende Agentin und hochumstrittene Referenz dieses tatsächlich revolutionären Umbruchsgeschehens ....».<sup>24</sup> Ihre Skandale sind Legende.

Eine historisch angemessene Einschätzung der Treuhandarbeit wird auch künftig schwerfallen. Die von ihr selbst vorgelegten Unterlagen dazu sind sehr interessant, aber verwirrend, unsystematisch und erscheinen zufällig. Die schiere Masse verklärt mehr den Blick, als dass sie zur Erhellung beitragen würde.<sup>25</sup> Die Studie von Marcus Böick ist schon deswegen als Pionierleistung zu würdigen, weil er anders als praktisch alle Autoren zuvor nicht zwischen Apologie und Verdammnis schwankt, sondern seine wissenschaftliche Darstellung auf Akten, Zeitzeugen und ohne geschichtspolitische Vorannahmen

nüchtern und weitgehend bewertungsfrei erarbeitete.<sup>26</sup> Inzwischen laufen Großprojekte zur Geschichte der Treuhand, denen auch bislang nicht zugängliches Material zur Verfügung gestellt wird. Es bleibt abzuwarten, ob die entstehenden Publikationen neue Bilder über die Treuhand entwerfen. An dem Umstand, dass es sich bei ihr um die umstrittenste staatliche Institution im deutschen Vereinigungsprozess der 1990er Jahre handelte, wird kein Forschungsprojekt etwas ändern können. Im Laufe der nächsten Jahre, die erwähnte Wahrnehmungsveränderung zeigt das, wird die Treuhand immer unbekannter werden und aus dem kollektiven Gedächtnis verschwinden.

Tatsächlich war sie nicht schuld an den Ereignissen. Man kann vieles kritisieren, man sollte vieles kritisch sehen, aber die Rahmenbedingungen setzte nicht die Treuhand, sondern die Politik. Sie hat entschieden, die zerrüttete Planwirtschaft in einem radikal kurzen Zeitabschnitt in eine Marktwirtschaft umzuwandeln. Schon in den 1950er Jahren warnten Ökonomen, die für das Gesamtdeutsche Ministerium und den Forschungsbeirat Wiedervereinigung arbeiteten, davor, bei einer Wiedervereinigung zu kurze Übergangsfristen für die ostdeutsche Volkswirtschaft zu veranschlagen. Über drei Jahrzehnte später entschied die Politik, gar keine einzubauen.

### Das Kali-Drama und die bundesdeutsche Bergbaopolitik

Den wirtschaftlichen Umbau und die Deindustrialisierung Ostdeutschlands begleiteten seit Sommer 1990 Arbeitskämpfe, Streiks, Demonstrationen und andere Proteste. Von den politischen Parteien profilierte sich lediglich die PDS als Vertreterin der protestierenden Gesellschaft. Ihr kam zugute, dass die anderen Parteien entweder über Regierungsmitsverantwortung verfügten (SPD), andere Wirtschaftskonzepte vertraten (CDU, FDP) oder schlichtweg kein Interesse an Ostdeutschland hatten (traf auf alle zu, Bündnis 90/Die Grünen als überwiegend «westdeutsche» Partei der Bürgerrechte gab hierbei ein besonders schlechtes Bild ab) und deshalb

das Feld geräumt bzw. gar nicht erst betreten hatten. Das zeigte sich 1993 eklatant, als die Kalikumpel von Bischofferode in dem Kampf um ihre Arbeitsplätze sogar vor einem Hungerstreik nicht zurückschreckten. Aus der Politik solidarisch sichtbar waren nur Gregor Gysi, Lothar Bisky und PDS-Genossen.

Dieser Arbeitskampf versammelte eine ganze Reihe Charakteristika des ostdeutschen Transformationsprozesses.<sup>27</sup> Pauschal wurde jedes Unternehmen, jede Einrichtung, jede Infrastruktur, jeder Hektar Land nach Nützlichkeit, Verwertbarkeit und Marktfähigkeit untersucht. Die Kriterien waren nicht transparent. Niemand bestritt, dass ein Großteil der DDR-Volkswirtschaft unter den gegebenen Umständen nicht marktfähig war. Vieles war heruntergekommen, die Wirtschaft statistisch schöngeschrieben worden, die Investitionen in den 1980er Jahren ebenso rückläufig wie die Arbeitsproduktivität. Doch längst nicht alles war abrissreif. Zu berücksichtigen ist auch, dass durch den Systemsturz nicht nur der osteuropäische Wirtschaftsraum zusammenbrach, sondern auch die im Moskauer Machtbereich vorherrschende Arbeitsteilung. Besonders betroffen war davon der große militärisch-industrielle Komplex, der einen erheblichen Anteil der osteuropäischen Volkswirtschaften beherrscht hatte. Der Zusammenbruch hatte sich vor 1989 angedeutet, als insbesondere Polen und Ungarn auf den Weltmarkt drängten, auch um westliche Kredite akquirieren zu können.

Die DDR hatte nicht viele Bodenschätze zu bieten. Auf drei Gebieten gehörte sie zu den Weltmarktführern: Uranabbau im Erzgebirge, Braunkohleabbau in der Lausitz, in der mitteldeutschen Industrieregion und andernorts sowie Kalibergbau.

Die Rekultivierung der Uranbergbaugebiete verschlang über zwanzig Jahre lang etwa sechs Milliarden Euro und sicherte von den zuletzt etwa 28 000 Arbeitsplätzen zunächst etwa 6700 (1992) in einer Sanierungsgesellschaft für das Urangebiet. Bis zum Jahr 2000 halbierte sich auch diese Zahl, 2010 arbeiteten in der Gesellschaft noch 1500 Personen.<sup>28</sup>

Der Ausstieg aus der Braunkohleförderung ist gegenwärtig heftig umstritten, weil die betroffenen ostdeutschen Bundesländer Übergangslösungen, Sanierungsmaßnahmen, längere Laufzeiten für die

Kohlekraftwerke und Auffanggesellschaften fordern, die den Programmen ähneln, die man aufsetzte, als das Ende des westdeutschen Bergbaus eingeläutet worden ist.

Diese Geschichte ist für den ostdeutschen Transformationsprozess sehr interessant. Denn der Ausstieg aus der westdeutschen Bergbauindustrie – ein in Westeuropa auch in anderen Staaten wie Frankreich oder Großbritannien sozial, politisch und gesellschaftlich schmerzvoller Prozess – entsprach so gar nicht jenen Äußerungen, die in Bezug auf Marktwirtschaft und Ostdeutschland üblich waren. Was auf dem Markt nicht bestehe, so seit 1990 der Grundton im Osten, verschwinde eben. Für die westdeutsche Montanindustrie galt das nicht. Die Traditionen, der wirtschaftliche Siegeszug des Kapitalismus, die Identität ganzer Regionen waren mit dem Bergbau engstens verknüpft. Er bildete das Rückgrat der europäischen Wirtschaftskraft. Als sich 1957 auf dem Höhepunkt seiner Förderungsquoten das Ende des Bergbaus anfing anzukündigen, schaffte es der bundesdeutsche Staat, diese noch sage und schreibe sechs weitere Jahrzehnte zu subventionieren. 1989 ist im westdeutschen Bergbau jeder Arbeitsplatz mit knapp 54 000 Euro subventioniert worden! Das lag deutlich über dem Durchschnittslohn. Bei 139 000 Beschäftigten 1989 kam allein in diesem Jahr die Summe von 7,5 Milliarden Euro zusammen.<sup>29</sup> Seit 1945 ist der westdeutsche Bergbau mit 200 bis 300 Milliarden Euro subventioniert worden – die Fachleute sind sich nicht ganz einig.<sup>30</sup> Am 21. Dezember 2018 schloss die letzte Zeche in einer staatsaktähnlichen Prozession. Selbst vor dem Fernseher war das bewegend anzuschauen. In einer beispiellosen Anstrengung ist das Ruhrgebiet von einer Industrieregion in eine Kultur-, Wissens- und Erlebnisregion verwandelt worden.

Solcherart Rühseligkeit war den Kalikumpeln in Ostdeutschland nicht vergönnt. Auch diese Industrie arbeitete nicht effizient. Die DDR-Kaliförderung rangierte vor der Bundesrepublik auf Platz drei der Weltförderliste. Die Qualität in Bischofferode galt als die beste auf dem deutschen Kalimarkt. Auch die Kaliindustrie musste ange-sichts der globalen Marktherausforderungen Federn lassen. Eine Fusion ost- und westdeutscher Kalierzeuger war nicht unsinnig. Zunächst sah alles nach einem partnerschaftlichen Zusammensehen

aus. Die Fusion der treuhandeigenen Mitteldeutschen Kali AG und der westdeutschen BASF-Tochter Kali und Salz war zum Vorteil beider eingefädelt worden. Der Industriezweig stand wegen großer Überkapazitäten auf dem Weltmarkt unter Druck. Es war vereinbart worden, dass im Westen 1744 und im Osten 1884 Stellen wegfallen sollten.<sup>31</sup> Nach Bekanntwerden dieser Pläne begann sich Protest zu erheben, der schließlich am 1. Juli 1993 in einem Hungerstreik von vierzig Bergleuten kulminierte. Eine große Öffentlichkeit war sicher, buchstäblich die Welt schaute auf Bischofferode – zum 1. Januar 1994 wurde die Grube geschlossen. Die Bergleute erhielten hohe Abfindungen oder vorübergehende Arbeit in Auffanggesellschaften. Die Ost-West-Unterschiede markieren folgende Zahlen: 1988 forderten in der Bundesrepublik 7800 Kaliarbeiter etwa 2,3 Millionen Tonnen, in der DDR 32 000 Arbeitskräfte 3,5 Millionen Tonnen. Hier schlägt sich auch das prinzipiell weitaus schlechtere Verhältnis von Arbeitern (produktiver Bereich) und Angestellten (nichtproduktiver Bereich) in der DDR nieder. Dennoch: Die Arbeitsproduktivität in der Kaliindustrie entsprach exakt dem Durchschnittswert der DDR-Arbeitsproduktivität im Vergleich zur Bundesrepublik. Sie setzte drei Arbeitskräfte mehr ein, um zu einem ähnlichen Ergebnis zu kommen.<sup>32</sup> Nach der Fusion der ostdeutschen Kaliindustrie verblieben 7500 Arbeitsplätze. Die gesamtdeutsche Produktion wurde von 6 auf 3,5 Millionen Tonnen gesenkt, genau den Wert, der in der DDR zuvor gefördert worden war. Im Osten gingen 90 Prozent der Arbeitsplätze verloren, im Westen etwa 40 Prozent. Wenn man sich diese Zahlen anschaut, wird man sagen müssen, rein rechnerisch ist der Einbruch im Vergleich zum Westen weniger heftig, als er zunächst scheint. Bei einer gerechten Zechenaufteilung hätten im Osten statt 3000 etwa 5000 Arbeitsplätze erhalten bleiben müssen. Bei einer qualitativen Betrachtung erfolgte die Zechenschließung im Osten überraschend. Und in einer vergleichenden Anschauung mit der Bergbaupolitik in Westdeutschland erscheint der Umgang mit dem Kalibergbau Ostdeutschlands – etwas überraschend. Dass daraus die PDS politisches Kapital zu schlagen verstand, kann ihr niemand nachtragen. Warum aber andere politische Parteien, vor allem Bündnis 90/Die Grünen und die SPD, der SED-Nachfolge-

partei kampflos das Feld überließen, wird ihr ewiges Geheimnis bleiben.

### Die Eigentumsfrage

Doch nicht nur die Treuhand stand im Fokus. Es gab ein weiteres «heiße Eisen»: die Eigentumsfrage. Das Prinzip «Rückgabe vor Entschädigung» war neben der schnellen Währungsunion mit problematischen Umtauschkursen der zweite Dauerbrenner, der von vielen, nicht allen, als «Kardinalfehler» der Einheit angesehen worden ist.

Eigentum an Grund und Boden war in der DDR nichts wert. Ein Beispiel: 1974 erbte ich als Siebenjähriger sechs Miethäuser in Berlin-Mitte und Berlin-Friedrichshain. Nach heutigen Maßstäben sind die Objekte mehrere Millionen Euro wert. Meine Eltern haben für mich das Erbe ausgeschlagen – ein solcher Hausbesitz war im Osten nur mit Unannehmlichkeiten, Kosten und der Gefahr verbunden, wegen Steuerhinterziehung im Knast zu landen. Die Erbschaftsausschlagsteuer für die sechs Miethäuser betrug fünf Mark. Dieser «Wert» veranschaulicht auf seine eigene Weise, warum die Altbausubstanz in der DDR so heruntergekommen war und noch 1989 den Eindruck vermittelte, der Krieg sei gerade erst zu Ende gegangen. Eigentum war nichts wert.<sup>33</sup>

Als nun der Einigungsvertrag ausgehandelt wurde, ging es um die Eigentumsfrage. Wem gehört was? Was geschieht mit enteigneten Grundstücken? Niemand wusste, wie hoch die Rückforderungsquote ausfallen würde, wie viele Alteigentümer sich melden würden. Das stellte die Bundesregierung vor die Frage, worauf sie sich einzulassen könnte, in welchem finanziellen Rahmen sich das gesamte Problem bewege. Bundesfinanzminister Waigel lehnte es ab, ohne Annäherungszahlen zu operieren. Das ist nachvollziehbar. Daher einigte man sich auf den Grundsatz «Rückgabe vor Entschädigung», womit übrigens die Regierung Modrow bereits begonnen hatte. Es gab viele Ausnahmen. «Redlicher» Erwerb war geschützt. Unumstritten war die Rückgabe «arisierten» Besitzes. In der DDR waren

von den Nationalsozialisten enteignete Juden und deren Nachfahren weder entschädigt worden noch hatten sie ihren Besitz zurückerhalten. Dies geschah nun, was zuweilen zu langen Rechtsstreitigkeiten führte.

Über 2,2 Millionen Restitutionsansprüche wurden insgesamt gestellt, von denen etwa zwanzig Prozent erfolgreich waren. In den 1990er Jahren verbreitete «der westdeutsche Altbesitzer» im Osten Angst und Schrecken (dass im Osten so mancher Westdeutsche Eigenkapital verlor, weil sie auf Anlagebetrüger hereinfielen, sei am Rande erwähnt; sie gehören nicht gerade zu den Opfern der Einheit, sondern zu den potentiellen Profiteuren, die zufällig Pech hatten). Viele fürchteten, aus ihren Wohnungen und Häusern ausziehen zu müssen, nicht wenigen ist dieses Schicksal nicht erspart geblieben. Tatsächlich richteten sich die meisten Restitutionsansprüche nicht auf Betriebe, sondern auf privat genutzte Grundstücke. Nur ein geringer Bruchteil ist tatsächlich restituiert worden.<sup>34</sup>

«Wem gehört der Osten?»<sup>35</sup> Natürlich muss man fragen, was es mit einer Gesellschaft macht, wenn sie überwiegend in Wohnraum lebt, der ihr nicht gehört. Doch das ist in Westdeutschland – im Gegensatz zu Frankreich, England, Spanien oder Italien – auch so (in ganz Deutschland wohnen 44 Prozent in der eigenen Immobilie). Nur in der Schweiz gibt es in Europa einen noch geringeren Eigentumsanteil an Wohnungen als in Deutschland. Insofern ist dieses Argument nicht wirklich tragfähig, auch wenn es Ost-West-Differenzen gibt: Im Osten wohnen im Durchschnitt weniger Menschen in den eigenen vier Wänden als im Bundesdurchschnitt.<sup>36</sup>

Kritiker des Prinzips «Rückgabe vor Entschädigung» führen ins Feld, die Ostdeutschen seien dadurch enteignet worden.<sup>37</sup> Das ist irreführend, weil es voraussetzt, dass den Ostdeutschen Grund und Boden und Häuser zuvor gehört hätten. Das war aber überwiegend nicht der Fall. Wer nichts besitzt, kann eigentlich auch nicht enteignet werden.

Alteigentümer heißen so, weil es ihnen zuvor gehörte hatte und nur die wenigsten ihr Hab und Gut freiwillig und zu marktüblichen Preisen «übergeben» hatten. So ungerecht die Restitution oft war, so ungerecht wäre es auch gewesen, den Familienbesitz enteignet zu be-

lassen. Und gerade die vielen Häuser und Gebäude, die sich nun in Besitz von kommunalen Wohnungsverwaltungen und staatlichen Betrieben, aber auch Genossenschaften befanden, sahen schon vom Äußeren her nicht so aus, als hätte sich irgendwer wie ein Besitzer gefühlt. Die enormen Investitionen, die die ostdeutschen Städte und Gemeinden im Verlauf der 1990er und 2000er Jahre ein völlig neues Antlitz annehmen ließen, wären wahrscheinlich bei dem umgekehrten Prinzip «Entschädigung vor Rückgabe» nicht so reichlich und schnell geflossen.<sup>38</sup> Aber ich gebe gern zu, das ist eher eine Glaubensfrage – das eine wie das andere lässt sich nicht mehr beweisen. Und Unrecht, Ungerechtigkeiten sind durch die angewandte Regel fraglos gestiftet worden – und wären im umgekehrten Falle ganz genauso eingetreten.<sup>39</sup> Es gab keine Lösung, die alle befriedigt hätte.<sup>40</sup> Vielleicht können sich alle auf folgende Formel einigen: Das in der Bundesrepublik bestehende soziale Ungerechtigkeitsparadigma ist durch das Prinzip «Rückgabe vor Entschädigung» nicht unterhöhlt worden.

## Die Landwirtschaft

Die ostdeutsche Agrarwirtschaft ist von dem entgegengesetzten Prinzip aufgeschreckt worden: Viele Alteigentümer forderten, die in der sowjetischen Besatzungszone 1945–1949 erfolgte Bodenreform rückgängig zu machen, auf dass die Alteigentümer ihre Ländereien zurückhalten könnten. Das hätte auch die Enteignungen im Zuge der beiden landwirtschaftlichen Kollektivierungen 1952/53 und 1960/61 betroffen. Auch hier kam es zu heftigen Debatten. Letztlich obsiegte die Einsicht, die im Zuge der Niederlage des Zweiten Weltkrieges durchgeführte Bodenreform nicht anzutasten. Volkskammer und Bundestag, DDR-Regierung und Kohl-Kabinett beschlossen das in Einvernehmen mit der früheren sowjetischen Besatzungsmacht, vertreten durch Gorbatschow. Das Bundesverfassungsgericht bestätigte später die Rechtmäßigkeit.<sup>41</sup>

Die Landwirtschaft in der DDR war gänzlich anders organisiert als in der Bundesrepublik: Große Genossenschaften prägten die

Struktur im Vergleich zu überschaubaren Betriebsgrößen im Westen. Das ist bis heute so geblieben. «Die 1989 in der DDR vorhandenen 3844 landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften ..., die 87 Prozent der landwirtschaftlichen Nutzfläche bewirtschafteten, wurden auf Grund der Festlegungen des Landwirtschaftsanpassungsgesetzes nach dem freien Willen der Genossenschaftsbauern so umstrukturiert, daß ... ein Großteil von Betrieben als Genossenschaften e. G. und andere Formen juristischer Personen (GmbH, AG, GmbH & Co KG) erhalten blieb. ... Im Ergebnis bestanden am 31. Dezember 1994 24.884 natürliche Personen, darunter 22.505 Einzelwirtschaften, allerdings ca. die Hälfte im Nebenerwerb, 2379 GbR und 1840 Kommanditgesellschaften (KG) einschließlich GmbH & Co KG, die zwei Fünftel der ostdeutschen landwirtschaftlichen Nutzfläche bewirtschafteten. Auf 2899 juristische Personen (Genossenschaften, GmbH und AG) entfallen knapp 60 Prozent der ostdeutschen landwirtschaftlichen Nutzfläche. Rechnet man die GmbH & Co KG zu den juristischen Personen, so liegt deren Anteil an der bewirtschafteten Fläche sogar bei 67 Prozent.»<sup>42</sup> Im Osten weisen etwa zwei Drittel der Agrarbetriebe Betriebsgrößen von über 500 Hektar auf, im Westen sind es weit unter zehn Prozent. Die Agrarwirtschaft in Westdeutschland war in besonderem Maße den internationalen Märkten ausgesetzt, schrumpfte in den Jahren vor 1989 bereits erheblich und war zugleich über bundesdeutsche und EG-Subventionen erheblich geschützt. Überwogen im Westen Familienstrukturen, so blieben im Osten große Betriebe strukturbestimmend. Auch hier war der Einbruch bei den Beschäftigten enorm. Von den etwa 800 000 Beschäftigten in der Landwirtschaft waren 1991 noch 360 000 und 1995 nur noch 171 000 übrig.<sup>43</sup>

Die Entwicklung der ostdeutschen Agrarwirtschaft seit 1990 wird dennoch als ein Erfolgsmodell angesehen. Betont wird dabei, hier habe die Treuhandanstalt keine Zugriffsrechte gehabt. Zudem habe die Genossenschaftsform eine große gesellschaftliche Akzeptanz gehabt. Sofern man allerdings anfängt zu graben, wie die einstigen «Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften» (LPG) in neue Wirtschaftsformen überführt worden sind, stößt man schnell auf viele ungeklärte Fragen und Eigentümlichkeiten.<sup>44</sup> Der Druck

auf jene, die mit kleinen Familienbetrieben aus dem «Großagravierverband» ausscheren wollten, war immens, ein Druck, der im ländlichen Raum ganz anders ausgeübt werden kann als in urbanisierten Regionen. Dem landwirtschaftlichen Überleben halfen zunächst drei Faktoren entscheidend: Die Produktionsbedingungen zwischen Ost und West fielen sehr verschieden aus, so dass die ostdeutschen Erfahrungen anders als in anderen Bereichen nicht abgewertet oder entwertet wurden. Die Produktionsbetriebe blieben trotz veränderter Rechtsformen überwiegend in ostdeutscher Hand. Zweitens erfuhr der regionale Markt zunächst nicht solche Einbrüche wie bei anderen Produkten. Drittens schließlich, der wohl wichtigste Grund, konnte die ostdeutsche Agrarwirtschaft sofort von den EG-Subventionsprogrammen profitieren. Das führte schnell zu einem erheblichen Strukturwandel in der Produktion: Die Tierhaltung nahm in einem in der ostdeutschen Geschichte bislang nicht bekannten Ausmaß ab, auf den Pflanzenanbauflächen dominierten alsbald Monokulturen (Mais, Raps), Brachflächen sicherten Einkünfte. Die riesigen ostdeutschen Landwirtschaftsbetriebe haben überdies bis heute eine nachhaltige und ökologische Anbaukultur verhindert. Die von vielen behauptete Erfolgsgeschichte lässt sich nur erkennen, wollte man diese Bürde ignorieren. Viele Produkte, die auf ostdeutschen Anbauflächen zu wenig oder nicht mehr angebaut werden, kommen zudem auf umweltschädlichen Wegen aus aller Welt auf die heimischen Märkte.

### Der Abzug der sowjetischen Truppen als Wirtschaftsfaktor

Es schien kaum denkbar, dass die Sowjetarmee widerstandslos den Zerfall des sowjetischen Großreiches akzeptieren sollte. Die DDR bildete den westlichsten strategischen Vorposten Moskaus. Dadurch geriet die deutsche Frage auch zu einer geostrategischen Angelegenheit. Die «Gruppe der Sowjetischen Streitkräfte in Deutschland» (GSSD) stand im Zentrum sowjetischer Politik. Sichtbar wurde das auch 1988, als die GSSD entsprechend anderen sowjetischen Ar-

meen in «Westgruppe der Truppen» (WGT) umbenannt wurde und der Name nicht mehr den Charakter einer Besatzungsarmee betonte.

Am 12. September 1990 unterzeichneten die Außenminister der UdSSR, der USA, Frankreichs und Großbritanniens sowie der beiden deutschen Staaten den «Vertrag über die abschließende Regelung in Bezug auf Deutschland». Darin wurden die Mitgliedschaft Deutschlands in der NATO, die Reduzierung der Bundeswehr auf eine Mannschaftsstärke von 370 000 Mann, der Verzicht auf Massenvernichtungswaffen und die Garantie der polnischen Westgrenze vereinbart. In dem Vertragstext wurde der Abzug der sowjetischen Westgruppe aus Ostdeutschland bis Ende 1994 vereinbart.

Einige Tage nach der Wiedervereinigung, am 9. Oktober 1990, schlossen der Bundesfinanzminister und der sowjetische Botschafter in Deutschland einen Finanzvertrag. Für den befristeten Aufenthalt und zur Finanzierung des planmäßigen Abzugs der sowjetischen Truppen bis 1994 stellte die Bundesrepublik rund zwölf Milliarden Mark bereit. Davon waren 7,8 Milliarden Mark für den Bau von Wohnungen für Offiziersfamilien im europäischen Teil der Sowjetunion bestimmt. Am 12. Oktober 1990 unterzeichneten Regierungsvertreter den so genannten Stationierungsvertrag, der die Modalitäten des Aufenthaltes und des Abzuges der sowjetischen Streitkräfte regelte. Das Vertragswerk wurde durch einen deutsch-sowjetischen Partnerschaftsvertrag gekrönt, den Gorbatschow und Kohl am 9. November 1990 unterzeichneten. Dieser für zwanzig Jahre gültige Rahmenvertrag beendete, wie Gorbatschow sagte, die «Epoche der Konfrontation» und leitete eine neue Ära der bilateralen Beziehungen ein.

Im Januar 1991 begann die größte Truppenverlegung zu Friedenszeiten in der Geschichte des Militärwesens. Bevor die Westgruppe Deutschland verließ, hatte sie offiziell etwa 1500 Liegenschaften mit einer Fläche von 290 000 Hektar, fast drei Prozent des DDR-Gebiets, besetzt gehalten. Tatsächlich genutzt hat sie bis zu zehn Prozent des ostdeutschen Territoriums. Zuletzt verfügte die Armee über mehr als eine halbe Million Soldaten, Zivilangestellte und Familienangehörige in Ostdeutschland. Zugleich zogen aus Polen, der Tschecho-

slowakei und Ungarn nochmals insgesamt mehr als 250 000 Sowjetsoldaten ab.

Für die Moskauer Führung war die Frage der Unterbringung der heimkehrenden Soldaten und ihrer Familienangehörigen von größter Bedeutung. Die Regierung wollte fast die gesamte Summe, die sie von Deutschland erhalten würde, zum Bau von Wohnungen für die Heimkehrer nutzen. Sie schlug den Deutschen ein gigantisches Bauprogramm vor. Die Bundesrepublik sollte davon die Hälfte im Laufe von vier Jahren finanzieren, ebenso die dazugehörige Infrastruktur wie Geschäfte, Schulen, Kindergärten usw. Die Bundesregierung wollte sich auf eine feste Geldsumme statt auf eine Quadratmeterzahl festlegen, die möglicherweise die Kosten ins Uferlose hätte steigen lassen. Schließlich verständigten sich beide Seiten auf eine Zahl von 70 000 Wohnungen. Die Deutschen sollten für die Hälfte auftreten. 8,35 Milliarden DM stellte die Bundesregierung letztlich zur Verfügung. Etwas mehr als 50 000 Wohnungen sollen tatsächlich erbaut worden sein.

Ursprünglich war geplant, die ostdeutsche Bauwirtschaft durch Aufträge im Rahmen dieses Programms anzukurbeln. Für eine Vergabe in dieser Größenordnung gab es nach deutschem Wettbewerbsrecht keine Grundlage. Die russische Seite erhielt günstige Angebote aus der Türkei, Finnland und anderen Ländern, weshalb die geplante Zahl von ungefähr 35 000 Wohnungen beträchtlich überschritten werden konnte.

Als besonders schwierig erwies sich das Problem der beim Abzug zurückbleibenden Liegenschaften. Die sowjetischen Streitkräfte hatten ihrer eigenen Ansicht nach in den vier Jahrzehnten ihrer Besetzungszeit Baumaßnahmen in beträchtlichem Ausmaß durchgeführt. Nun verlangten sie Ausgleichszahlungen von 17 bis 17,5 Milliarden DM, später reduzierten sie diese Forderung auf 10,5 Milliarden DM. Diese Kompensationsforderungen waren aus der Luft gegriffen, zumal sich die sowjetischen Militäreinrichtungen in einem Zustand befanden, der eine weitere Nutzung als abwegig erscheinen ließ.

Der rücksichtslose Umgang mit der Natur hatte im Umkreis von sowjetischen Kasernen und Truppenübungsplätzen überdies zu

schweren Umweltbelastungen geführt. Die Boden- und Grundwasserverschmutzung war extrem hoch, die Übungsplätze waren durch Munition, Ölreste, liegengebliebene Fahrzeuge u. a. m. belastet. Die Konversion der Militärfächen sollte nach dem Abzug der Truppen eines der zentralen Probleme werden und die Bundesrepublik Milliardensummen kosten. Der letzte Oberkommandierende, Burlakow, bestritt in seinen Erinnerungen vehement, dass es erhebliche Kontaminationen gegeben habe. Im Gegenteil, seine Truppen hätten umfangreiche Rekultivierungsarbeiten vorgenommen.<sup>45</sup> Tatsächlich war Deutschland zwei Jahrzehnte mit der Konversion der übergebenen Militärfächen befasst.

Allein die militärisch genutzten Flächen in Brandenburg umfassen 1989 ein Gebiet etwa so groß wie das Saarland. Nur zwanzig Prozent der landeseigenen ehemaligen Flächen der Roten Armee konnten bis zum 31. Dezember 2000 verkauft werden. 17500 Hektar gingen unentgeltlich in das Ressortvermögen des Ministeriums für Landwirtschaft und Umweltschutz. Auf ehemaligen Militärfächen entstanden Gewerbegebiete sowie Technologie- und Gründerzentren. Vorübergehend fanden bei der Konversion viele Ostdeutsche mit Mitteln der Bundesanstalt für Arbeit einen Job.

### Der ökonomische Kollaps als Kulturmampf

Die Hinterlassenschaften der DDR-Volkswirtschaft zu bewältigen, war eine Herausforderung größten Ausmaßes. Dass auch dreißig Jahre nach der Einheit der Graben zwischen Ost und West wirtschaftlich nicht annähernd geschlossen sein würde, hätte 1990 nicht einmal der düsterste Pessimist vorhergesagt. Es mangelte nicht an alternativen Konzepten und Vorstellungen. Ob eine davon eine realistisch-praktikable Alternative gewesen wäre, werden künftige kontrahaktische Geschichtsanalysen zu erweisen haben. Dann wird auch zu ergründen sein, warum einzelne ostdeutsche Marken überlebt haben. Dabei handelte es nicht nur um Schnaps-, Bier-, Sekt- und Zigarettenarten, sondern auch um eine Reihe von Lebensmitteln, Drogerieartikeln oder Konsumgütern. Ein System lässt sich dabei nicht er-

kennen. Nur an der eingeführten, beliebten Marke lag es nicht. Oft sind diese Marken auch gar nicht in ostdeutscher Hand.<sup>46</sup>

Ökonomische Veränderungen haben nicht nur soziale Folgen. Die kulturellen sind mindestens genauso einschneidend. Messbar sind sie kaum, wenn sie sichtbar sind, ist es meistens zu spät, um noch gegenzusteuern. Durch die rigide Privatisierungspraxis nach 1990 ist praktisch der gesamte ostdeutsche Verlags- und Buchmarkt zusammengebrochen.<sup>47</sup> Der Anteil ostdeutscher Verlage (ohne Berlin) am gesamten deutschen Buchmarkt liegt bei drei bis fünf Prozent, am Gesamtumsatz der Buchbranche ist der Osten (ohne Berlin) mit weniger als einem Prozent beteiligt.<sup>48</sup>

Nun waren viele DDR-Verlage Teil des SED-Ideologieimperiums, um sie war es nicht schade. Aber ein anderer Teil produzierte ein anspruchsvolles Programm; die Umstellung der ostdeutschen Verlage auf Marktbedingungen hätte vor allem einen drastischen Mitarbeiterabbau zur Voraussetzung gehabt. Überlebt haben nur wenige Verlage. Ostdeutschlands Buchmarkt war auch hier in gewisser Sicht Westdeutschland vorangegangen: Abbau, Schrumpfung, Konzentration, Verramschen und Billigausgaben. Im Zuge der Revolution 1989/90 gab es ungefähr 200 Verlagsneugründungen. Überlebt hat davon kaum eine. Die berühmteste, der Verlag von Christoph Links in Berlin, ist zum 1. Januar 2019 an den Aufbau Verlag verkauft worden. Links kehrt in einen Verlag zurück, in dem er bereits von 1986 bis 1989 gearbeitet hatte. Sein Vater, Roland Links, war ebenfalls ein bedeutender Verleger. Der Aufbau Verlag ist von der Treuhand privatisiert worden. Dabei gehörte der Verlag dem Kulturbund, wo für die Treuhand nicht zuständig war. An dem Aufbau Verlag zeigte sich frühzeitig ein neuer Trend: Investoren und Unternehmer, die aus anderen Branchen kommen, steigen in den Buchmarkt ein. Nachdem 2008 der Bundesgerichtshof nach dreizehnjähriger Prozessdauer entschieden hatte, dass der Verkauf durch die Treuhand unrechtmäßig erfolgt war, übernahm ein anderer Investor den traditionsreichen Verlag. Links ging mit seinem Verlag zu Aufbau, weil er trotz intensiver Suche niemanden fand, der die risikoreiche Geschäftsführung fortsetzen wollte.<sup>49</sup> Der Buchmarkt schrumpft, die Verlagsbranche ist weiter einem Konzentrationsprozess ausgesetzt,

große Häuser monopolisieren. Auch wenn der kleine Buchhandel in letzter Zeit einen vorsichtigen Aufschwung erlebte, weiß niemand gegenwärtig, welche wirtschaftliche Zukunft dem Buch und seinen Verlegern bevorsteht. Wenig hilfreich ist da gewiss, dass in den großen Buchhandelsketten viele Verlage längst dafür Geld bezahlen, wo ihre Bücher präsentiert werden. Das Buch wird nicht aussterben, seine kulturelle Markerfunktion jenseits von *Harry Potter* oder *A Song of Ice and Fire* geht aber zurück. Fast niemand kommt heute noch in eine Wohnung und weiß anhand der Regalbestände, wo er sich kulturell befindet.

Der ostdeutsche Verlags- und Buchmarkt zeigte in den 1990er Jahren bereits diesen Trend an. Christoph Links fasst zusammen: «Aber die extreme Schrumpfung der Verlagsbranche geht weniger auf die Anpassung an die Marktstrukturen zurück, als auf die Privatisierungspolitik der Treuhand. Diese hat bewusst an westdeutsche Konkurrenten verkauft, die den Ostverlag zunächst zum Vertriebsbüro für die Westprodukte gemacht haben, dann die interessanten Rechte ins Mutterhaus rübergeholt und schließlich die Ostdependance geschlossen haben. Ausländische Interessenten sind bis auf einen alle abgewiesen worden. Der Osten war als Absatzgebiet für Westwaren interessant, nicht als konkurrierender Produktionsstandort.»<sup>50</sup> Im Prinzip lief es im Verlagswesen wie in weiten Teilen der Wirtschaftsübernahme.

Haben sich die marktradikalen neoliberalen Kräfte tatsächlich durchgesetzt, wie es oft behauptet wird? In wirtschaftlicher Hinsicht gewiss, in gesellschaftlicher Perspektive nicht. Denn so einschneidend der Umbau, der Rückbau, der Aufbau auch gewesen war, der Staat federte materiell und sozial den Transformationsprozess für die betroffenen Ostdeutschen wiederum so stark ab wie ebenfalls nirgends im postkommunistischen Europa. Der Fall der Ostdeutschen geschah aus vergleichsweiser großer Höhe, der Aufprall erfolgte relativ weich – nicht für die Einzelnen, aber im großen Maßstab. Ökonomen haben dies eine «Konkursverwaltung mit Sozialplan» (Hans-Werner Sinn) genannt.

### Tabula rasa: die soziale Katastrophe

Die deutsche Einheit wird häufig als technokratischer Prozess geschildert, der vor allem Geld verschlungen habe. Expertinnen und Experten rechnen genau vor, was die Sozialleistungen, die Ausgaben für den zweiten Arbeitsmarkt, die Abwicklung der DDR-Volkswirtschaft, der Aufbau der ostdeutschen Infrastruktur, die ostdeutschen Renten usw. usf. gekostet hätten – und zwar den westdeutschen Steuerzahler. Lieblingsthema dabei war der «Solidaritätsbeitrag», von dem wohl selbst noch heute viele glauben, diese Sondersteuer würden nur im Westen arbeitende Menschen zahlen. Die gesamten «Transferleistungen» seit 1991 werden mal mit einer, mal mit 1,5, mal mit zwei Billionen Euro angegeben. Das ist so eine unfassbar hohe Summe, dass es fast schon egal anmutet, wie hoch sie nun wirklich ausfiel. Hohe Summen stumpfen ab. So wie in der Bankenkrise ab 2007 oder in der Euro-Krise seit 2010. Da standen auf einmal auch unfassbare Summe bereit, während Schulen verrotteten, die Infrastruktur im Westen weiter veraltete, der digitale Ausbau auf der Stelle trat, allerorten Gelder für Bildung und Kultur fehlten, die soziale Ungleichheit weiter zunahm und der Mittelstand ins Rutschen geriet. Da wir alle wissen, dass die deutsche Einheit ziemlich viel Geld kostete, die öffentlichen Haushalte belastete, aber letztlich dieses reiche Land das irgendwie stemmte, ohne dass deswegen jemand verhungerte oder auch nur schmerzhafte Einbußen in seiner persönlichen Lebensführung erdulden musste, konzentriere ich mich nicht auf die materiellen Kosten, sondern auf die sozialen Folgen. Wer an den materiellen Kosten interessiert ist, den verweise ich auf Berichte der Regierung zum Stand der deutschen Einheit, da findet man alles, was man wissen muss – und noch viel mehr.

## Kulturelle Hegemonie: der Elitenaustausch und die Entwertung ostdeutscher Kultur

Ich war seit 1990 in verschiedenen Gremien am Neuaufbau der Humboldt-Universität zu Berlin und des dortigen Instituts für Geschichtswissenschaften aktiv beteiligt. Obwohl ich mich selbst nicht so sah, zählte ich zu den Vertretern radikaler Auffassungen: Im Prinzip müssten, so glaubte ich, alle weg, die im SED-System Verantwortung trugen. Als nur die ideologischen Fachbereiche der Universität abgewickelt und neu aufgebaut wurden, empfand ich das als ungerecht. Besser wäre es gewesen, so glaubte ich, alle Fachbereiche wären gleich behandelt, also abgewickelt worden. Natürlich wusste ich, dass es große Unterschiede in der politischen Belastung zwischen Geschichte, Philosophie, Jura, Ökonomie, Asien- und Afrikawissenschaften, Erziehungswissenschaften einerseits und Medizin, Mathematik, Biologie, Agrarwissenschaften andererseits gab. Aber ich wusste auch, dass selbst in diesen Gebieten nicht nur der reinen Wissenschaften gefrönt worden ist. Meine Ansichten verkündete ich überzeugt öffentlich auf großen Versammlungen. Ich fand, jeder sollte individuell seine Eignung für die Zukunft in einer Einzelfallüberprüfung unter Beweis stellen. Und das, meinte ich, sollte nicht nur für die Universitäten und Hochschulen, sondern für den gesamten Öffentlichen Dienst gelten. So habe ich das zu Beginn der 1990er Jahre gesehen. Damit stand ich keineswegs allein. Erst allmählich dämmerte mir, dass ich es mit der Unschuldsvermutung offenbar nicht hatte, dass ich das Prinzip, die «Schuld» ist durch den Ankläger zu beweisen, nicht die «Unschuld» vom Angeklagten, nicht ernst genommen hatte. Auch wenn es sich um Kategorien aus dem Strafrecht handelt, die nicht übertragbar sind, weil es nicht um strafrechtlich relevante Vorgänge ging, so beschreiben sie doch eine He-

rangehensweise. Für mich waren irgendwie alle diskreditiert, die in der DDR Verantwortung getragen hatten. Später sah ich, dass mit einer solchen Einschätzung kein Staat zu machen, keine Gesellschaft zu befrieden ist. Zum Glück hatte ich keine Verantwortung, jedenfalls keine tragende.

Das von mir beschriebene Prinzip wurde zum Motto beim Um- und Aufbau Ostdeutschlands. Dass die Parteiapparate, Armee und Polizei, Staatsapparat und Justiz ihre Spitzenkräfte verloren, war eine logische und richtige Folge der Freiheitsrevolution. Dass es aber viel weiter ging, hätte 1990 kaum jemand erwartet. Doch tatsächlich fand ein Austausch von Führungskräften größten Ausmaßes statt, so wie ihn zu Friedenszeiten in Europa noch keine Gesellschaft erlebt hatte. Drei Probleme erzwangen personelle Veränderungen: Tatsächlich war ein Teil der Führungskräfte, auch der technokratischen Führungselite, politisch diskreditiert. Zudem war die gesamte öffentliche Verwaltung im Osten aufgeblättert und personell völlig überbesetzt. Und schließlich verlangte der Neuaufbau nach Kräften, die die bundesdeutsche Rechts-, Sozial- und Wirtschaftsordnung verinnerlicht hatten. «Aufbauhelfer» aus dem Westen waren daher unverzichtbar. Dass diese zur Verfügung standen, wurde viele Jahre als ein klarer Standortvorteil Deutschlands bewertet. Dass aber der Osten zum Karriereparadies für Westdeutsche wurde, damit hatte *so niemand gerechnet*. Nur weil die Bundesrepublik existierte, konnte es anders als in Ostmittel- und Osteuropa eine komplette personelle Tabula rasa geben – mit allen Folgen, die das bis heute zeitigt.

### «Aufbauhelfer» aus dem Westen

Handfeste Aufgaben des Staates wurden – das lässt sich nicht oft genug herausstellen – in großer Schnelligkeit und Präzision erfüllt. Erinnert sei etwa an den Ausbau der Infrastrukturen (z. B. Verkehrsnetze, Telefon) oder die Umstellung von Stadt- auf Erdgas (auch in West-Berlin). Hier stießen allgemeine neoliberale Entwicklungen (z. B. Privatisierung der Bundesbahn, des Energiemarktes oder von Teilen der Bundespost) auf den großen Reformbedarf im

Osten, so dass in technischer Hinsicht die «Marktbereinigung» für privatisierte Unternehmen im Osten weitaus «problemloser» vonstatten ging. Das brachte viele Vorteile für die Verbraucher.

Zu den wichtigsten staatlichen Aufgaben gehörte unmittelbar nach 1990 der Neuaufbau in der öffentlichen Verwaltung und dem Justizwesen – zwei Grundpfeiler einer freiheitlichen Demokratie. Angesichts der Vielzahl an Problemen ist schon bewundernswert, dass die Verantwortlichen dabei überhaupt den Überblick behielten. Von Vorteil war, dass das bundesdeutsche System einfach nur übertragen zu werden brauchte. Die einzelnen Länder hatten jeweils Patenländer im alten Bundesgebiet, wobei Berlin einen klaren Vorteil besaß: In den Ostteil der Stadt entsandte Senatsmitarbeiter konnten nach Feierabend in ihre gewohnte Umgebung nach Hause fahren – mit der S-Bahn, dem Fahrrad oder dem Auto. Das war in den neuen Flächenländern nicht so ohne weiteres möglich – und die Konflikte daher fast vorprogrammiert. Alles musste neu errichtet werden – von funktionierenden Arbeits- und Sozialämtern über die kommunale Verwaltung bis hin zu einem dem Rechtsstaatsgedanken verpflichteten Justizwesen.

Im Osten gab es keine Verwaltungsbeamten und Juristen, die diesen Aufbau hätten gestalten können. Es war im Vergleich zu allen anderen Ostblockstaaten ein großes Glück, qua Grundgesetz Teil der Bundesrepublik geworden zu sein und nun beim Neuaufbau auf deren Beamtenelite zurückgreifen zu können. Nun, unter Elite darf man sich freilich nicht vorstellen, dass es immer die Besten sind. «Elite» beschreibt mehr ein Anforderungs-, Ausbildungs- und Positionsprofil denn eine professionelle Eigenschaft. Sie meint auch nicht nur die absoluten Führungsspitzen in Staat, Wirtschaft und Gesellschaft, sondern Führungskräfte wie Abteilungsleiter, Professoren oder Chefredakteure.

Ohne diese Elite hätte der Osten Deutschlands nicht aus dem Sumpf gezogen werden können. Doch bei allen Verdiensten: In der Regel kam nicht die allererste Riege angeflogen in ihren merkwürdig gleich aussehenden Anzügen und Kostümen, mit ihren praktischen Kapitänskoffern und ihren großen mobilen Telefonen, um der Netz-wüste Ostdeutschland nicht zu erliegen. Der Osten erwies sich als

eine Karriereschleuse für viele Westler. Die Elitenrekrutierung ist eines der kompliziertesten und nachhaltigsten Kapitel im Transformationsprozess. Der Osten war auf diese Elite dringend angewiesen, ohne ihr Engagement ist der Neuaufbau undenkbar. Und zugleich stellte sie eines der größten Probleme dar – nicht die Einzelnen, sondern Elite als eine geschlossene, nur nach strengen Regeln und Auswahlkriterien zu betretende Gruppe. Diese Beamtenelite kam in den Osten angerauscht, voller Elan und Tatendrang und traf auf skeptisch, mürrisch dreinblickende und zurückhaltend agierende Angestellte des früheren SED-Staates. Nur in wenigen Positionen waren Außenseiter nachgerückt, die oftmals mehr ihre moralische Überlegenheit denn ihre professionelle Berufung auszeichnete. Nur wenige Personen sind aus Rehabilitationsgründen aufgerückt oder wieder eingestellt worden. Und die Westbeamten kamen nicht als Gleiche unter Gleichen, sondern durchweg als Vorgesetzte. Die Behörden und öffentlichen Einrichtungen auf Landes- und Bundesebene in Ostdeutschland glichen sich jahrelang in einer Pyramide: Je höher die Posten in einer institutionellen Hierarchie ausfielen, um so geringer war die Chance, auf Ostdeutsche zu treffen. Es gab dazu kaum eine Alternative – wird bis heute vor allem von jenen gesagt, die in den Spitzen der Hierarchien standen. Das mag für das Justizwesen oder die Polizei zugetroffen haben, aber auch für technokratisch ausgerichtete Ämter? Bis 1995 hatten Kommunen, Länder und Bund rund 35 000 westdeutsche Beamte zeitweise oder dauerhaft in den Osten entsandt.<sup>1</sup> Einige sind aus dem Ruhestand aktiviert worden, manche ließen sich dauerhaft im Osten nieder. Richard Schröder hat darauf hingewiesen, dass der Bedarf an westlichen Fachleuten nicht als Entmündigung der Ostdeutschen beklagt werden könne. «Es setzt sich niemand ... gern in ein Flugzeug, wenn ihm erklärt wird: Der Pilot lernt grad noch.»<sup>2</sup> Das stimmt. Doch stimmte es auch, dass es gar keine «Piloten», sprich keine potentiellen Führungskräfte außerhalb politischer Wahlämter im Osten gab? Nein, das stimmte nicht. Und mussten nicht auch die entsandten Westler lernen? Ihnen die Lernwilligkeit zuzumuten, Ostlern diese per se abzusprechen, ist wohl nicht das, was mit «auf Augenhöhe» in den 1990er Jahren theoretisch gemeint war. Real war die «Augenhöhe» eine Perspektive von oben

nach unten (oder umgekehrt) zu schauen, je nachdem, wo der Einzelne herkam. So etwas nennen Wissenschaftler mit Hannah Arendt die Ausübung von «Macht», die nicht wie «Herrschaft» erworben oder übertragen wird, sondern die man hat (oder eben auch nicht).

Die in den Osten entsandten westlichen Experten galten als «Aufbauhelfer Ost», eine besondere Form von «Entwicklungshelfern», beide Begriffe drücken unmissverständlich die Überlegenheit der gemeinten Person aus. Verfassung hin, Grundgesetz her – «Aufbauhelfer Ost» zementierten entgegen ihrer Entsendungsintention die kulturellen und mentalen Gräben zwischen «Helfern» und «Hilfsbedürftigen», zwischen Westlern und Ostlern. Das erfolgte strukturell bedingt. Wenn die «eine Herkunft» der «anderen Herkunft» unentwegt und zwar strukturell erläutert, wie es läuft, ergibt sich zwar nicht zwangsläufig das Figurenpaar vom Herrn und seinem Knecht, aber sehr wohl das vom Überlegenen und Unterlegenen, ein patriarchales Dienstverhältnis, aus dem es kein Entkommen gibt. Noch heute berichten «Aufbauhelfer» mit diesem Gestus: «Die Geschichten klingen wie Räuberpistolen aus einer anderen, einer erfundenen Welt.»<sup>3</sup> Selbst Anerkennung erscheint so als Teil eines Unterwerfungsrituals oder schlicht als großkotzige Demütigung. Dass das Auftreten dieser «Aufbauhelfer Ost» vielfach – natürlich nicht durchgängig! – zur Zementierung der Vorurteile beitrug, erscheint nur als Randnotiz angesichts der durch diese Praxis strukturell bedingten Ungleichheit der Lebensbiographien.

Nun muss ich gestehen, dass ich in all den Jahren seit 1990 viel im Osten herumgekommen bin. Immer wieder, ob auf touristischen Kurzreisen, bei Vorträgen und Veranstaltungen oder mit der Familie im Urlaub. Ich kannte das Land sehr gut aus den Jahren bis zum Mauerfall, bin viel herumgereist, viel mehr blieb einem ja als DDR-Mensch nicht. Natürlich, ich war lieber in Prag oder Budapest, Krakow oder im Pirin, nur das ging nicht ständig. Sich die DDR anzuschauen, war dagegen unter jungen Menschen bestimmter Milieus am Wochenende eine verbreitete Freizeitaktivität. Nach 1990 erfreute ich mich daran, wie sich alles optisch veränderte. Hinter die Kulissen konnte man vor Ort kaum schauen. Was mich freilich störte, im Norden wie im Süden des kleinen Landes – die Menschen

blieben für mich gewöhnungsbedürftig. Ob im Hotel, in der Gaststätte, im Kino, auf dem Parkplatz, im Museum oder in der Kaufhalle: Was habe ich mich geärgert über Unhöflichkeit, Maulfaulheit, Patzigkeit, Verantwortungslosigkeit. Hatte sich da im Vergleich zu vor 1989 wirklich nichts verändert? Ich schwor mir sehr oft seit 1990, nie wieder in den Osten zu fahren und tat es doch immer und immer wieder. Da komme ich nun einmal her. Da bin ich zu Hause, ob ich nun will oder nicht. Ich bin lieber in London oder New York oder Barcelona, zu Hause bin ich in Ost-Berlin, in Leipzig, in Rostock. Das kommt mir selbst ziemlich komisch vor. Was soll ich tun? Ich kann es nicht ändern. Wir lebten in mehreren Städten, lernten sie lieben und schätzen – meine Wurzeln sind nicht gelöst worden. Warum ich das hier schreibe? Weil ich all die Beamten und ihre Familien aus dem Westen immer nur zu gut verstehen konnte, wenn sie ihre Ost-Erfahrungen mitteilten und diese nicht eben günstig für den Osten und seine Einwohnerschaft ausfielen. Ich habe mich auch zeitlebens über Unfreundlichkeit, Interessenlosigkeit, Ignoranz und Engstirnigkeit geärgert. «Ostig» und «Scheiß-Osten» haben meine Freundinnen und Freunde und ich schon als Jugendliche in der DDR geflucht, am liebsten sagten wir «Scheiß-Ostwetter», ja, wir haben sogar in Anlehnung an faschistoid ein neues Adjektiv erfunden: «ostoid». Das haben wir bis 1989 gern und lachend und viel benutzt – nach 1990 kam das allmählich aus unserem Sprachgebrauch. Mir fiel das aber immer wieder ein, wenn ich Westler über den Osten reden und fluchen hörte. Ich konnte sie zu gut verstehen – und fand es zugleich ungerecht, arrogant und abstoßend. Denn letztlich regten sie sich worüber auf? Genau, dass sie anderswohin gingen, als «Aufbauhelfer», Karrierechancen nutzend, die ihnen sonst nicht geboten worden wären, neue Geschäfte aufbauend und dass sie dort, wo sie im wilden Osten nun aber auch so etwas von uneigennützig halfen, nicht alles so vorfanden, wie sie es gewohnt waren. Die Menschen waren anders, die Straßen, die Geschäfte, der Geruch, der Krach, die Kultur, einfach alles. Unerhört eigentlich. Die globale Tourismusindustrie hat darauf längst reagiert: Die Umsteigeflughäfen weltweit ähneln sich; die Hotelketten, das Frühstücksbuffet, die Poollandschaften – egal, aus welchem Schiff und Flugzeug Touristen fallen,

sie fallen ins gewohnte Bett. Die wunderschöne Insel Mallorca ist auch deswegen in Verruf geraten, weil deutsche und englische Touristen und ihre Reiseagenturen aber auch alles dafür taten, dass sie sich heimisch fühlen. Und genau das beklagten die westdeutschen Aufbauhelfer: Sie fühlten sich nicht heimisch. Ich konnte und kann über meine Heimat ungezügelt fluchen, weil das zu mir und meiner Heimat gehörte. Wenn ich mich nicht in meiner Heimat bewege, werde ich vieles tun, gewiss aber nicht verlangen, dass sich nun alle zu verhalten hätten, wie ich es gern hätte oder selbst tue. Vielleicht würde ich mich meiner Umwelt anpassen, wahrscheinlich einfach weiter so leben, wie es mir passt und die Einheimischen ihrem eigenen Glück überlassen oder einfach nach der Erfahrung ohne Groll wieder dorthin gehen, wo ich mich wohler fühle.

Ganz so einfach war das natürlich nicht, weil, wie gesagt, der Aufbau Ost ohne das Personal aus dem Westen so nicht möglich gewesen wäre. Hätte die Politik eine andere Mentalität, eine andere Kultur des Umgangs miteinander befördern können? Das ist schwer zu beantworten, mindestens jedoch auf einem entscheidenden Feld hätte die Politik, wie schon erwähnt, ein deutliches Zeichen setzen können: Ja, wir sind jetzt ein neues Gemeinwesen, bei dem zwar die bundesdeutsche Wirtschafts-, Sozial- und Rechtsordnung auf den Osten übertragen wird – woran auch fast niemand Kritik übte –, aber wir geben uns die erste gesamtdeutsche Verfassung, so wie es die Väter und Mütter des Grundgesetzes 1949 mit Artikel 146 vorgesehen hatten. Noch mehr freilich wäre notwendig gewesen, andere Karrierewege als die bislang im Westen bekannten zu fördern und ausdrücklich als Alternative einzuschließen. Das erfolgte nicht, wohl auch, um sich lästige Konkurrentinnen und Konkurrenten vom Halse zu halten.

### Der Elitenaustausch an den Universitäten

An den Hochschulen und Universitäten (ohne Medizin) gingen bis Mitte der 1990er Jahre rund 75 Prozent der 1989 dort noch täglichen Hochschullehrer (Dozenten und Professoren) verloren. Dabei

gab es große Unterschiede. Philosophie, Geschichte, Jura, Wirtschaft verbuchten Verluste von rund 90 Prozent. Die erscheinen auch heute noch überwiegend gerechtfertigt zu sein. Aber auch die anderen Fachgruppen verloren durchschnittlich mehr als 50 Prozent, lediglich in der Mathematik existierte eine sehr hohe Wiederberufungsquote. Und hierbei sind die Akademie der Wissenschaften mit ihren etwa 26 000 Mitarbeitern (darunter rund 10 000 Wissenschaftlern) und die Industrieforschung mit knapp 100 000 Mitarbeitern (davon waren 1993 nur noch rund 15 000 übriggeblieben) noch nicht einmal berücksichtigt.

In Ostdeutschland wurde das Hochschulsystem nach westdeutschem Vorbild modernisiert. Bei den Lobeshymnen darauf, die etwa Wolfgang Frühwald, Präsident der «Deutschen Forschungsgemeinschaft» (DFG) 1992 bis 1997 anstimmte,<sup>4</sup> ist meist übersehen worden, dass zwar viel Geld in den Osten floss, aber die angestrebte Nachhaltigkeit – Überführung von aus Sonderförderböpfen bezahlten Ost-Wissenschaftlern auf feste Stellen an Universitäten – durchweg scheiterte. Letztlich erreichte viel Geld zur Förderung der Wissenschaft und der Universitäten den Osten, wo es vor allem Westdeutsche begünstigte. Die Netzwerke funktionierten – und tun dies bis heute. Bei den von Bund und Ländern ab 1. Januar 2019 geförderten 57 Clustern im Rahmen der Exzellenzinitiative, um deutsche Universitäten und Hochschulen für den Weltforschungsmarkt attraktiv zu machen, fanden 34 Universitäten Berücksichtigung, darunter gerade zwei aus Ostdeutschland (Jena und die starke TU Dresden).<sup>5</sup> Der Hochschulstandort Ostdeutschland ist unattraktiv und schrumpft entgegen dem Trend, dass es immer mehr Studierende gibt – nur eben nicht in Ostdeutschland.

Hinzu kam ein weiteres sehr irritierendes Phänomen. Der Jurist und Schriftsteller Bernhard Schlink war 1992 an die Humboldt-Universität zu Berlin berufen worden. Fraglos ein Zeichen für den Stellenwert, den die Alma Mater beanspruchen konnte. Kapazitäten vom Range Schlinks zog es an alle Fakultäten der Ost-Berliner Universität. Damit war sie eine Ausnahme unter den ostdeutschen Hochschulen, die allein auf ihrer geographischen Lage beruhte: Fast alle Neuberufenen der Jahre 1991, 1992, 1993, 1994 zogen zwar nach

Berlin, arbeiteten im Osten, wohnten aber im Westen der Stadt. Doch dies nur nebenbei. Schlink hielt eine Antrittsvorlesung und stellte darin fest: «So hat der besondere deutsche Eifer bei der strafrechtlichen Bewältigung der kommunistischen Vergangenheit einen doppelten Grund. Er dient zugleich der Siegerjustiz und der Besiegtenexkulpation; er legitimiert den Westen, wenn er seine Eliten anstelle der alten Elite des Ostens setzt, und exkulpirt im Osten alle, die sich in den DDR-Jahren nicht als Elite oder mit Exzessen exposiert haben.»<sup>6</sup> Solche Einschätzungen waren nicht selten. Entweder die Neuberufenen agierten mit dem Holzhammer und ließen jede Empathie vermissen. Oder aber sie schienen schizophren zu sein: Schlink etwa beklagte mit harschen Worten etwas, dessen Meistbegünstigter er selbst war. Solche wiederum unangemessene Fraternisierung machte es ostdeutschen Reformern nicht gerade einfacher.

Aus der Humboldt-Universität zu Berlin, wie aus allen anderen Universitäten und Hochschulen, gäbe es auch viele Beispiele, wie bei Neuauflau und Berufungen westdeutsche Schulen ihre Interessen und ihr Personal knallhart durchsetzten.<sup>7</sup> Vieles davon habe ich als Mitglied diverser Kommissionen hautnah miterlebt. Ein besonders absurdes Beispiel lieferte ein kleines geisteswissenschaftliches Institut mit zunächst nur drei Professuren: Die Ost-West-Berufungskommission «verständigte» sich darauf, eines ihrer Mitglieder auf einen Lehrstuhl zu berufen, eigentlich ein Ding der Unmöglichkeit. Die Frau war ein alter SED-Kader und durch wissenschaftliche Aktivitäten nicht aufgefallen. Die anderen beiden Lehrstühle sollten keinesfalls mit «klassischen» Westdeutschen berufen werden, um nur nicht den Eindruck, so die Absprache, «kolonialer Überwölbung» entstehen zu lassen. Also berief man eine Frau aus dem südlichen Afrika, eine Westdeutsche, die dort gerade lebte und wissenschaftlich – bis auf eine kaum rezipierte Dissertation – bislang nicht hervorgetreten war. Der Dritte im Bunde war ein Schweizer Wissenschaftler, der als Journalist gearbeitet hatte, aber mit einigen Forschungsarbeiten durchaus ausgewiesen war. Hauptsache kein Wessi! Die SED-Frau hatte übrigens auf die politische Korrektheit geachtet: Die anderen beiden Neuberufenen waren auch Alt-Kommunisten, aus irgendwelchen obskuren K-Gruppen kommend. Der

Vorgang zeigte nicht nur die Ignoranz der Universitätsleitung diesem kleinen Fach gegenüber, der Skandal verließ nie die geschlossenen Räume der Universität. Er veranschaulichte auch, was sonst, bei Ostlern, nie ging und als sakrosankt galt: anderen Lebenswegen als den üblichen eine Karrierechance zu geben.

In den letzten zwanzig Jahren sind zahlreiche Darstellungen zur ostdeutschen Universitätsgeschichte und ihrer Fakultäten aus den Federn von einst Neuberufenen erschienen, die ganz häufig zwei Fragen aufwerfen: Wenn alles so normal war an den DDR-Hochschulen, wie sie oft unterstellt, warum sind die Einrichtungen dann so umfassend reformiert worden? Und warum eigentlich haben die «Neuberufenen» ihre DDR-Kollegen verdrängt, wenn die alle so glanzvolle Hochschulprofessoren gewesen seien? Mit anderen Worten: Viele Neuberufene plagte offenkundig ein schlechtes Gewissen – ihr Problem –, was sie dann zu fragwürdigen «wissenschaftlichen» historischen Darstellungen ihrer Arbeitsstelle veranlasste – was nicht mehr ihr Problem ist.<sup>8</sup>

In den 1990er Jahren nahm dagegen außer den Betroffenen kaum jemand an den Entwicklungen Anstoß. Es gab Kritiker. Dieter Simon oder Jürgen Kocka, um zwei prominente Geisteswissenschaftler zu nennen, bezeichneten den Personalaustausch als überzogen, bemängelten, dass zu viele Ressourcen («Humankapital») verschwendet worden seien.<sup>9</sup> Ihre Kritik kam gleichwohl etwas pharisäerhaft daher. Simon hatte als Präsident des Wissenschaftsrates den Umbau ebenso an vorderster Linie mitgetragen wie Kocka als Mitglied dieses Gremiums, das die Evaluierungen der Akademie der Wissenschaften verantwortete. Glaublich fiel sie dennoch aus. Sie zeigte exemplarisch die Überforderung der beteiligten Akteure, nicht zuletzt in moralischer Hinsicht. Das betraf nicht nur das Wissenschafts- und Hochschulsystem, sondern bis auf die Staatssicherheit, für die es keine Nachfolge- oder Auffangeinrichtung gab, im Kern sämtliche Institutionen. Übersehen wurde dabei damals wie heute, dass den Ostdeutschen abgesprochen wurde, was die «Aufbauhelfer» auszeichnen sollte (und überwiegend es auch tat): schnell zu lernen, da-zuzulernen, zu improvisieren, umzudenken.

## Ost-Eliten im vereinigten Deutschland

Der Austausch der Funktionselite zum Teil bis auf die mittlere Ebene blieb kein einmaliger Vorgang. Abgesehen von dem Umstand, dass es in Westdeutschland «natürlich» zu keiner Durchmischung kam, fiel der Anteil der Ostdeutschen an den Führungskräften sogar ab. Blieb er in den Spitzen von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft seit den 1990er Jahren durchweg deutlich unterrepräsentiert,<sup>10</sup> so nahm er im Laufe der fast drei Jahrzehnte auch kontinuierlich darunter, bei oberen und mittleren Führungskräften, ab.<sup>11</sup> In den obersten Etagen sind Ostdeutsche bei einem Bevölkerungsanteil von etwa 17 Prozent mit ein bis vier Prozent deutlich unterrepräsentiert. Das ist hinlänglich bekannt. Aber auch in den oberen und mittleren Führungsgruppen in der Öffentlichen Verwaltung, in wissenschaftlichen Institutionen, an Universitäten und Hochschulen, im Justizwesen in den östlichen Bundesländern beträgt der Anteil Ostdeutscher durchschnittlich kaum ein Drittel, wohlgernekt geht es hier nur um Institutionen im Osten.<sup>12</sup>

Die Idee vom Neuaufbau schloss ein, dass die Ostdeutschen nicht ausgeschlossen würden. Nirgends aber ist das so deutlich erfolgt wie in der Rekrutierung der Eliten und Führungskräfte. Angela Merkel, Joachim Gauck, Matthias Platzeck (SPD-Chef 2005/06) oder Johanna Wanka, die als erste Ostdeutsche in einem westdeutschen Bundesland Ministerin war (2010 bis 2013 in Niedersachsen), Erika Franke (Generalin in der Bundeswehr), Karola Wille (mdr-Intendantin), Kathrin Menges oder Hauke Stars (Vorstände von DAX-Unternehmen) stellen seltene Ausnahmen in solchen Spitzenämtern dar. Die Bundeskanzlerin und der Bundespräsident trugen sogar unbeabsichtigt zur Verschleierung des Problems bei, weil gerade unter Verweis auf sie häufig betont wurde, es gehe doch, wenn man sich «anstrengte».

Die unregelmäßig von dem Magazin «Cicero» veröffentlichte Liste der «500 wichtigsten deutschsprachigen Intellektuellen» ist umstritten. Aber lassen wir einmal die methodischen Einwände beiseite und schauen diese Liste an. Frauen sind besser vertreten, als anzunehmen ist. Das hängt damit zusammen, dass viele Künstle-

rinnen, vor allem Schriftstellerinnen Aufnahme fanden. Schwarze Deutsche oder Deutsche mit einem so genannten Migrationshintergrund sind so gut wie gar nicht vertreten. Und Ostdeutsche? Unter den 500 finden sich knapp fünf Prozent aus Ostdeutschland (ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung nimmt etwa 17 bis 18 Prozent ein). Davon sind bis auf vier Personen alles Künstlerinnen oder Künstler, also freien Berufen zugehörig, die sie auch in der DDR ausgeübt haben oder hätten ausüben können. Drei von den vier Wissenschaftlern haben eine institutionelle Karriere nach 1990 absolviert: der Philosoph Wolfgang Engler als Rektor der Schauspielhochschule «Ernst Busch» (Platz 382), der Theologe Richard Schröder als Professor an der Humboldt-Universität zu Berlin und Mitglied unzähliger Kommissionen, seit 1990 vielleicht der ostdeutsche Intellektuelle mit der größten Ausstrahlungskraft auf ganz Deutschland (385), der Religionssoziologe Detlef Pollack als Professor an der Universität Münster (481), ein ganz seltener Fall einer Berufung eines ostdeutschen Geisteswissenschaftlers an eine West-Universität, sowie der vierte im Bunde, der Psychologe Hans-Joachim Maaz, der über das Jahr 1989 hinaus in einer Klinik der Diakonie arbeitete und sich als Publizist und Bestsellerautor einen Namen machte.<sup>13</sup>

Was für die vom «Cicero» veröffentlichte Liste der wichtigsten Intellektuellen gilt, das lässt sich auch für eine der wichtigsten Arbeitsstätten von Deutungseliten konstatieren: den überregionalen Medien. Hier konnte man seit 1990 ein Phänomen beobachten, das sich erst allmählich im Laufe der letzten fast dreißig Jahre zu einem Problem mit erheblicher Sprengkraft auswuchs: Es gibt auch hier kaum Ostdeutsche. Die wenigen, die es gab und gibt, standen entweder wie die der Bürgerrechtsbewegung nahestehenden Journalisten Stefan Berg (Spiegel) oder Christoph Dieckmann (Zeit) als Ostdeutsche in ihren Redaktionen mehr oder weniger auf einsamen Posten (die «Zeit im Osten» setzt seit einigen Jahren hier mit jungen, engagierten Journalistinnen erfolgreich neue Akzente) oder es waren Journalisten, die ihre aus der DDR herrührenden ideologischen Engpässe oft viele Jahre lang nicht ablegen konnten. Dafür bot lange Zeit Alexander Osang (Berliner Zeitung, Spiegel) mit seinen Beobachtungen und Kolumnen das prominenteste Beispiel. Solche Journalisten fin-

gen irgendwann an, ihre Biographie umzuschreiben. Osang kokettierte auf einmal mit seiner katholischen Erziehung, die ihn kurioserweise vor einer SED-Mitgliedschaft nicht hatte bewahren können. Eine Journalistin schützen ihre SED-apologetischen Beiträge im FDJ-Jugendmagazin «neues leben» nicht davor, seit den 2000er Jahren wiederum tumbe Ideologie, nun in der FAZ, zu verbreiten. Die Liste ist lang. Den Vogel schoss ganz und gar Frank Pergande ab, auch er seit vielen Jahren in der FAZ tätig. Er schloss sein Journalistikstudium im «Roten Kloster» Leipzig mit einer Diplomarbeit «Zur Geschichte der ‹Frankfurter Allgemeinen Zeitung› – ein Beitrag zur Erforschung der Funktion des imperialistischen Journalismus in der BRD» ab. Später schrieb er einmal, ganz ernsthaft, bei dieser Arbeit habe er die FAZ lieben gelernt, und fügte hinzu: «Meine Diplomarbeit spiegelt nichts von meiner Leidenschaft.»<sup>14</sup> Solcherart Geschichtsvergessenheit war ständiger Begleiter des Vereinigungsprozesses. Das Beispiel zeigt die Ambivalenz der Elitenproblematik: Nur West-Eliten einzusetzen, war ebenso problematisch, wie auf alte Ost-Eliten zurückzugreifen. Auch im Rückblick erscheint es ausgeschlossen gewesen zu sein, auf diesem Feld keine Fehler zu begehen.

Unabhängig davon, wo man politisch steht, auch unabhängig davon, wie man dazu steht: Der rigide Austausch der gesamten ostdeutschen Elite, der Funktionärs- und Dienstklasse, der Führungskräfte, nicht nur der obersten Spitzen trug erheblich zur Demütigung eines Teils der Ostdeutschen bei und zwar nicht nur der direkt Betroffenen und ihrer Familien. Dass frühere DDR-Führungskräfte in der Immobilien-, Versicherungs- und Finanzbranche unterkamen, wie es positiv immer wieder erwähnt wird,<sup>15</sup> berührt das Problem des ostdeutschen Eliten- und Führungskräfteaustauschs hingegen nicht einmal am Rande. Das klingt sogar zynisch, zumal gerade in diesen Bereichen Anfang der 1990er Jahre in großflächigen Werbekampagnen besonders einstige SED-Kader gesucht worden sind, weil man auf deren erwiesene Loyalität (!) setzte. Das Beispiel aus der Humboldt-Universität zu Berlin zeigt jedenfalls, in den 1990er Jahren hätten auch in der DDR nicht angepasste Ostler mit abweichenden Berufsbiographien viel häufiger die Chance für eine Karriere erhalten müssen, um das offen liegende Führungskräfteproblem

zu beherrschen. Daran jedoch hatten die westdeutschen Entscheider kein Interesse.

### Die Folgen von fehlenden Ost-Eliten

Überrascht wurde der Osten von der westdeutschen Führungsmentalität. Der Witz über das 13. Abiturjahr und wozu der Wessi es benötigt, ist bereits eingeführt worden. Solche Witze spiegeln den Missmut und die Gegenwehr der «kleinen Leute». Besonders beliebt war der Spruch: «Der Ossi, der ist schlau, er stellt sich dumm, beim Wessi ist es andersrum.» Da schimmert ein Selbstbewusstsein durch, das verletzt war. Selbst kulturelles Kapital und erworbenes Wissen, das nun nicht mehr benötigt würde, führte so mancher ins Feld: «Бер дас лезен kann, ист кейн думмер весси!» (Wer das lesen kann, ist kein dummer Wessi!) Es waren mehr Verzweiflungsgesten, die niemand ernst nahm, obwohl sie es verdient hätten.

Wenn ich in Diskussionsveranstaltungen in Ost oder West auf die Frage der Herkunft zu sprechen komme, gibt es, egal wo, fast immer drei Lager: Das eine sagt, das ist doch egal. Das zweite ruft, nein, das ist überhaupt nicht egal. Das dritte meint, es sei aber jetzt egal geworden. Das erste sind fast immer ausnahmslos Westdeutsche (und meinen neuerdings, die Realität auf den Kopf stellend, «dadurch» würde eine neue «Mauer in den Köpfen» errichtet werden).<sup>16</sup> Die zweite Gruppe setzt sich fast ausnahmslos aus Ostdeutschen zusammen. Das dritte sind Jüngere oder Ostdeutsche, die nach 1990 erfolgreich waren und Karriere machten. Womit wohl niemand gerechnet hätte, ist allerdings, dass sich auch fast dreißig Jahre nach der Einheit die Elitenzirkel und höheren Führungspositionen kaum für Ostdeutsche geöffnet haben. Zwar war der Ruf nach westdeutschen Eliten und hohen Führungskräften 1990 laut und eindeutig,<sup>17</sup> aber niemand hatte sie als Fischer gerufen, die ihre Netze hinter sich herschleppen und damit Ostdeutschland feingliedrig überziehen. Ihre Netzwerke blieben westdeutsch dominiert. Eliten rekrutieren sich aus sich selbst heraus. Ihre Homogenität zu durchbrechen, in sie

einzubrechen, erwies sich bis heute als unmöglich. Es liegt hier kein individuelles Versagen vor. Die Karrierekultur, ganz einfach: die Herkunft verhinderte das. Natürlich nicht, weil jemand sagte, Ostdeutsche werden ausgegrenzt. Nein, Ostdeutsche sind in den Räumen, in denen sich Eliten in Privatschulen, in Wirtschafts- und Unternehmerverbänden, in Karnevalsvereinen, in Clubs der Einkommensstarken usw. rekrutieren, woher sie sich eben kennen, einfach nicht vertreten. In der Wissenschaft sind sie nicht Teil der Netzwerke westdeutscher Professoren. Fast alle Neuberufenen brachten ihre Assistenten aus dem Westen mit in den Osten.

Das hat fatale Folgen. Eliten und Führungskräfte zählen zu den Deutern und Sinngebern, den Erklärern und Identitätsstiftern. Das sind sie ganz unabhängig von ihrer Herkunft. Nun stellen wir uns einmal vor, in Bayern oder Schleswig-Holstein, Hamburg und Bremen würden ab morgen an allen Universitäten, Hochschulen, in allen Zeitungsredaktionen, Fernsehstationen, in sämtlichen Behörden und Verwaltungen, Verbänden, Gewerkschaften, Kirchen, überall also, Personen das Sagen haben und die «Richtlinienkompetenz» ausüben, die *durchweg* anderswo als im benannten Süden oder Norden Deutschlands aufgewachsen sind und sozialisiert wurden. Glaubt irgendjemand ganz unabhängig von der Frage, warum der Austausch stattfinden musste, dass dies für die Gesellschaft von Vorteil wäre? Führungskräfte sind Personen, die das Tempo, die Richtung, die Lautstärke angeben; von ihnen hängen Zusammenhalt und Zusammenarbeit entschieden ab. Sie sind der Motivationsmotor oder auch der Motivationskiller. Das weiß eigentlich jeder. Deshalb gehört es zu jeder Unternehmenskultur dazu, nicht nur die Führungskräfte ständig zu schulen, sondern auch nach Prinzipien zu rekrutieren, die dem Gemeinwesen am besten tun. Im Osten sind diese außer Kraft gesetzt worden. Das hing vor allem mit einem Umstand zusammen: Die Rekrutierung erfolgte ausschließlich nach Kriterien, die im Westen angewandt und als erfolgreich anerkannt worden sind. Es kamen daher nur Westeliten in Frage, weil Ostler die Kriterien unmöglich erfüllen konnten. Die Ausnahmen sind Ausnahmen, weil sie Ausnahmen sind ... Es ist ein Irrglaube, es gehe um Anstrengung. Niemand würde behaupten, dass im Westen nicht

auch Flaschen den Aufstieg schafften. Ostler dürfen keine Flaschen sein, um aufsteigen zu können. Sie sollen nicht nur gleich gut, sie müssen besser sein.

Die Eliteproblematik ist fatal, weil, runtergebrochen, dadurch Westler Ostdeutschen unentwegt nicht nur erklären, wie es zu laufen hat, sie erklären ihnen auch ihre eigene Geschichte. Gerade beim Rechtspopulismus kommt so im Osten zweierlei zusammen und macht ihn besonders aggressiv: Die dem Rechtspopulismus eigene unversöhnliche Kritik an den «abgehobenen Eliten»<sup>18</sup> trifft sich im Osten mit der ebenso unerbittlichen Kritik am Westen. AfD oder Pegida müssen nicht in zwei Richtungen zeigen, wenn sie auf den Feind deuten wollen. Die Elite in Ostdeutschland verkörpert beide Feindbilder gleichermaßen. Auch das galt im Osten nicht nur für den Rechtspopulismus, sondern ganz genauso für den linken Populismus. Es ist daher nicht überraschend, dass linke wie rechte Populisten Putins Russland verherrlichen – vor allem, weil sie den Westen und seine Ideen ablehnen.

### Die Abwertung ostdeutscher Künstlerinnen und Künstler

Zu den Deutern, Interpreten und Sinnstiftern zählen auch Künstler, wenn man so will, eine Kulturelite. In der DDR nahmen Schriftstellerinnen und Schriftsteller, Dramatiker, Maler einen wichtigen, einen zentralen gesellschaftlichen Platz ein. Vor allem die Künstler des Wortes waren anerkannt und beliebt, kam ihnen doch die gesellschaftliche Aufgabe zu, die fehlende Öffentlichkeit im SED-Staat zu ersetzen, die Leerstelle wenigstens etwas zu füllen. Schriftsteller und Schriftstellerinnen genossen ein hohes Ansehen, ganz unabhängig davon, ob sie der Einzelne nun las oder nicht. Und noch wurde viel gelesen, nicht nur die DDR war ein Leseland, die Welt war eine große Lesegesellschaft. Im Osten durchschnittlich etwas mehr als im Westen. Die fehlende Öffentlichkeit trug dazu bei, wohl aber auch das etwas geruhsamere, weniger hektische Leben. Im Herbst 1989 spielten Künstler eine wichtige Rolle: Theater öffneten ihre

Türen und Bühnen, Sänger und Sängerinnen verlasen Protestresolutionen und solidarisierten sich mit dem «Neuen Forum», und vor allem Schriftstellerinnen und Schriftsteller wie Stefan Heym, Christoph Hein, Volker Braun oder Christa Wolf reihten sich ein und forderten Erneuerung, Reform, Öffnung, Freiheit. Hein hatte auf dem X. Schriftstellerkongress der DDR 1987 eindringlich darauf hingewiesen, dass die Zensur in der DDR, so seine Worte, überlebt, nutzlos, paradox, menschenfeindlich, volksfeindlich, ungesetzlich, strafbar und verfassungswidrig sei.<sup>19</sup>

Schriftstellerinnen und Schriftsteller aus der DDR erfreuten sich nicht nur im Osten, sondern auch im Westen wachsender Beliebtheit. Texte von Christa Wolf oder Heiner Müller oder Ulrich Plenzdorf, auch von Hermann Kant oder Stephan Hermlin, von im Westen Lebenden wie Wolf Biermann, Sarah Kirsch, Günter Kunert oder Reiner Kunze ohnehin, begegneten bis 1989 Schülerinnen und Schülern zwischen Flensburg und Freiburg i. Br. im Deutschunterricht. Und dann fiel die Mauer, und mit aller Wucht kam die Frage auf: «Was bleibt?» So hieß eine Erzählung, die Christa Wolf 1979 geschrieben hatte, aber erst im Sommer 1990 veröffentlichten konnte. Darin beschreibt sie sehr präzise die Überwachung durch die Stasi. In den Feuilletons der großen westdeutschen Zeitungen entbrannte ein Kesseltreiben: Wer erlegt die einzige lebende deutsche Schriftstellerin mit Weltruhm als erster? Ihre moralische Glaubwürdigkeit stellten ihre Kritiker in Frage. Schnell war aus dem «Fall Wolf» der tiefe Fall der soeben noch gefeierten DDR-Literatur geworden. Aus den DDR-kritischen Künstlerinnen und Künstlern wurden nun SED-Verteidiger – sie mussten gar nichts weiter tun, als nur zuzuhören, ihre westdeutschen Kritiker wussten es nur zu genau. So groß diese Schar auch war, so schnell wuchs die Gruppe der Unterstützer und Verteidigerinnen an. Westdeutsche Intellektuelle und Politiker nahmen vor allem Christa Wolf in Schutz. Zwischenzeitlich war es schwierig, den Überblick zu behalten, weil alles in einen Topf geriet: Wirkliche, wenn auch begnadete Staatsdenker wie Hermann Kant, vermeintliche, aber eigenwillige Staatslyriker wie Stefan Hermlin, kritische, wenn auch sanfte Staatsferne wie Braun, Hein oder Wolf, echte, wenn auch zynische Staatskomiker wie Heiner Müller und

dann noch die staatsferne, wenn auch heftig und geheim mit dem Staat verbandelte Bohème aus Berlin-Prenzlauer Berg. Und da dies alles noch nicht verwirrend genug war, kam auch die Stasi, besser die von ihr hinterlassenen Akten, zum Zug.

Im Oktober 1991 erhielt Wolf Biermann den Georg-Büchner-Preis. Die Stasi-Aktenbehörde öffnete erst am 2. Januar 1992 ihre Pforten. Die gesellschaftlichen Erfahrungen mit den Hinterlassenschaften der ostdeutschen Geheimpolizei waren noch jung und nicht belastbar. Biermann und sein Freund Jürgen Fuchs hatten viele Hinweise bekommen und gefunden, dass Sascha Anderson, ein Dichter vom Prenzlauer Berg, der die Fäden zog, und 1986 nach West-Berlin gegangen war, einer der wirklich übeln geheimen Stasi-Mitarbeiter war, bis zum bitteren Ende. In der eingängigen Biermann-Sprache enttarnte der Liedermacher «Sascha Arschloch» – es folgte ein Aufschrei gegen Biermann. Wie könne er nur? Anderson leugnete, stritt ab, so wie fast alle anderen Spitzel vor und nach ihm auch. Irgendwann hatte auch der Letzte verstanden, dass Anderson log und Biermann die Wahrheit gesagt hatte.

Immer mehr Fälle von Stasi-IM, fast Tag für Tag, wurden publik. Schnell war kaum noch Luft für Differenzierungen. Die Kellerszene am Prenzlauer Berg stand im grellen Licht, erst ausgeleuchtet durch die Stasi, nun im Spot der Medienöffentlichkeit. Kaum jemand kannte deren literarischen Texte, dafür wurden ihre Spitzelberichte um so berühmter. Das Urteil war schnell gesprochen: nichts wert, alle Stasi, außer Mutti. Und dann auch das noch – die Mutter oder Grande Dame der DDR-Literatur, Christa Wolf, war auch dabei. Im Januar 1993 gab sie bekannt, dass sie um das Jahr 1960 herum einige Monate als IM für die Stasi tätig gewesen war. «Was bleibt?» stellte sich nun in einem völlig neuen Licht dar. Hatte die Dichterin sich nur schon vorab, ob des drohenden Ungemachs, exkulpieren wollen? So schien es jedenfalls im Sturm, der nun über sie und nochmals die ganze Literaturszene hereinbrach.<sup>20</sup> 180 Stasi-Blätter von vor dreißig Jahren standen 42 Ordnern mit tausenden Überwachungsunterlagen aus 25 Jahren gegenüber. Die 180 interessierten alle, die 42 fast niemanden. Wieder sprangen der berühmten Schriftstellerin viele zur Seite, auch der oberste Stasi-Aktenbeauftragte

Joachim Gauck setzte sich für eine differenzierte und die gesamte Biographie würdigende Sicht ein. Vergebens. Die gesamte DDR-Literaturszene schien von Spitzeln durchseucht zu sein. Denn auch die zweite Ikone der DDR-Literatur, die Weltgeltung besaß, Heiner Müller, hatte intensive Stasi-Kontakte – so jedenfalls die liberale «Zeit». Ähnlich wie Christa Wolf reagierte der sonst so sprachgewaltige und sprachkomische, immer eloquente und witzig-spritzige Müller nun alles anders als souverän. Er bekannte, er hätte auch mit Stalin oder Hitler geredet; Diktaturen böten nun einmal mehr Material als Demokratien.<sup>21</sup> Für ihn wären die Gespräche Materialbeschaffung gewesen. Und dann kommt heraus, dass nichts herauskommen wird. Müllers Gesprächspartner bei der Stasi war Johann Holm, der in der Berliner MfS-Bezirksverwaltung für die Überwachung von Literaten zuständig war. Ein kluger, viel belesener Mann, mit dem nicht nur Heiner Müller gern plauderte. Schriftliche Aufzeichnungen davon gab es nicht; zum IM wurde Müller ohne eigenes Zutun, ein bürokratischer Akt der Arbeitsabrechnung durch den Stasi-Offizier, die Stasi war auch Teil der Planwirtschaft. Die Öffentlichkeit indes interessierte sich nicht für solche Details. Die DDR-Literatur schien erledigt zu sein. Ihre Protagonisten, ob nun bis 1989 in den Katakomben oder auf den Bühnen, standen im grellen Licht eines unbarmherzigen Enthüllungsjournalismus. Im Osten breitete sich Ratlosigkeit aus: Wer denn noch? Im Westen herrschte Klarheit: Irgendwie alle!

Das Ost-West-Theater erhielt in der Fusionierung der Ost- und West-Berliner Akademien der Künste einen unfreiwilligen Höhepunkt. Unversöhnlich standen sich verschiedene Lager gegenüber. Ein «Krieg der Künste» entbrannte, ein Stellvertreterkrieg zwischen Ost und West, zwischen Ostlern, zwischen Westlern und zwischen Ostlern, die vor 1989 in den Westen gehen mussten, und allen anderen.<sup>22</sup> Drei Jahre nach der staatlichen Einheit einigten sich auch die beiden Akademien, zusammenzugehen. Immerhin, die Hobbyangler in West und Ost haben dafür zwanzig Jahre länger gebraucht – bis zum Jahr 2013.<sup>23</sup> Auch hier stand gegenseitiges Misstrauen im Zentrum und die Westangler befürchteten von den Stasi-Fischern unterwandert zu werden. Das Schlimmste an diesen ganzen Ost-West-Fu-

sionen ist ja, dass alle irgendwie auch Recht hatten. Aber wo hätten denn die Auswege gelegen?

Als im Juli 1990 Heiner Müller zum letzten Präsidenten der Ost-Berliner Akademie der Künste (AdK) gewählt worden war, hielt er eine kleine Rede. Die erste Revolutionseuphorie war verflogen. Ob Müller allerdings je euphorisch war in diesen Wochen, bleibt dahingestellt. Nun improvisierte er eine kleine Ansprache. Er meinte, die AdK habe bereits zwei Punische Kriege geführt, nun komme der dritte und er hoffe, «daß Karthago doch noch auffindbar ist danach». Müller mahnte, sie müssten künftig über die Vergangenheit anders als mit «Worthülsen» reden. «Das nützt uns im Moment nicht mehr in dem Kampf, der jetzt auf uns zukommt. Was hier passiert, ist ein Vorgang der Eroberung, der Unterwerfung, nicht der Vereinigung, und Sie wissen alle, in Mexiko auf den aztekischen Tempeln stehen die katholischen Kirchen. Das ist das, was man jetzt versucht, und es wird schwer sein, die Reste unserer Tempel zu behaupten gegen die Implantation der Kirchen, die da draufgesetzt werden sollen.»<sup>24</sup>

Müller mag müllertypisch überzogen haben. Aber gerade in solchen Zusätzungen kommt durch, worum es ging. Als die PDS den in Ost wie West hochgeachteten Stefan Heym 1994 gewann, auf ihrer «bunten Liste» als Nichtmitglied der Partei zu kandidieren, war der SED-Nachfolgepartei ein echter Clou gelungen. Würde Heym das Direktmandat gewinnen – er war listenmäßig nicht abgesichert –, würde er der älteste Parlamentarier sein und traditionell den Bundestag mit einer Rede eröffnen. Heym gewann gegen Wolfgang Thierse. Viele verstanden den alten Mann nicht, ich auch nicht. Er hatte schon zwei Jahre zuvor die ostdeutschen «Komitees für Gerechtigkeit» mitbegründet. Die zählten zu den bald kaum noch überschaubaren postkommunistischen Umfeldorganisationen der PDS und schafften es kurze Zeit mit damals prominenten Unterstützern wie Rio Reiser, Tamara Danz, Heiner Müller, Bischof Gottfried Forck, Heinrich Fink, Michael Sontheimer, Gerhard Zwerenz, Heinrich Albertz, Stephan Krawczyk, initiiert von Peter-Michael Diestel und Gregor Gysi national und international für Schlagzeilen zu sorgen. Sie waren schnell wieder vergessen.

## Die Demütigung von Stefan Heym

Am 10. November 1994 eröffnete Stefan Heym den 13. Deutschen Bundestag mit einer Rede als Alterspräsident. Nur einen Tag zuvor ging die Nachricht um die Welt, auch der berühmte Schriftsteller habe für die Stasi gespitzelt. Es konnte nie geklärt werden, wie es zu dieser Falschmeldung gekommen war – Heym war jahrzehntelang Objekt der Ausspähung, er hat nie für die Stasi ein Haar gekrümmt. Heym hielt eine auf Ausgleich bedachte kluge Rede, ganz im Sinne der Tradition keine parteipolitische. Wie denn auch, Heym war alles Mögliche, nur kein Parteipolitiker. Er brachte seine Hoffnung zum Ausdruck, dass die neue deutsche Republik nicht das Schicksal von Weimar teilen werde. In seiner weisen Rede hieß es u. a.: «Reden wir nicht nur von der Entschuldung der Ärmsten, entschulden wir sie. Nicht die Flüchtlinge, die zu uns dringen, sind unsere Feinde, sondern die, die sie in die Flucht treiben. Toleranz und Achtung gegenüber jedem einzelnen und Widerspruch und Vielfalt der Meinungen sind vonnöten (...) Es wird diesem Bundestag obliegen, dafür zu sorgen, daß die mit der Einheit zusammenhängenden Fragen nicht länger in erster Linie ins Ressort des Bundesfinanzministers fallen. (...) Die Menschen erwarten von uns hier, daß wir Mittel und Wege suchen, die Arbeitslosigkeit zu überwinden, bezahlbare Wohnungen zu schaffen, der Armut abzuhelpfen und – im Zusammenhang damit – Sicherheit auf den Straßen und Plätzen unserer Städte und in den Schulen unserer Kinder zu garantieren, und jedermann und jederfrau den Zugang zu Bildung und Kultur zu öffnen. Das heißt: Die Menschen erwarten, daß wir uns als Wichtigstes mit der Herstellung akzeptabler, sozial gerechter Verhältnisse und der Erhaltung unserer Umwelt beschäftigen. Die Vorstellungen in diesem Hause dazu mögen weit auseinanderklaffen. Lassen Sie uns ruhig darüber streiten. Doch in einem werden wir hoffentlich übereinstimmen: Chauvinismus, Rassismus, Antisemitismus und stalinsche Verfahrensweisen sollten für immer aus unserem Lande gebannt sein.»<sup>25</sup>

Ein Höhepunkt der Bundestagsgeschichte, zweifellos. Aber nicht wegen Heyms sachlicher Rede, sondern weil die CDU/CSU-Fraktion

angeführt von Kanzler Kohl Stefan Heym, dem vor den Nationalsozialisten geflüchteten Juden, der als US-Bürger und US-Offizier nach Deutschland zurückkam und auch Helmut Kohl befreit hatte, jeden Respekt verweigerte. Üblicherweise wird die Eröffnungsrede des Alterspräsidenten von allen Parlamentariern beklatscht, nicht so genau fünf Jahre nach dem Mauerfall im Berliner Reichstag. CDU/CSU weigerten sich und erwiesen sich als Spalter. Das Kopfschütteln über dieses Verhalten wollte kaum mehr aufhören. Das war ein Stich, den auch jene spürten, die nun wahrlich nichts mit der PDS und Heyms politischen Ansichten zu tun hatten. Heym stand da natürlich nicht für den Osten, aber irgendwie schon – und für seine Künstler, die kritischen zumal. Zwei Jahrzehnte galt Heym im Westen vollkommen zutreffend als unbestechlicher Kritiker der SED-Herrschaft; seine Bücher fanden ein Millionenpublikum. Und nun das! Nicht einmal vor ihm machte die Ignoranz und Arroganz Halt. Schriftsteller wie Heym, Wolf oder Müller versinnbildlichten: Wenn der Westen schon so mit denen umgeht, wie dann erst mit den Namenlosen?

Heym ging übrigens mit der Schmähung seiner Person ritterlich um. Er hatte zu viel in seinem Leben gesehen und durchgemacht, als dass ihn dieser kleinbürgerliche Hochmut der Kohls und Waigels hätte anfechten können. Christa Wolf hingegen blieb bis zuletzt von den Attacken gegen ihre Person tief verletzt. Ihr letzter Roman erschien 2010, ein Jahr vor ihrem Tod. Die große Schriftstellerin verhob sich ganz am Ende ihres Lebens. In «Stadt der Engel oder The Overcoat of Dr. Freud» verarbeitete sie einen längeren Aufenthalt in Los Angeles als Flucht aus Deutschland. In Kalifornien brach die Stasi-Debatte über sie herein. Beides zusammen ließ Christa Wolf ihr eigenes Schicksal mit den von jüdischen Emigrantinnen und Emigranten nach 1933 in Kalifornien nicht nur vergleichen, sondern immer wieder parallelisieren. Ich hätte mir beim Lesen gewünscht, irgendjemand hätte ihr diese Idee ausgeredet. Oder war das nur konsequent? Verglichen nicht in den 1990er Jahren Ost-Intellektuelle dauernd in unsäglicher Manier die Zeit seit 1990 mit den Jahren nach 1933?

Die «Vergangenheitsbewältigung» avancierte zum zentralen und heftig umstrittenen Dauerdebattenfeld. Es ist so umfangreich, dass

in einem eigenen Buch die Vielfältigkeit dargestellt werden müsste. Bereits am 20. November 1989 notierte Chronist Christoph Hein ahnungsvoll: «Wir haben in einem Land gelebt, das wir erst jetzt kennenlernen.»<sup>26</sup> Wolfgang Hilbig spitzte das einige Jahre später noch zu und meinte, vielleicht sei der DDR-Bürger erst durch den Beitritt zur Bundesrepublik entstanden.<sup>27</sup>

## 9

### **Das zweite Leben der Stasi: Vergangenheitsaufarbeitung und ihre Folgen**

Als 2010 die Humboldt-Universität zu Berlin einen neuen Präsidenten gewählt hatte und die Öffentlichkeit noch vor seinem Amtsantritt heftig über seine Vergangenheit debattierte, wunderten sich fast alle, dass sich irgendwer für dessen verstaubte Gradierungsschriften aus den 1980er Jahren interessierte. Die meisten westlichen Beobachter argumentierten, Jan-Hendrik Olbertz, so der Name des Frischgewählten, sei nicht bei der Stasi gewesen und seine Arbeiten würden schon nicht so schlimm sein. Die meisten östlichen Beobachter hingegen sagten, es gehe doch nicht nur um die Vergangenheit, sondern darum, wie Olbertz mit ihr umgehe – bis dahin öffentlich gar nicht. Die SED-Ideologie war so wirkmächtig, weil so viele mitwirkten, darüber müsse doch gesprochen werden. Um Stasi gehe es nicht, sondern um Schlimmeres. Alle redeten aneinander vorbei, zum Glück für Olbertz, wenig später konnte er seine Präsidentschaft antreten, ohne noch einmal das Thema anzufassen.<sup>1</sup> Ein paar Jahre darauf, zum Jahreswechsel 2016/17, war die Öffentlichkeit weniger gnädig. Andrej Holm, der Sohn des schon erwähnten Johann Holm, sollte für die Linkspartei in Berlin Staatssekretär werden. Als junger Mann war er von September 1989 bis Januar 1990 hauptamtlicher Stasi-Mitarbeiter gewesen. Seine Vergangenheit war bekannt, jedenfalls die Eckdaten. Holms Erinnerungsarbeit war auch nicht eben vorbildlich. Wie Olbertz stellte er sich einer öffentlichen Diskussion, wie der Präsident war sein Auftreten nicht gerade überzeugend. Anders als beim Präsidenten blieb die Öffentlichkeit jedoch überwiegend unbarmherzig – einmal Stasi, immer Stasi, basta!<sup>2</sup>

In Bezug auf die Stasi herrscht in der bundesdeutschen Öffent-

lichkeit bis heute große Einigkeit. Hier wurde von Anfang an – in Verbund mit der Politik – eine Skandalisierung betrieben, die eine hohe Integrationsfunktion erfüllte. Wer nicht zum überschaubaren, genau definierten Täterkreis hinzugerechnet wurde, also kein Stasi-Mitarbeiter war, hatte gute Chancen, in die Gesellschaft integriert zu werden. Das beförderte die Selbstintegration früherer Systemträger und Mitläufer, die sich als exkulpiert ansehen konnten. Zugleich beförderte die Skandalisierung die pauschale Ausgrenzung Hunderttausender, nicht nur der MfSler und ihrer Inoffiziellen, sondern auch der PDS und ihres Umfelds, die sich als deren Interessenvertreterin verstand, obwohl sie 1989/90 entscheidend dazu beigetragen hatte, die Stasi ins Zentrum des DDR-Unrechts zu rücken, um so selbst von der historischen Verantwortung der SED abzulenken. Ein Überleben der SED/PDS als Hauptverantwortliche für das Unrechtsregime wäre politisch kaum möglich gewesen. Die Ausgrenzung der legalen PDS trug wiederum paradoxerweise dazu bei, dass die Partei und ihr Umfeld etwa zwanzig Prozent der ostdeutschen Gesellschaft friedlich in die bundesdeutsche Gesellschaft führten, weil sie als ostdeutsche Protestpartei erfolgreich agieren konnte und so – wohl entgegen ihrer Intention – veranschaulichte, wie Demokratie, Sozialstaat und Rechtsstaat konkret funktionieren. Gerecht jedoch war das alles nicht. Und es zeigt, wie schwierig es für postdiktatorische Gesellschaften ist, zu einem angemessenen Umgang mit der Vergangenheit zu finden.

#### Die Aufarbeitung: die SED-Diktatur als Stasi-Staat

Mit der Auflösung des Ministeriums für Staatssicherheit setzte eine Aufarbeitungswelle ein, deren heftige Erschütterungen die gesamten 1990er Jahre über andauerten. Im Zentrum standen die Akten der Stasi, obwohl das MfS nie allein im Zentrum der SED-Herrschaft stand. Die Geheimpolizei war *ein* Herrschafts- und Machtmittel der Partei gewesen und nicht *umgekehrt*. Eigentlich haben das alle gewusst: Die DDR war ein SED-Staat und kein Stasi-Staat. Genutzt hat diese Erkenntnis herzlich wenig. Bis heute setzt

sich jeder, der das MfS historisieren will, dem Verdacht aus, zu verharmlosen.

Als ich, zum Beispiel, über zwanzig Jahre nach der Einheit darauf hinwies, dass es keine historische angemessene Forschung über die Stasi-Spitzel, die Inoffiziellen Mitarbeiter (IM) gebe und fast kein IM lebenslang IM war, kein IM nur IM war, sondern viele gesellschaftliche Rollen hatte, dass die meisten IM nur wenige Jahre für das MfS spitzelten, viele IM nicht über Mitmenschen berichteten, es in der IM-Statistik viele Karteileichen gibt, wie in jeder Bürokratie, dass es Doppelerfassungen gibt und dass das MfS selbst seine IM zuletzt mit knapp 110 000 und nicht wie offiziell in der Bundesrepublik dargestellt mit 186 000 angab,<sup>3</sup> brach 2013 ein Sturm der Entrüstung über mich herein. Christoph Hein hatte schon 1992 geschrieben, so sehr er auch Spitzel verachte, der Stasi-IM «war nur die spezielle Form eines politischen Opportunismus in der DDR».<sup>4</sup> Mit dieser zutreffenden Einsicht stand er ziemlich allein. 2013 war das immer noch eine Minderheitsposition mit Erregungspotential. Die Groteske erreichte ihren Höhepunkt, als ausgerechnet die Bundestagsfraktion «Die Linke» eine Anfrage an die Bundesregierung stellte, ob ich das eigentlich alles sagen dürfe und wer nun «Recht» in der Sache habe.<sup>5</sup> Am 12. April 2014 glaubte der «Tagesspiegel» auf seiner Titelseite verkünden zu müssen: «Jetzt amtlich: Rund 180 000 Stasi-Spitzel». Ein anderer Berliner Journalist schrieb gar davon, mein angeblicher Kontrahent, der besonders erbost über meine Thesen war, habe die Auseinandersetzung «gewonnen»<sup>6</sup> – als hätten wir einen Rechtsstreit geführt. Journalist und Wissenschaftler, der sich als mein Kontrahent in Szene gesetzt hatte, sind übrigens als Altersgenossen in der gleichen Kleinstadt in Nordrhein-Westfalen groß geworden.

Dieser Vorgang zeigt exemplarisch, dass Medien in der Aufarbeitungsdebatte eine entscheidende Rolle spielten. Von Beginn an neigten sie zur Skandalisierung. Stasi-Gemeinheiten und -Verbrechen ließen sich besser darstellen als die Alltäglichkeit der Diktatur, die ihre Brutalität oft erst in ihrer Subtilität offenbart. Gewalt im Alltag, subtile Gewalt ist ein Diktaturkennzeichen, eine Gewalt mit unendlich vielen Ausprägungen und Erscheinungen. Sie ist weitaus schlim-

mer und nachhaltiger als der dumpfe Schlag gegen den Kopf. Das haben viele bis heute nicht verstanden.

Die Stasi wurde zudem zur Projektionsfläche. Wer ihr nicht diente, konnte, so die Entlastungsstrategie, nicht so schwer verwickelt gewesen sein. Noch heute laufen Hunderttausende durchs Land und verweisen auf «ihre» Stasi-Akte, obwohl es tatsächlich keine «Akte» ist, kein Vorgang zur politischen Verfolgung, sondern eine millionenfach angelegte Sicherheitsüberprüfung, die vielen Systemkadern bescheinigte, in den Westen fahren zu dürfen oder die nächste Sprosse in der Karriereleiter erklimmen zu können. Die Stasi als Entlastung nutzten seit 1990 Millionen Mitläufer, um sich nicht nach ihrem Tun in der Diktatur selbst befragen zu müssen, vor allem kam es der SED/PDS zugute. Sie stand nicht im Zentrum der Aufarbeitung, obwohl sie im Zentrum der Diktatur stand.

Die zentrale Rolle der Staatssicherheit im Aufarbeitungsprozess ist wesentlich durch die Öffnung der Akten – ein bis zu diesem Zeitpunkt weltweit einmaliger Vorgang – und die Einrichtung der Behörde des Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen (BStU) 1992 befördert worden. Das war allein der Bürgerrechtsbewegung im Osten zu verdanken. Westliche Politiker wollten die Akten wegschließen. Neben der staatlichen Aufarbeitung durch die Behörde setzte unmittelbar eine breite zivilgesellschaftliche Aufarbeitung in den ostdeutschen Regionen ein. Der Bundestag installierte zudem zwischen 1992 und 1998 zwei Enquete-Kommissionen zur Geschichte und den Folgen der kommunistischen Diktatur in Deutschland. Daraus ging 1998 die Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur hervor.

Viele Menschen im Osten, die im Öffentlichen Dienst, in der Politik, den Kirchen, Verbänden und Gesellschaften arbeiten wollten, sind von der Behörde – oft mehrfach – überprüft worden, ob sie für das MfS tätig gewesen waren. Insgesamt musste die Behörde etwa drei Millionen solcher Überprüfungsanträge bearbeiten. Wie viele Personen das waren, ist wegen der Mehrfachüberprüfungen nicht bekannt. Bei den Überprüften – nicht bei den Ostdeutschen, da würde der Anteil weitaus geringer ausfallen! – gab es etwa eine Quote von sechs Prozent Stasi-Fällen, von denen die Hälfte als so belastet galt, dass sie aus dem Öffentlichen Dienst wegen der Stasi-Tä-

tigkeit entlassen wurde.<sup>7</sup> Darf man mit dem Abstand von fast dreißig Jahren und mit vergleichendem Blick auf die Entnazifizierungspraxis nach 1945 fragen, ohne sich verdächtig zu machen, ob dieser gewaltige Aufwand angesichts solcher Zahlen gerechtfertigt war?

International hat die Behörde eine enorme Ausstrahlungskraft entwickelt und als Vorbild für viele Staaten gedient. Die etwa drei Milliarden Euro, die die Behörde den Steuerzahler kostete, fallen in einem reichen Land wie Deutschland nicht ins Gewicht. Der politischen Kultur hat sie genutzt. Was wäre gewesen, wenn keine Institution vorhanden gewesen wäre, die Gerüchten und Verdächtigungen hätte nachgehen können? Oder wer hätte für Rentenanträge und Rehabilitierungen die notwendigen Unterlagen zur Verfügung stellen können? Oftmals sind sie nur in den Stasi-Unterlagen vorhanden. Und wie hätte man die wirklich schwer belasteten Personen aus Wahlämtern, hohen Positionen des Öffentlichen Dienstes, aus Schulen oder Universitäten entfernen und sie von dort fernhalten können? Dafür war die Behörde extrem wichtig – aber ihre Rolle eben auch sehr ambivalent. Durch die Fixierung auf die Stasi rutschten viele durch die Überprüfungspraxis durch. Gregor Gysi hat die Verdächtigungen, er habe für das MfS gearbeitet, mit dem Argument zurückgewiesen, er habe das gar nicht nötig gehabt, weil er einen direkten Draht in die zuständige Abteilung des ZK der SED gehabt habe. Ganz unabhängig davon, wie er nun konkret mit dem MfS kooperierte – als Rechtsanwalt für politische Strafsachen und als Chef des Rechtsanwaltskollegiums musste er schon von Berufs wegen enge Kontakte zu allen Strafverfolgungsbehörden unterhalten –, seine Beschreibung stellt die Machtverhältnisse auf die Füße. Aufarbeitung und Überprüfungspraxis aber waren allein auf die Staatsicherheit fixiert.

Den drei Millionen Überprüfungsanträgen stehen etwa drei Millionen Anträge – wiederum keine Personenangabe – auf persönliche Akteneinsicht gegenüber. Das war eine zentrale Forderung 1989/90: «Meine Akte gehört mir.» Zur Wahrheit gehört aber auch, dass insgesamt nur etwa zwanzig Prozent der zuletzt in der DDR lebenden erwachsenen Ostdeutschen überhaupt einen Antrag auf private Akteneinsicht stellten. Hinzu kommen zehntausende Westdeutsche.

Millionen Karteikarten und Milliarden Blätter freilich können nicht darüber täuschen: Nur zu einer kleinen Minderheit der DDR-Menschen legte die Stasi einen Vorgang an, der einer Überwachungs- und Verfolgungsabsicht entsprang. Doch (fast) niemand glaubt, dass die ihm von der Behörde herausgegebenen Kopien kein Bestandteil einer perfiden Überwachung waren. Die traf aber nur eine kleine Minderheit – in den 1980er Jahren eröffnete das MfS jährlich etwa 2000 neue Operative Vorgänge gegen DDR-Personen und schloss ebenso viele ab, die eigentliche Form der institutionalisierten Verfolgung neben den juristischen Ermittlungsverfahren und Untersuchungsvorgängen; das MfS war ein offizielles Untersuchungsorgan in der DDR. Die unfassbaren Papierberge der Stasi bezeugen deren Ansinnen, über alles informiert zu sein, alles zu dokumentieren; nur ein kleinerer Teil davon lässt sich historisch konkreten Verfolgungs- und Unterdrückungsmaßnahmen zuordnen. Zu diesen sechs Millionen Anträgen kommen noch – die absolut wichtigsten und die Behörde überhaupt historisch legitimierenden! – rund 500 000 Anträge im Rahmen von Rehabilitierung, Wiedergutmachung und Strafverfolgung wegen Verbrechen in der DDR hinzu. Hier sind neben Operativen Vorgängen vor allem die Unterlagen der politischen Strafverfolgung zu erwähnen, die überwiegend in den MfS-Speichern archiviert worden sind.

In der Behörde arbeiteten 1993 bis 1997 rund 3000 Personen, bis 2005 war die Mitarbeiterzahl auf 2000 abgeschrumpft und liegt seit 2010 etwa bei 1600. Die Institution ist ein gutes Beispiel dafür, dass der Staat nach 1990 durchaus bereit war, Arbeitsplätze zu schaffen. Sie steht auch exemplarisch dafür, wie das funktionierte: In den Leitungspositionen arbeiteten überwiegend Westdeutsche, je weiter unten in der Hierarchie, um so mehr Ostdeutsche waren zu verzeichnen. Die Behörde prägte eine Besonderheit: An der politischen Spitze, gewählt vom Bundestag, standen immer Ostdeutsche, wobei mit Joachim Gauck und Marianne Birthler zwei der prominentesten Ostdeutschen überhaupt diese Einrichtung prägten. Als Direktoren fungierten immer Westdeutsche. Sie ist zugleich eine der ganz wenigen Bundesbehörden, die im Osten Deutschlands angesiedelt worden ist.

## Gesellschaftspolitische Dimensionen der Aufarbeitung

Die Aufarbeitung ist seit 1990 von ostdeutschen Bürgerrechtler dominiert worden. Gauck und Birthler sind dafür neben Rainer Eppelmann, der beiden Enquête-Kommissionen und seit 1998 der Stiftung Aufarbeitung vorstand, die bekanntesten Beispiele. Auch nach 1945 ist die Gedenk- und Erinnerungslandschaft von Verfolgten und Widerstandskämpfern entscheidend geprägt worden.<sup>8</sup> Das hat Vor- und Nachteile. Mindestens in der ersten Phase überwiegen die Vorteile, weil nun eine Geschichte öffentlich wird, die zuvor unterdrückt worden war. Ohne die Stimme der Opfer und Oppositionellen würde sich in einer Postdiktatur niemand um deren Rehabilitierung kümmern und niemand deren Geschichten rekonstruieren. Das müssen sie deshalb allein machen, weil die Scham ihrer Zeitgenossen es nicht zulässt, ihnen historisch und politisch gerecht zu werden. Das ist in jeder Postdiktatur des 20. Jahrhunderts bislang so gewesen – leider.

Die Dominanz der Zeitzeugen in der Aufarbeitung führt zu vielen Kämpfen, die sich im Nachhinein als nicht leicht durchschaubar erweisen. Geschichte in der postdiktatorischen Gesellschaft ist ein Kampfmittel, ob man will oder nicht. Deutschland seit 1990 ist dafür nicht das einzige, aber ein sehr anschauliches Beispiel. Dabei geht es nicht um die strafrechtlich relevante Aufarbeitung. Die juristische Nachbereitung des SED-Unrechts war außer bei den Betroffenen, die nun angeklagt wurden, unbestritten. Hier zeigte sich auch, dass der demokratische Rechtsstaat nur begrenzte Möglichkeiten besitzt, das Unrecht einer Diktatur zu sühnen.<sup>9</sup> Auch die Rehabilitierungsmaßnahmen waren prinzipiell unumstritten. Sie kamen aber zu langsam in Gang, fielen lächerlich gering aus, grenzten bestimmte Opfergruppen zu lange aus, konnten einige gar nicht erfassen und hatten lange Zeit zur Voraussetzung, dass der Antragsteller in Beweisnot war. Aber ihre prinzipielle Notwendigkeit stellte niemand ernsthaft in Frage.

Bei der Anerkennung der Opfer des staatlichen Dopingmissbrauchs in der DDR sieht das schon etwas anders aus. Bewundern-

wert, wie Ines Geipel, die frühere Weltklassesprinterin, hier seit zwei Jahrzehnten aktiv ist. Sie ließ sich sogar aus den Weltrekordlisten der internationalen Statistik streichen. Das System fügte ihr schwere körperliche Schäden zu, verfolgte sie scharf. In ihrem Kampf für die Aufdeckung des staatlich betriebenen Dopingeinsatzes in der DDR machte sie sich viele Feinde: Frühere Sportkameradinnen rückten ebenso von ihr ab wie viele ostdeutsche Sportfans. Die vielen Erfolge von Sportlerinnen und Sportlern, die für die DDR antraten, bildeten eine nicht zu unterschätzende Integrationsklammer in der DDR. Die SED nutzte das weidlich aus. Sie hatte erkannt, dass Sport starke Identifizierungsmöglichkeiten bot. Im Prozess der Wiedervereinigung sind auch die ostdeutschen Sporterfolge erheblich abgewertet worden: Doping oder Stasi, meist beides zusammen, führten zu einem kontaminierten Feld. Im Osten werden die Sportstars von einst immer noch gefeiert wie Helden – im Westen gelten sie überwiegend nichts. Das Staatsdoping in der DDR, das wollen viele im Osten nicht wahrhaben, hatte keine systematische Entsprechung im Westen. Gedopt wurde dort aber natürlich auch, nur nicht systematisch vom Staat kontrolliert und angeordnet. War nun aber jeder gedopte DDR-Sportler auch ein Opfer? Da gehen die Meinungen weit auseinander. Unstrittig ist, dass Kinder und Jugendliche, die gedopt wurden, Opfer sind und entschädigt werden müssen. In der DDR war Doping unter der Hand Gesprächsstoff. Manche Eltern haben ihre Kinder aus den Leistungszentren genommen, um Doping zu verhindern. Was aber ist mit Erwachsenen, die dopten? Sind das auch Opfer des Systems? Auch hier ist die Meinung gespalten. Ich finde, Erwachsene sollten auch wie Erwachsene behandelt werden. Man wird nicht zum Opfer, wenn man etwas sehenden Auges mitmachte, um einen Vorteil zu erlangen.

Überhaupt wird man feststellen, dass in all diesen Fragen nicht nur zwischen Ost und West, sondern oft noch heftiger zwischen Ostdeutschen gestritten wird. Die ostdeutsche Gesellschaft ist tief gespalten. In Bezug auf die Vergangenheit ist das praktisch in jeder einzelnen Frage zu sehen: Ob es um die Sprengung von Kirchen in der DDR, die Umbenennung von Straßen und Plätzen, den Abriss des Palastes der Republik oder was auch immer geht – die öffentliche

Meinung offenbart immer einen tiefen Riss, der durch die Gesellschaft geht.

Die wichtigsten Interpretationsangebote für die Geschichte mit Langzeitwirkungen kommen aus der Wissenschaft und der Kunst. Die Kraft von Spielfilmen und Romanen lässt sich kaum überschätzen. Christoph Hein hat dazu jüngst ein eindrückliches Beispiel erzählt. Der oscarprämierte Film «Das Leben der Anderen» gilt mittlerweile manchen als Dokumentarstück. Viele Experten hingen sind sich einig, dass der künstlerisch ausgezeichnete Film historisch eher fabuliert denn der Wirklichkeit entspricht. Hein schreibt nun «... zehn Jahre nach jener Filmpremiere erzählte mir ein Professor der Germanistik, er habe – aus welchen Gründen auch immer – meine Anti-Zensur-Rede von 1987 mit seinen Studenten besprochen. Die Studenten hätten ihn gefragt, wie viele Jahre Gefängnis der Autor dieses Textes wegen bekommen habe. Der Professor erwähnte, der Autor sei nicht ins Gefängnis gekommen. Darauf meinten die Studenten, dann sei dieses Pamphlet erst nach 1989, also nach der Wende, geschrieben worden. Nein, erwiderte der Professor, er selbst habe bereits 1987 diese Rede gelesen. Das sei unmöglich, beharrten die Studenten, so könne es nicht gewesen sein, sie wüssten das ganz genau, weil sie ja den Film «Das Leben der Anderen» gesehen hätten. Man sei, sagte der Professor zu mir, nach diesem Seminar in Unfrieden voneinander geschieden.»<sup>10</sup> Dazu fällt mir gleich aus mehreren Gründen nichts mehr ein.

An erfolgreichen Filmen und Romanen zur DDR-Geschichte ist übrigens interessant zu beobachten, dass es auch hier eine Spaltung gibt. Nur selten, wie im Fall von «Das Leben der Anderen» oder «Weissensee» oder «Sonnenallee» oder «Barbara» oder «Gundermann», wird man feststellen, dass er in Ost und West gleichermaßen erfolgreich war. Um zwei berühmte Beispiele herauszugreifen, «Der Turm» und «Goodbye, Lenin» waren große Erfolge, auch in kommerzieller Hinsicht. Im Osten stießen beide Kunstwerke auf erhebliche Verwunderung und Ablehnung. Erinnerungen und Erfahrungen kollidierten zu stark mit den künstlerischen Rekonstruktionen.

## Aufarbeitung und Wissenschaft

Eine beträchtliche Distanz zu Erinnerungen und Erfahrungen weist naturgemäß auch die wissenschaftliche Erforschung der ostdeutschen Geschichte auf. Die ist in diesem Fall systemisch angelegt. Zeitgeschichte produziert keine Werke, in denen sich der Einzelne abgebildet wiederfinden soll. Die individuelle Erfahrung geht in der kollektiven Erfahrung und der gesamtgesellschaftlichen Rekonstruktion auf, präziser wohl: unter. Das provoziert Konflikte.

Die ersten Konflikte begannen 1989/90, als jüngere Wissenschaftler das DDR-Wissenschaftssystem und seine Repräsentanten in Frage stellten. Die heftigsten Debatten gingen um die DDR-Geschichtswissenschaft.<sup>11</sup> Sie sind noch verschärft worden, als die gesamte Historiographie im Osten neu aufgebaut worden ist. Das Ergebnis war überraschend: An allen Schalthebeln der Macht in der Zeitgeschichte saßen nach kürzester Zeit Westdeutsche. Andere Biographieverläufe waren nicht vorgesehen. Keine einzige Professur für Zeitgeschichte, kein einziges Institut für Zeitgeschichte, keine maßgebliche Forschungsstelle für Zeitgeschichte wurden von einem Ostdeutschen geleitet.

Ich kann mich noch gut erinnern, als es in der vom Berliner Senat eingesetzten Struktur- und Berufungskommission Geschichte an der Humboldt-Universität zu Berlin, dessen Mitglied ich war, 1991/92 darum ging, das Institut neu aufzubauen und auch eine Professur für Zeitgeschichte einzurichten. Ich forderte eine Professur für DDR-Geschichte. Mein Argument war so einfach wie schlicht: Berlin als Schnittstelle zwischen Ost- und Westeuropa müsse zum Zentrum der Historischen Kommunismusforschung werden. Da dies erst allmählich aufgebaut werden könne, müssten wir hier mit einer DDR-Professur beginnen. Mir wurde entgegengehalten, es sei nicht zeitgemäß, die DDR aus der deutschen Geschichte weiter zu separieren. Das sah ich irgendwie ein und forderte, dann müssten wir eine Professur für Kommunismusgeschichte einrichten. Mir wurde entgegengehalten, dass würden die beiden Professuren für Osteuropa und Ostmitteleuropa mitübernehmen (was sie dann beide übrigens nicht taten). Ausgeschrieben wurde eine «Professur für Zeitge-

schichte (unter besonderer Berücksichtigung der DDR-Geschichte)». Außer Hermann Weber, der die Kommission beriet und kurz vor der Emeritierung in Mannheim stand, bewarb sich alles aus Ost und West, was Rang und Namen hatte. Doch die Professur bekam der amtierende Direktor des Instituts für Zeitgeschichte aus München. Er musste versorgt werden, weil er nicht Direktor in München werden sollte nach dem Tod von Martin Broszat. Dafür war er offenbar noch nicht gewichtig genug – für eine Professur an der berühmtesten deutschen Universität reichte es. Das Problem war aber ein ganz anderes: Er hatte sich noch nie mit der DDR-Geschichte befasst. Ich sagte das in der Kommission auch. Mir wurde entgegengehalten, das würde er schon hinbekommen, er würde einen starken Forschungsschwerpunkt aufbauen. Es war die einzige Berufungsentscheidung, die in der Kommission nicht einstimmig ausfiel. Bis zu seiner Pensionierung 2009 blieb er seinen bisherigen Forschungs- und Lehrintressen treu – die DDR kam bei ihm nicht vor.<sup>12</sup> Gerhard A. Ritter, dem Leiter der Kommission, der mir zum väterlichen Freund wurde und mit dem ich bis zu seinem Tode eng verbunden blieb, hat mir in vielen Gesprächen in den nachfolgenden Jahren immer wieder gesagt, dass er das sehr bedauere und enttäuscht sei, dass diese Professur nicht zu dem wurde, was wir geplant hatten. Erst seit 2009 ist eine Professur an der Humboldt-Universität zu Berlin verankert, in der die DDR-Geschichte einen Schwerpunkt bildet. An einer anderen Professur steht die Geschichte des Kommunismus in der Sowjetunion seit 2002 im Mittelpunkt. Ostdeutsche sind die Lehrstuhlinhaber natürlich keine. 2014 übernahm aber an der Viadrina in Frankfurt an der Oder Claudia Weber, sie ist eine Ostdeutsche (Jahrgang 1969), eine Professur für Europäische Zeitgeschichte. Ihre Lehr- und Forschungstätigkeit umfasst aber bislang nicht die Kommunismus-Geschichte nach 1945. Vielleicht ist da etwas in Bewegung geraten. Es wäre zu begrüßen, würden künftig in der historischen Forschung und Lehre mehr Ostdeutsche als bislang führend vertreten sein.

Auch wenn etwa in Leipzig die DDR-Geschichte stärker als anderswo in der Lehre vertreten war, warum gibt es keine Lehrstühle für DDR- oder Kommunismusgeschichte? Dabei ist noch nicht ein-

mal die Frage aufgeworfen, warum die DDR-Geschichte eigentlich fast nur in Ostdeutschland vorkommt. Was hat das für Auswirkungen auf die künftigen Lehrerinnen und Lehrer und ihren Geschichtsunterricht? Kein einziges Argument gegen solche Lehrstühle zieht. An der Humboldt-Universität zu Berlin gibt es eine Professur für die Geschichte Aserbaidschans. In Bayern gehören zum unverzichtbaren Curriculum eines künftigen Geschichtslehrers Kurse in bayerischer Landesgeschichte. Und auf den bayerischen Lehrstühlen sitzen fast durchweg – und zwar schon immer – Personen, die in Bayern geboren wurden und dort studierten. DDR-Geschichte ist keine Landesgeschichte, aber sie ist es auch. An fast jeder Universität existiert zudem ein Lehrstuhl mit dem Schwerpunkt Geschichte des Nationalsozialismus. Am Zuschnitt kann es also auch nicht liegen. Die Forderungen nach Lehrstühlen für DDR-Geschichte und Kommunismusgeschichte stehen seit dreißig Jahren im Raum, sie werden ständig erneuert, sie werden wahrscheinlich auch künftig unerfüllt bleiben, weil die Lobby dafür stetig an Kraft verliert. («Wie man hört», plant allerdings eine Mäzenin einen Lehrstuhl für DDR- und Kommunismusgeschichte zu stiften und sucht dafür eine Universität, die ihn tragen würde.)

Aber nicht nur in Universitäten, auch in fast allen anderen zeithistorischen Einrichtungen mit überregionaler Bedeutung gibt es keine Ostdeutschen in wissenschaftlichen Führungspositionen: Die Geschäftsführerin der Stiftung Aufarbeitung, Anna Kaminsky, und der langjährige Direktor des Zeitgeschichtlichen Forums Leipzig des Hauses der Geschichte, Rainer Eckert (1997–2015), bilden Ausnahmen. Die Unterrepräsentanz Ostdeutscher in der professionellen Erforschung ihrer eigenen Geschichte folgt der erwähnten Elite- und Führungskräfteauslese. Hier erscheint die Leerstelle besonders eklatant und absurd und vor allem unnötig. Wieder ist zu fragen, was es gesellschaftlich bedeutet, wenn die noch Lebenden und ihre Nachfahren die Vergangenheit ausschließlich von Eliten erzählt bekommen, die keinerlei Schnittmengen mit ihren Erfahrungs- und Erlebniswelten aufweisen? Längst haben sich junge Ostdeutsche zusammengefunden, die erstaunt in den 2000er und 2010er Jahren in Sydney und Lima, in London, Barcelona, Stuttgart und Mexiko, in

Bologna, New York, Johannesburg und Stockholm ihre Herkunft entdeckten, neu entdeckten, wiederentdeckten. Diese «Dritte Generation Ost», wie sie sich selbst nennen, fragt nicht nur, wohin, sondern auch, woher.<sup>13</sup> Es sind die Kinder jener Erwachsenen, die als Eltern und Großeltern nach 1990 oftmals nicht so zur Verfügung standen, wie sie es sich selbst gewünscht hätten. Beschäftigt mit dem turbulenten Umbruch und den mannigfaltigen Neuorientierungen, Enttäuschungen und Hoffnungen, Neuanfängen und Rückschlägen konnten so manche Erwachsene ihren Kindern keine Orientierungen, keinen Halt bieten – weil sie das selbst nicht hatten. Vergangenheitsbetrachtungen sind nicht, wie ausgerechnet Stefan Heym mutmaßte, da, um sich von der Gegenwart abzulenken.<sup>14</sup> Seine Kritik aber nahm ein Unbehagen auf, dass sich schon frühzeitig artikuliert hatte.<sup>15</sup>

### Die Zukunft der Aufarbeitung

Die Bilanz nach fast dreißig Jahren Aufarbeitung fällt zwiespältig aus. Auch für die DDR-Geschichte ist zu beobachten, was Voltaire 1737 festhielt: «Sprecht Ihr mit einem holländischen Bürgermeister über die Aufhebung des Edikts von Nantes, so ist es eine unkluge Willkürherrschaft; befragt Ihr einen Minister des französischen Hofes, so ist es weise Politik.»<sup>16</sup> Der Diskurs über die DDR fiel in zwei Großgruppen auseinander, die miteinander kaum redeten, dafür heftig übereinander herzogen. Die eine verteidigte öffentlich die DDR mehr, als sie es untereinander am Biertisch wohl tatsächlich tat – sie malte alles weiß. Und die andere geißelte noch den Kindergartenclown als ideologische Umerziehungsmaßnahme. Diese Schwarzseher hefteten sich zudem mit immer größerem Abstand zu 1989/90 eine historisch wachsende Widerstandsfähigkeit in der Diktatur an. Für die berühmten Grautöne, woraus Geschichte nun einmal vorrangig besteht, war wenig Platz in dieser Gemengelage. Der Aufarbeitungsprozess selbst erfuhr, was wir auch allgemein immer beobachten können: Temporäre Prozesse verselbständigen sich, auf Zeit angelegte Institutionen beanspruchen Bestandswahrung, ver-

dienstvolle Persönlichkeiten privatisieren ihre Tätigkeitsbereiche zu absolutistisch veranlagten Herrschaftsbereichen.

Seit einiger Zeit wird wieder über die Zukunft der Aufarbeitung gestritten. Ärgerlich daran ist, dass vor allem jene darüber streiten, die diese Zukunft nicht selbst gestalten werden. Warum nur sitzen in Zukunftskommissionen immer nur die Alten, in diesem Fall altgediente Aufarbeitungsfunktionäre? Warum sitzen dort nicht jene, um deren Zukunft es geht? Friedrich Schillers berühmte akademische Antrittsrede von 1789 lehrt uns noch immer, worauf es letztendlich ankommt: den bequemen Brotgelehrten, dem es nur um Ruhm, nicht aber um Erkenntnis geht, zu bekämpfen: «Der Brotgelehrte verzäunet sich gegen alle seine Nachbarn, denen er neidisch Licht und Sonne missgönnt, und bewacht mit Sorge die baufällige Schranke, die ihn nur schwach gegen die siegende Vernunft verteidigt.»<sup>17</sup> Wenn Menschen zu lange unhinterfragt auf Posten und Pöstchen sitzen, deformiert das oft die Posten, nicht selten auch die amtsausübenden Personen. Das können wir nicht nur generell in Wahlämtern, sondern überhaupt in Institutionen beobachten. Auch die Aufarbeitung der SED-Diktatur blieb von diesem Phänomen nicht verschont. Da ich seit 1990 in dieser Szene aktiv dabei bin und so bereits als ganz junger Mann, ich war 1990 23 Jahre alt, involviert war, kann ich auch aus eigener Anschauung sagen: Noch heute bekomme ich Einladungen zu Veranstaltungen aus dem Bereich der gesellschaftlichen Aufarbeitung, die ich überwiegend auch so schon etwa 1995 erhalten habe oder wenigstens hätte erhalten können. Ist das nicht ein Problem? Ich war seit 1990 Mitglied im Unabhängigen Historiker-Verband, war am Umbau in der Humboldt-Universität zu Berlin aktiv beteiligt, war sachverständiges Mitglied der Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages zur SED-Diktatur, war nach ihrer Gründung Mitarbeiter der Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur und habe nebenbei viele wissenschaftliche Arbeiten publiziert – alles in den 1990er Jahren, ich war aktiver Zeitzeuge und glaube daher aus eigener Anschauung sagen zu können, ja, es ist ein Problem, dass es bislang in der Aufarbeitungslandschaft keinen Typuswechsel des Aufarbeiters gegeben hat.

Aufarbeitung von Geschichte ist – anders als im Idealfall die ge-

schichtswissenschaftliche Analyse der Vergangenheit – ein politischer Vorgang. Sie verfolgt geschichtspolitische Interessen, will etwas bewirken, in Deutschland Demokratie und Freiheit stärken. Die DDR-Aufarbeitung war mit dem Grundsatz angetreten, die Demokratie im Osten zu befördern. Manche Aufarbeiter verkünden sogar, je besser man Diktatur begreife, um so besser könne man Demokratie gestalten. Das hört sich etwas sehr stark nach Volkspädagogik an, ist auch so gemeint und wird merkwürdigerweise öffentlich kaum in Frage gestellt.

2018 haben zwei Vorgänge Unruhe unter die «Aufarbeiter» gestreut: Zeigten die rassistischen Vorgänge in Ostdeutschland, zuletzt in Chemnitz, womöglich, dass die Aufarbeitung der letzten fast dreißig Jahre fruchtlos blieb? Haben im Osten womöglich zu viele die Demokratie nicht begriffen, von Diktaturen zu schweigen? Und ist die bisherige Aufarbeitung, wie so manche orakeln, in Gefahr, weil am 25. September 2018 ein Oberaufarbeiter, Hubertus Knabe aus Unna, seinen Hut als Direktor der Gedenkstätte Berlin-Hohenhausen nehmen musste?

Natürlich ist sie nicht deswegen gescheitert oder auch nur in Gefahr. Knabe musste gehen, weil er viele Jahre sexistische Strukturen in seiner Institution verschleierte und damit mittrug. Er fand keine Worte des Bedauerns darüber – weder für diese Strukturen noch für die Frauen, die darunter zu leiden hatten. Von jemandem, der sich professionell mit Aufarbeitung von Schuld beschäftigt, ist das das Mindeste, was man hätte erwarten dürfen. Der Rausschmiss war also kein Racheakt, sondern offenbar nötig. Es wurde ein politisches Zeichen gesetzt, Sexismus überall den Kampf anzusagen.

Überfällig ist auch – und nun erst recht, über das von ihm vertretene, außerordentlich fragwürdige Gedenkstättenkonzept zu sprechen. Unter seiner Verantwortung war die Gedenkstätte mit einer Überwältigungsstrategie versehen worden: Niemand sollte nach einem Besuch aus «seiner» Gedenkstätte herauskommen und eine andere Auffassung als der Gedenkstättenleiter über die DDR und ihr Unrecht haben. Eine Gedenkstätte hat die Aufgabe zu informieren, Zeitzeugen zu Wort kommen zu lassen, ihr Schicksal offenzulegen, den Opfern Namen zu geben und ebenso die Täter klar zu benen-

nen, ihr Tun ins gesamtstaatliche Konzept einzuordnen. Das alles muss nach wissenschaftlich und museumspädagogisch anerkannten Maßstäben erfolgen, nicht nach geschichtspolitisch gewünschten Kriterien. Gedenkstätten als authentische Orte können ganz auf die Kraft des Orts und der dort tätigen unverzichtbaren Zeitzeugen setzen, so lange es möglich ist, dürfen nicht übertreiben, sollen objektiv und nüchtern beschreiben. Die Zeitzeugen sollen ihre eigenen Geschichten erzählen, nicht die von anderen. Das Leben in den Zellen konnte sich stark unterscheiden. Der Alltag war zu verschiedenen Zeiten sehr unterschiedlich. Sie sollen auch nicht mit jungen Besucherinnen und Besuchern in Zellen Verhörsituationen nachstellen – so etwas nennt man vornehm «Überwältigung», etwas burschikoser: durchgeknallt. Das gehörte zum Knabe-Konzept. Und Hohenschönhausen war im Vergleich zu anderen Haftorten in der DDR in den 1970er und 1980er Jahren bei weitem nicht der schlimmste, aber sehr wohl der modernste Knast. Die meisten hier Inhaftierten kamen über kurz oder lang in den Westen, das kalkulierten auch SED und MfS ein mit entsprechenden Folgen für den Untersuchungshaftalltag in der Honecker-Ära. Allein so etwas zu sagen oder Knabe zu kritisieren, erfordert auszuhalten, dass die Gruppe derjenigen, die in Knabe den Guru der DDR-Aufarbeitung sehen, einen als Verharmloser diffamiert. Dabei erinnerte Knabes Geschichtspolitik selbst im Prinzip an die Mahn- und Gedenkstätten der DDR – auch dort führten einstige Häftlinge die Besucher durch die Ausstellungen mit dem Ergebnis, dass nicht wenige anschließend schlaflose Nächte hatten. Das war nicht schlimm. Aber zugleich wurde mit Holzhammerargumenten allen eingetrickt, dass es nur eine Wahrheit gebe, und diese führe gesetzmäßig zur DDR. Nur hier würde das Erbe des Antifaschismus richtig bewahrt. Hatte diese Antifaschismuspädagogik etwas mit den neofaschistischen Umtrieben in den 1980er und Anfang der 1990er Jahre im Osten zu tun? Ja, da sind sich die Experten einig. Und führt die Ursachensuche, was heute im Osten los ist, auch zum Antifaschismusdogma in der DDR? Ja, auch da sind sich die Experten einig. Nun muss sich die DDR-Aufarbeitung unangenehme Fragen gefallen lassen: Hat sie mit dazu beigetragen, was im Osten geschieht? Hat sie also ihre selbstgestellte Aufgabe, Demokra-

tie zu befördern, verfehlt und womöglich das Gegenteil mit provoziert?

Aufarbeitung ist wichtig, keine Frage. Aber wie wichtig wirklich? Wer sollte das messen, einschätzen? Wen erreicht Aufarbeitung und vor allem wen nicht? Man sollte sie nicht überschätzen, so wie man das Gewicht Einzelner in diesem Zirkus nicht überschätzen sollte. Es machen weder große Männer allein Geschichte noch schlanke Menschen allein Geschichtsaufarbeitung. Beide Gruppen glauben das allerdings gern.

In der DDR-Aufarbeitungslandschaft haben wir den merkwürdigen Umstand zu beobachten, dass in vielen Institutionen – die Berliner Maueredenkstätte ist eine rühmliche Ausnahme! – Personen Entscheidungen fällen, den Ton vorgeben, Verantwortung tragen, die dafür meist «nur» durch ihre Biographie, nicht aber wegen einer professionellen Ausbildung in Museumsdidaktik, Geschichtspädagogik, Geschichts- oder Politikwissenschaften qualifiziert sind. Keine Frage, vor allem in den 1990er Jahren war es von hoher symbolischer Bedeutung, dass Oppositionelle und Opfer der SED-Diktatur den kommunistischen und postkommunistischen Geschichtsmärchen ihre lebensgeschichtliche Wucht entgegenhielten. So funktionieren nun einmal Revolutionen. Aber die Revolution ist Geschichte. Die Kinder sind nicht entlassen worden, sondern eigentlich im Rentenalter, eigentlich.

Die Aufarbeitung der SED-Diktatur in den 1990er Jahren stand ganz im Zeichen der Revolution. Endlich konnten mit Hilfe der Regime-Archive jene Geschichten und Biographien öffentlich gemacht werden, die zuvor brutal unterdrückt worden waren. Aufarbeitung ist im Gegensatz zur Geschichtswissenschaft ein geschichtspolitisches Anliegen. Es geht nicht um Differenzierung, sondern um Anklage, Demaskierung, Entblößung, darum, mit Geschichtsbildern zu bilden, etwas zu legitimieren, Demokratie zu befördern. Deshalb stehen Geschichtsaufarbeitung und Geschichtswissenschaft auch im Dauerclinch miteinander. Wenn Letztere etwa Alltag und Gesellschaft in ihren vielschichtigen Erscheinungen differenziert analysieren will, so wirft ihr Erstere Verharmlosung und Schönfärberei vor. Konzentriert sich die Aufarbeitung auf Opfer, Mauertote, Opposi-

tion und Widerstand, Haftanstalten und politische Justiz, bemängelt die professionelle Forschung, hier würde ein einseitiges Bild gemalt, das nur Schwarz und Weiß, aber keine Grautöne kenne.

Die Vorwürfe liegen regelmäßig daneben. Denn die Aufgabe der beiden unterscheidet sich nun einmal so stark wie die von Bäckereien und Konditoreien. Nur weil sie zuweilen die gleichen Grundstoffe für ihre Arbeit benutzen und ihr Publikum Schnittmengen aufweist, streben sie ja noch keine ähnlichen Produkte an. Das ist nur leider nicht allen bewusst, weder den Beteiligten noch den Beobachtenden.

### Die Ostdeutschen und ihre Vergangenheit

Interessanterweise kam die ostdeutsche Revolution 1989 anders als die der Polen, Tschechen, Slowaken, Balten oder Ungarn praktisch ohne historische Bezüge aus. Das veränderte sich nach dem Sturm auf die Stasi und der Eroberung der Akten 1990. In Deutschland wurde nun diese Geschichte zu einem extrem politischen Kampfmittel – und von allen Seiten intensiv benutzt. Akten entschieden maßgeblich darüber, ob jemand zukunftstauglich sei oder nicht. Was hat die Regelüberprüfung, wofür das irreführende und demagogische Wort «gaucken» (nach dem ersten Leiter der Stasi-Akten-Behörde Gauck) erfunden wurde, eigentlich mit den Seelen der Überprüften, ob nun belastet oder nicht, gemacht? Viel Platz für Differenzierung blieb da nicht. Nur diese eine Institution, das Ministerium für Staatsicherheit, ist zum Beelzebub erklärt worden. Ihr Auftraggeber, die SED, blieb im Schatten und konnte sich häuten. Was für eine schreiende Ungerechtigkeit. Nicht einmal die Aufarbeitung war konsequent und nahm alle Verantwortlichen der SED-Diktatur ernst. Im Nachhinein erscheint die Stasi-Überprüfung wie eine Beruhigungsspiele für die Mitläufersgesellschaft. Und dass die Überprüfungen die Jahrtausendwende unbeschadet überstanden, führte nicht nur zu Kopfschütteln, sondern vor allem zu Frust, Wut, Enttäuschung. Wie lange, fragten viele auch unbelastete Bürger, wollt «Ihr» uns eigentlich noch unsere Vergangenheit vorhalten?

Obwohl der Kampf um die Stasi-Akten ein Sieg ostdeutscher Bürgerrechtler gegen gesamtdeutsche Schlussstrichbefürworter darstellte und auch die Existenz der «Gauck-Behörde» ganz allein ostdeutschen Aufarbeitern zu verdanken war, wird die gesamte Aufarbeitung einschließlich der Stasi-Überprüfung im Osten weithin als eine westdeutsche Idee angesehen. Eliten gelten im Osten – egal welche – prinzipiell als Westdeutsche. Und wenn es dann doch mal ein Ostler in irgendeine maßgebliche Position geschafft hat, gilt er vielen Ostlern als irrelevante Ausnahme – oder als «Volksverräter» wie Bundespräsident a. D. Gauck oder Bundeskanzlerin Merkel. Beiden schlägt der besondere Hass der ostdeutschen Seele entgegen, weil sie doch eigentlich von «uns» sind, aber das Geschäft der Wessis betreiben würden.

Was bedeutet es, wenn die (westdeutschen) Deutungs- und Erkläreliten ganz und gar überwiegend einen anderen Sozialisationshintergrund haben als jene (ostdeutschen) Menschen, denen sie mittels Medien, Wissenschaft und Politik die Vergangenheit deuten und erklären sollen? Und was folgt eigentlich aus dem Umstand, dass die (ostdeutsche) Aufarbeitungstruppe im Ganzen gesehen ganz andere Lebenswege, Lebenserfahrungen vorzuweisen hat als die große Mehrheit der Gesellschaft, die sie mit ihrer Aufarbeitung aufklären will? Und wer klärt die Aufarbeiter über die «anderen» auf? Sind sie die allwissenden Erzähler? Fragen, die bisher kaum gestellt wurden; Fragen, auf die wir bislang keine überzeugende Antwort kennen.

Die Irritationen in Ostdeutschland begannen aber nicht erst, als Westdeutsche notwendigerweise kamen und beim Aufbau im Osten tatkräftig mithalfen (richtig muss es heißen: die Richtung des Aufbaus vorgaben). Schon die Bürgerrechtsgruppen 1989 waren durchweg von mutigen Menschen gegründet worden, die aufgrund ihrer beruflichen Stellung in der DDR (Kirche) oder ihres Eintretens für Menschenrechte (Opposition) vor 1989 zu gesellschaftlichen Randgruppen zählten. 1989 wussten alle, wogegen sie waren. Ein Programm wofür man sei, gab es nicht. Nie hat jemand jene gezählt, die 1989 nicht mitmachten. Es war die Mehrheit. Lohnte es heute nicht zu analysieren, warum schon die freie Volkskammerwahl am 18. März 1990 so viele verstörende Ergebnisse zeitigte? Es verloren ja nicht nur

die Sozialdemokraten und die Idealisten aus der DDR-Opposition, besonders bitter in Sachsen, es gewannen ja nicht nur das Geld, die Blockflöten aus der ehemaligen kommunistischen Einheitsfront sowie die schnellstmögliche Wiedervereinigungs rhetorik, es gewannen vor allem jene, die, so sagen wir es heute, populistisch versprachen, die Landschaften würden schnell blühen und die Ostdeutschen würden in drei bis fünf Jahr leben wie die Westdeutschen. Es kam etwas anders.

Als ab 1990 die DDR-Vergangenheit in den Medien, den Kommissionen und auf den Marktplätzen erzählt wurde, wie sie sich in den Akten darstellte, staunten die meisten Menschen, die dort gelebt hatten. Das meiste hätten sie nicht gewusst, hörte man immer wieder. Das war oft schwer zu glauben. Dahinter verbarg sich aber etwas anderes: Diese Geschichte von Leid, Opfern, Unterdrückung und Widerstand erreichte die Gesellschaft nicht, es war nicht ihre Geschichte, noch schlimmer sogar: Es wurde nicht ihre Geschichte.

In Reaktion auf diese unverstandene Vergangenheit gab es die Ostalgie-Welle Anfang der 2000er Jahre. Katarina Witt erzählte, ein aktuelles Foto zeigte sie lachend im FDJ-Hemd,<sup>18</sup> dumme Geschichten, für die sie sich heute schämt.<sup>19</sup> Sie hat dazu gelernt. Die Aufarbeiter aber hatten nicht verstanden, dass sie an der Gesellschaft vorbei erzählten. Immer wenn ihnen die Gegenzählung nicht passte, vermuteten sie alte Seilschaften (die es auch gab) und ewig Gestrigie (die es zuhauf gab) dahinter. Warum kamen sie nicht auf die Idee, dass größere Teile der Gesellschaft sich anfingen zu wehren, wie ihnen ihre eigene Vergangenheit erzählt und damit eine immer fremder werdende Gegenwart legitimiert wurde? Im Osten waren simple Geschichtsbilder à la Knabe nicht nur im SED/PDS/Linkspartei-Milieu verpönt. Die Ostalgiwellen in den 2000er Jahren waren nichts anderes als die Landserschmonzetten in der alten Bundesrepublik, die sich jahrzehntelang größter Beliebtheit erfreuten. Wurden die Millionen Leserinnen und Leser deshalb beschimpft? Das hätte schon aus wahrhaftigkeitsmäßigen Gründen vor dem Auftauchen der Grünen niemand wagen dürfen. Für den Osten gab es eine solche Zurückhaltung nie – weder von Westlern noch von den Ostlern, die «aufarbeiteten». In jeder Gesellschaft gibt es nostalgische Erinnerungen an die Vergangenheit, das hängt weniger mit Staat und Ge-

sellschaft, sondern mehr mit der zurückliegenden Jugend und dem fortschreitenden Alter zusammen. Zurückzublicken vermittelt oft Sicherheit und Wärme.

Aufarbeitung will Identifikationsangebote unterbreiten, die eine Form von Integrationschancen darstellen: Aufarbeitung als Mittel, um die Ostdeutschen in die bundesdeutsche Gesellschaft zu integrieren: «Ihr habt eine Diktatur überwunden, Ihr könnt stolz sein, Ihr seid Demokraten. Wenn Ihr die Diktatur verstanden habt, seid Ihr für die Demokratie gerüstet, könnt sie gestalten und seid für immer und ewig immun gegen Extremismus.» So ungefähr lauten Lehrsätze der Aufarbeiter. Das hat nicht ganz geklappt – bis jetzt. Fast die Hälfte der Ostdeutschen kann sich aktuell vorstellen, die rassistische AfD zu wählen; und fast die Hälfte fühlt sich als Deutsche zweiter Klasse. So viel Kollektivismus im Osten gab es bisher noch nie.

Die Gesellschaft kam seit dreißig Jahren nicht zur Ruhe – und dabei musste auch noch fast jeder und jede sich fragen lassen: «Und was hast Du bis 1989 getan?» Die falsche Antwort, die passenden Akten und ein neuer biographischer Bruch war besiegelt. So hatte sich das 1989/90 wohl niemand vorgestellt.

Die Zukunft der DDR-Geschichte ist offen. Aufarbeitung kann Integrations- und Identifikationsangebote unterbreiten. Sie ist kein Allheilmittel. Aufarbeitung muss die Menschen dort abholen, wo sie stehen; nicht, wo die Aufarbeiter stehen. «Täter» und «Opfer» sind keine geeigneten Kategorien, um eine Gesellschaft zu erklären; noch weniger aber, um eine historische Gesellschaft Nachgeborenen zu erklären, nahezubringen. Die DDR-Aufarbeitung könnte nun, dreißig Jahre nach dem Mauerfall, beginnen, die ganze Palette der DDR-Gesellschaft und die Transformationsgeschichte miteinander verknüpft zu erzählen. Die Aufarbeitung der 1990er Jahre muss überhaupt beginnen. Natürlich brauchen wir dafür keine Wahrheitskommissionen, auch keine Versöhnungskommissionen, wer das fordert wie die sächsische Integrationsministerin,<sup>20</sup> hat von der Apartheid-Diktatur in Südafrika, wo es nach dem Sturz der Apartheid solche Kommissionen gab, offenbar keine Grundkenntnisse. Wir brauchen eine kritische Auseinandersetzung mit den sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Ursachen und Folgen der Transfor-

tion. In dieser Aufarbeitung müssen alle Erfahrungsräume Platz finden. Das Leben der Menschen vor und nach 1989 ist bei den meisten viel stärker miteinander verknüpft, als historische Epochenzäsuren vorgeben. Ostdeutschlands Gegenwart ist nicht zu erklären als Ergebnis eines linearen Prozesses. Historische Entwicklungen seit dem 19. Jahrhundert, Prägungen durch den Nationalsozialismus und den SED-Kommunismus, die fehlende Aufarbeitung von Kolonialismus, Rassismus und Antisemitismus und der Transformationsprozess seit 1990 gehören in der Analyse zusammen und werden nicht ohne die Berücksichtigung der globalen Herausforderungen, der bundesdeutschen Versäumnisse in der Aufarbeitung (Rassismus, Kolonialismus) und der westdeutschen Vereinigungsmentalität, denen sich Ostdeutschland seit 1990 stellen musste, befriedigend ausfallen. In vielen Parametern kam es nur zu einer nachholenden Modernisierung, in anderen war Ostdeutschland auch Modellfall globaler Entwicklungen.

Wenn wir Forscherinnen und Forscher es schaffen, ostdeutsche Geschichte, die Hoffnungen, Träume, Aufbrüche und Enttäuschungen als einen Fluss im Strom der Zeit des 20. Jahrhunderts zu erzählen, aufzuarbeiten, dann sind wir auch nicht mehr weit entfernt von der schon lange geforderten gesamtdeutschen Geschichte. Bundesdeutsche und DDR-Geschichte, deutsche und europäische, europäische und globale Geschichte gehören zusammen, mehr als es den damals Verantwortlichen lieb und den Zeitzeugen bewusst war. Nicht als platte Kontrastgeschichte, sondern als eine miteinander verzahnte Geschichte sollte die deutsch-deutsche Geschichte erzählt werden. Und die DDR eben auch als eine Gesellschaftsgeschichte in der Parteidiktatur, in der vielmehr möglich war, als nur «Täter» oder «Opfer» zu sein.<sup>21</sup> Die meisten waren weder das eine noch das andere, ganz viele aber beides. Das könnte gelingen. Voraussetzung wäre aber wahrscheinlich, dass nun alle jene an den Schaltstellen der Aufarbeitungsmacht und Wissenschaftsdeutung, die sich so verdient gemacht haben in den letzten Jahren, Platz machen für die 30- bis 40-Jährigen Visionäre, für jene, die Aufarbeitung und Wissenschaft endlich zusammenbringen können, ohne sich des Verdachts auszusetzen, irgendetwas verharmlosen zu wollen.

## 10

## Ungebrochene Traditionen: Bürden der Vergangenheit als Last der Gegenwart

Ostdeutsche tragen einen schweren Rucksack der Geschichte mit sich herum, der prall gefüllt ist. Anders als die Westdeutschen kannten sie bis 1990 keine kollektiven demokratischen und freiheitlichen Erfahrungen: Das Kaiserreich, der Erste Weltkrieg, die Nachkriegsschüttungen und eine instabile, von zu wenigen verteidigte Weimarer Republik, die nationalsozialistische Diktatur und dann die kommunistische Diktatur hatten demokratischen und freiheitlichen Entwicklungen keine Chance gegeben. Das mag die Sehnsucht danach bei vielen Ostdeutschen gerade angesichts des bundesdeutschen Schaufesters enorm beflügelt haben. Nur bedeutet Sehnsucht noch lange nicht zu wissen, wie es eigentlich geht, wie beschwerlich Freiheit und Demokratie tatsächlich sind, weitaus beschwerlicher und anstrengender als irgendeine andere gesellschaftliche Form des Zusammenlebens. Demokratie ist zwar ein Staatsapparat, aber zuerst eine Lebensform. Wenn man die nicht erlernt hat, wird es schwierig, den Staat, der die Lebensform garantiert, zu akzeptieren. Man muss sie auch erlernen wollen.

Der in Oxford lehrende Germanist James Hawes meint sogar, seit dem 12. Jahrhundert habe sich östlich der Elbe eine Mentalität und Kultur herausgebildet, die extrem autoritär und antidemokratisch ausfalle.<sup>1</sup> Heutige Probleme in Ostdeutschland seien historisch gewachsen und praktisch nicht auflösbar. Schon 1930 sei die NSDAP nirgends so stark gewählt worden wie östlich der Elbe (wobei Berlin als Sonderfall herausfällt). Ergänzend müsste hinzugefügt werden, das gilt – abgesehen von Hamburg und Bremen – auch für die KPD, die 1923 in Sachsen und Thüringen sogar kurzzeitig an der Regierung beteiligt war. Es scheint Kontinuitäten zu geben, die eine ge-

wachsene Nähe für extremistisches Gedankengut in Ostdeutschland nahelegen.<sup>2</sup>

Wenn wir heute Ostdeutschland betrachten, wird man die Geschichte von vor und nach 1989 als eine Einheit analysieren müssen, um das Gewordensein zu verstehen. Historische Entwicklungen scheren sich nicht um Zäsuren, die uns vor allem dazu dienen, Geschichte zu kartieren und zu strukturieren, um den Überblick zu behalten.<sup>3</sup> Wissen, Mentalität, unser Denken, unsere Annahmen, unser Verhalten sind in einem großen Kontext entstanden. Die Rede vom «Rucksack» als Bürde hat erfahrungsgeschichtlich die Erkenntnis verarbeitet, dass wir immer auf den Schultern unserer Vorfahren stehen, die ihre Gesellschaft aus den zuvor existierenden heraus aufbauten.

### Demokratie ohne Demokraten

Von den Ende 1989 in der DDR lebenden rund 16,3 Millionen Menschen – in dieser Zahl sind die Abwanderungen nach dem Mauerfall berücksichtigt – haben nur jene noch potentiell die Weimarer Republik politisch bewusst wahrgenommen, die 1933 mindestens zehn Jahre und älter waren, also 1923 oder früher geboren worden waren. Das betraf etwa 2,4 Millionen Menschen (12,5 Prozent), die ganz überwiegend bereits aus dem Erwerbsleben ausgeschieden waren.<sup>4</sup> 87,5 Prozent der Bevölkerung verfügten über keine persönlichen Erfahrungen in einem demokratischen Staatswesen. Da die Demokratieerfahrungen der älteren Generationen nach NS-Diktatur und DDR nicht überbewertet werden können, zumal gerade auch von dieser Generation sich viele, die in der DDR verblieben waren, bewusst in den Dienst des kommunistischen Aufbaus gestellt hatten, ist es kaum übertrieben, darauf hinzuweisen, dass in der DDR-Gesellschaft nur eine verschwindend kleine Minderheit aus eigenem Erleben wusste, wie eine Demokratie funktioniert und dass es kaum Vermittler gab, die aus eigener Anschauung davon berichten konnten.

Hinzu kam der folgenschwerere Umstand, dass die «bürgerliche Demokratie» nicht nur im Dritten Reich und in der DDR, wo immer

es ging, verächtlich gemacht worden war, sondern dieses Dauerfeuer gegen die repräsentative Demokratie auch zur permanenten Begleiterscheinung der Weimarer Republik gehört hatte. Auch in der Bundesrepublik brauchte es eines Wandels der politischen Kultur, der entscheidend zur Stärkung des demokratischen Konsenses beitrug und erst ab den 1970er Jahren von einer großen Mehrheit der Gesellschaft getragen worden ist. Dieser Wandel ist nicht durch ein Ereignis herbeigeführt worden. Der Wirtschaftsaufschwung in den 1950er Jahren bildete nur einen Aspekt. Die Partizipationsmöglichkeiten einen anderen. Der Wohlstand den nächsten. Auch der damit verbundene Tourismusaufschwung, das Anschauen der Welt und die dadurch ermöglichten Vergleiche trugen zum Verfassungspatriotismus in der Bundesrepublik bei.

Hinzu kam die gesellschaftspolitische Kritik, die mit dem Kürzel «68» verbunden wird. Hier zeigt sich die enorme integrative Kraft eines freiheitlichen Systems: Statt ihre Gegner und Kritiker auszuschließen, sind diese in einem widerspruchsvollen Prozess zu ihren entschiedensten Verteidigern geworden, gerade weil sie ihre Anschauungen und Lebensweisen einbringen und zum Teil zur Dominanz führen konnten. Denn das bundesdeutsche System hat in Folge der 68er etwas vollbracht, was für so manche auch heute unverständlich ist: Es hat ein Nebeneinander verschiedener Lebensentwürfe und politischer Vorstellungen ermöglicht, ohne dass die Gesellschaft darüber auseinandergebrochen wäre.

Neben weiteren Aspekten, die die Mehrheit der Bundesdeutschen bis 1989/90 fest ans demokratische System band, kam hinzu, dass die DDR und die anderen kommunistischen Systeme ebenso eine Schaufensterfunktion erfüllten wie umgekehrt. Selbst in der dogmatischen Linken gab es außerhalb von DKP/SEW kaum Anhängerinnen und Anhänger des realen Sozialismus à la SED. Sie mögen dort Potentiale erkannt haben, die nur sie sehen konnten. Schönfärberei der DDR-Realitäten blieb aber kein Privileg dogmatischer Linker, das fand sich in vielen politischen Strömungen der Bundesrepublik – und wenn es nur benutzt wurde, um die Bundesrepublik zu kritisieren. Eine ernsthafte Alternative sah in der DDR jedoch kaum jemand. Nicht einmal die RAF-Terroristen, die Unterschlupf suchten, kamen

freudig in die DDR. Den wichtigsten Beitrag, den Ulbricht und Ge-  
nossen zur Verfestigung des demokratischen Bewusstseins in der  
Bundesrepublik leisteten, war der Bau der Mauer 1961. Noch mehr  
als die Niederschlagung des Volksaufstandes von 1953 wirkte er als  
abschreckendes Beispiel und wurde so zu einem demokratiebeför-  
dernden Kitt der bundesdeutschen Gesellschaft. Der Demokratisie-  
rungsprozess der bundesdeutschen Gesellschaft dauerte, war kom-  
pliziert, erfuhr Rückschläge, erreichte nie die gesamte Gesellschaft.  
Im Ergebnis hatte sich aber eine starke Zivilgesellschaft herausgebil-  
det, die bei aller Kritik die Grundlagen der freiheitlichen Gesell-  
schaft zu verteidigen bereit war.

Einen Demokratisierungsprozess im Osten Deutschlands hatte es bis 1990 nicht gegeben. Das Fatale daran war noch, dass die Kommunisten bis zum Untergang 1989/90 permanent Begriffe wie Demokratie, Freiheit, Rechtssicherheit, Parteien, soziale Sicherheit benutzten, um ihr System zu erklären, zu verteidigen, zu legitimieren. Dabei entwerteten sie unentwegt sämtliche Alternativen und behaupteten, über die einzige wissenschaftliche Weltanschauung, den historisch-dialektischen Materialismus zu verfügen. Marx und Lenin lehrten, die Weltgeschichte bewege sich spiralförmig und die Gesellschaftsformationen folgten einander gesetzmäßig. Der Sozialismus/Kommunismus sei der krönende Höhepunkt. Niemand konnte sich der ideologischen Dauerbeschallung entziehen. Niemand! Auch wenn viele nur mit halben Ohr hinhörten, die meisten ohnehin nicht verstanden, was Basis und Überbau, Produktivkräfte, Produktionsmittel und Produktivverhältnisse, dialektische Gesetze, die Avantgarde der Arbeiterschaft oder die historische Mission der Arbeiterklasse mit der eigenen Lebensrealität nun zu tun habe, auch wenn sich viele darüber lustig machten («Marx ist Murx» oder: «Ich las gerade das Kapital von Karl May.» Echt? Ist das nicht von Karl Marx. «Ach so! Ich wunderte mich schon, dass keine Indianer vorkamen.»), der «Rotlichtbestrahlung» konnte sich niemand entziehen: im Betrieb, in der Schule, an der Universität und Hochschule, auf der Arbeit, in den Medien, Wandzeitungen in Treppenhäusern, Propagandaplakaten und Losungen auf Straßen und Bahnhöfen, politischer «Sichtwerbung» beim Friseur, im Lebensmittelladen, bei Sport-

veranstaltungen – überall und allerorten, nur die Kirchen blieben davon (weitgehend) verschont. Alle waren so gezwungen, sich ständig auseinanderzusetzen, selbst die Nichtwahrnehmung hinterließ Spuren, nämlich nichts und niemanden zu trauen.

Es gab keinen Vertrauensverlust in Demokratie, Freiheit, Politik und Politikerinnen und Politiker nach 1990. Das Besondere an den ersten Monaten nach dem Mauerfall bestand darin, dass sich ein solches Vertrauen überhaupt erst hätte aufbauen müssen. Eine Diktatur basiert, anders als eine Demokratie, nicht auf Vertrauen; sie benötigt sie nicht einmal. Dem Aufbruch 1989/90 als einer Selbstermächtigung wohnte bereits bei ganzen vielen die tiefe Selbstdäuschung, die zwingende Ent-Täuschung inne. Doch dass es in Ostdeutschland kein Einleben in die Demokratie hatte geben können, war nur einer der schweren Steine in dem Rucksack, den die Ostdeutschen nun durch die vergrößerte Bundesrepublik schlepten.

### Antisemitismus

In der DDR lebten schätzungsweise 3000 Juden und Jüdinnen, davon waren nur etwa zehn Prozent in Gemeinden organisiert und religiös aktiv.<sup>5</sup> Natürlich verschwieg die SED-Geschichtspropaganda nicht, dass es den Holocaust gab. Sie betrieb Erinnerung auf die ihr eigene Weise. Der Faschismus war seit der Definition durch die Kommunistische Internationale von 1924/33 die aggressivste Form des Finanzkapitals in Form einer «terroristischen Diktatur». Die Shoa konnte von daher in diesem Geschichtsverständnis keine Sonderrolle beanspruchen. Der staatlich praktizierte Antisemitismus in der Sowjetunion und Osteuropa nach 1945 wirkte zudem in der DDR zunächst fort. Bis zum Beginn der 1970er Jahre kam der Holocaust in den Schulbüchern gar nicht vor. Dann ist die Verfolgung der Juden mit kurzen Abschnitten zur «Reichskristallnacht», zu den «Nürnberger Rassegesetzen» und zum Aufstand im Warschauer Ghetto eingeführt worden. Der Holocaust, die industrielle Vernichtung von Millionen Jüdinnen und Juden ist nicht erwähnt worden.<sup>6</sup> Im Lehrplan der 9. Klassen fehlte das Thema gänzlich.<sup>7</sup> 1989 erschien, von

einem Historikernachwuchskollektiv der Akademie der Wissenschaften erarbeitet, eine neue Ausgabe des «Geschichtskalenders», gedacht für das Jahr 1990, im Hauptverlag der SED, Dietz. Redaktionsschluss war der 30. Mai 1989. Ein Beitrag hieß «Auschwitz-Mörder vor Gericht» und stammte von Günter Wieland. Er war bei der DDR-Generalstaatsanwaltschaft zuständig für die Verfolgung von Nazi- und Kriegsverbrechen. In diesem Beitrag über Auschwitz erwähnt der Autor nicht, wer dort eigentlich millionenfach umgebracht worden ist.<sup>8</sup> In einem Beitrag über Eichmann, einen der Technokraten des Holocaust, wird ebenfalls das Kunststück fertiggebracht, nicht zu benennen, wer die «Millionen Menschen», die in den «Ver- nichtungslagern» umgebracht wurden, vor allem waren.<sup>9</sup> Das war alles kein Zufall. Natürlich gab es Fachliteratur, und auch in berühmten Büchern von Friedrich Wolf oder Jurek Becker ist die Judenverfolgung thematisiert worden. Die vorgegebene Linie aber ist in Schulbüchern ablesbar. In der DDR existierte offiziell kein Antisemitismus: «Gibt es keinen Kapitalismus, gibt es auch keinen Antisemitismus. (...) Das Tabu nahm den Antisemitismus, seine Funktion und auch die Juden als Objekt weitgehend aus der Erzählung heraus. Langsam verschwand sogar das Wort Jude. Und mit ihm die Erinnerung und – viel wichtiger – die Auseinandersetzung mit jüdischer Geschichte und mit dem Antisemitismus. Das Ergebnis: Der Antisemitismus blieb unangetastet. Und seine Wirkung war dadurch umso mächtiger.»<sup>10</sup> Erst in den Schulbüchern von 1988/89 sind Antisemitismus und Holocaust breiter erwähnt worden.

### Ausländerinnen und Ausländer

Ähnlich war es mit Ausländern. In der DDR existierte eine hohe «Ausländerfeindlichkeit», ohne dass es Ausländer in größerer Anzahl gab. Anfang 1989 hielten sich in der DDR längerfristig nur rund 166 000 Ausländer auf (ein Prozent der Bevölkerung), darunter gerade 34 000 mit einer ständigen Aufenthaltserlaubnis (0,2 Prozent der Bevölkerung). 136 000 davon kamen aus sozialistischen Staaten, die meisten aus Vietnam (55 000), Polen (38 000), Kuba (15 000), Un-

garn (10 700), Mozambique (10 000) sowie der Sowjetunion (ohne Armee 9500). Sie lebten überwiegend abgeschottet von der ostdeutschen Gesellschaft.

Schon vor 1989/90 kam es häufig zu Übergriffen auf Ausländer. Seit Mitte der 1980er Jahre formierte sich eine stetig anwachsende Nazi-Szene. Ingo Hasselbach, einst Ost-Berlins berühmtester Nazi, berichtete nach seinem Ausstieg aus der Szene, wie er in der DDR, in ihren Gefängnissen und dann in den Wirren der Umbruchszeit zum Nazi und zum Kopf der Szene wurde.<sup>11</sup> In seinem Kampf lag die Wut gegen das System, die Radikalität entsprach seinem Hass auf alles, was anders war.

Seit 1990 ist die Zahl «ausländerfeindlicher» Übergriffe erheblich angestiegen. Die Ausschreitungen von Hoyerswerda (1991), Greifswald (1991), Saal (1992), Rostock-Lichtenhagen (1992), Heidenau (2015), Bautzen (2016) oder Chemnitz (2018), aber auch in Mölln (1992), Mannheim (1992), Lampertheim (1992), Solingen (1993) oder Lübeck (1996) sind nur die traurigen Spitzen einer kaum abreißen- den Kette von Gewalt gegenüber Ausländern in Deutschland. Den Höhepunkt bildete die Mordserie des «Nationalsozialistischen Untergrunds» (NSU) mit zehn Morden, 43 Mordversuchen und drei Sprengstoffanschlägen. Das NSU-Netz ist bis heute nicht offengelegt worden. Es bestand maßgeblich aus Ostdeutschen und einem ostdeutschen Netzwerk.

In Deutschland leben laut Statistik gegenwärtig knapp zwanzig Millionen Menschen, die die Statistik als Personen mit «Migrationshintergrund» bezeichnet, d. h. die Person oder ein Elternteil ist nicht in Deutschland geboren worden. Das ist knapp ein Viertel der Bevölkerung. Etwa die Hälfte der Personen mit «Migrationshintergrund» besitzt die deutsche Staatsbürgerschaft (2016: 57 Prozent). Hinzu kommen etwa 1,7 Millionen Menschen, die in Deutschland aus unterschiedlichen Gründen Schutz suchen (Stand 31.12.2017). Ein Drittel dieser etwa 22 Millionen Menschen stammt aus EU-Ländern, ein weiteres Drittel aus anderen europäischen Ländern und das letzte Drittel aus dem Rest der Welt. In Ostdeutschland sind vor allem Menschen aus Vietnam, Russland, Polen und der Ukraine stark vertreten. In Baden-Württemberg und Hessen beträgt der An-

teil mit Menschen mit «Migrationshintergrund» etwa ein Drittel, in Bayern, Rheinland-Pfalz, Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen jeweils rund ein Viertel. In den fünf ostdeutschen Bundesländern beträgt der Anteil der Menschen mit «Migrationshintergrund» an der Bevölkerung allerdings nur zwischen sechs und sieben Prozent. Ökonomen wie Demographen sind sich einig, dass, will Deutschland sein hohes wirtschaftliches und soziales Niveau halten, eine Einwanderung auf hohem Niveau benötige. Dabei ist für die demografische Entwicklung die Quantität wichtig, für den Sozialstaat, um dessen Niveau halten zu können, ist es notwendig, hochqualifizierte Fachkräfte zu gewinnen.

2015 und 2016 suchte eine große Anzahl flüchtender Menschen in Deutschland Schutz. 2015 kamen knapp 900 000, 2016 etwa 280 000, 2017 etwa so viele wie 2014: 187 000, und 2018 waren es etwa 120 000. Während 2015 fast eine halbe Million und 2016 etwa eine dreiviertel Million Menschen einen Asylantrag stellten, waren es 2018 rund 165 000, deutlich unter der so heftig umstrittenen «Obergrenze» von 180 000 bis 220 000 pro Jahr. Die Bewilligungsquote der Asylanträge liegt bei durchschnittlich etwa einem Drittel (davon etwa ein Drittel subsidiärer Schutz). Die ostdeutschen Bundesländer nehmen zusammen etwa fünfzehn Prozent aller Schutzsuchenden auf, am wenigsten Mecklenburg-Vorpommern mit weniger als zwei und am meisten Sachsen mit knapp fünf Prozent.

Wenn man nach den Ursachen der «Ausländerfeindlichkeit», der Wahlerfolge der AfD und für den Zuspruch von Pegida im Osten – alles signifikant höher als im Westen – fragt, wird man schnell erkennen, dass man mit den soeben eingeführten Zahlen nicht wirklich weiterkommt. Sie markieren Trends, erklären aber nichts. Der ostdeutsche Journalist Peter Richter hat in seinem 2015 erschienenen Roman «89/90» eindringlich dargestellt, wie aus dem *scheinbaren* Nichts in Dresden seit dem Herbst 1989 eine rechtsradikale und faschistische Jugendkultur entstand, die sich nicht als Sub-, sondern als Mainstreambewegung verstand. Jennifer Weist von der Band «Jennifer Rostock» erzählte, wie ihr erst 2006 nach dem Weggang von der Insel Usedom bewusst geworden ist, dass die dort vorherrschende rechtsradikale und faschistische Jugendbewegung doch

nicht so «normal» sei, wie ihr das als Jugendliche erschien. Und das politische Engagement der Rockband «Feine Sahne Fischfilet» aus Mecklenburg-Vorpommern ist überhaupt nur zu verstehen, wenn man sieht, dass sie in einem Umfeld aufwuchs und sich bewegt, in dem Rechtsradikalismus alles andere als gesellschaftliche Randpositionen einnimmt.<sup>12</sup>

Bei genauerem Hinsehen ist schnell zu erkennen, dass die radikalen Jugendbewegungen aus der so genannten Mitte der Gesellschaft unterstützt werden: Ihre wichtigsten «ausländerfeindlichen» und antisemitischen Positionen werden an den Stammtischen zwischen Kap Arkona und Fichtelberg von vielen geteilt. Der Zuspruch zur AfD fiel nicht vom Himmel. Ist das tatsächlich nur damit zu erklären, dass die Ostdeutschen die Transformation schlecht verkrafteten und sich als Verlierer sehen? Geben sie einfach nur ihre Demütigung durch den Westen – sie seien die «neuen Türken» hieß es oft – weiter? Sind die Ostdeutschen gar eigentlich Migranten, weil sie ihre Heimat verloren haben und sich fremd fühlen, wie die Sozialwissenschaftlerin Naika Foroutan konstatierte?<sup>13</sup> Sind sie so anfällig für autoritäres Denken, weil ihnen die DDR noch in den Knochen steckt? Warum aber reproduziert sich das dann auch in den nachfolgenden Generationen, wenn auch schwächer ausgeprägt? Ziehen die Männer los, sammeln sich bei Pegida, wählen AfD oder belagern Wohnstätten mit geflüchteten Menschen, weil ihnen die Frauen weggerannt sind?

Diese Fragekette ließe sich fast beliebig fortsetzen. In der Debatte gibt es mittlerweile viele Erklärungsansätze. Die meisten sind nicht falsch und tragen wichtige Aspekte zum Verständnis des Phänomens bei. Viele davon sind in diesem Buch angesprochen worden. Aber mir scheint, ein zentraler Grund, warum Ostdeutschland so anfällig für autoritäres Gedankengut, für AfD und Pegida, für Kritik an westlichen Grundwerten, für Antiamerikanismus und für eine erstaunliche Verherrlichung des Putinismus ist, wird bislang zu wenig diskutiert: In Ostdeutschland wirken Traditionen und Diskurse fort, die nie gebrochen wurden, durch keine Aufarbeitung der Vergangenheit, und die vor allem länger wirken als erst seit 1949 oder gar erst seit 1990.<sup>14</sup>

## Illiberale Einstellungen

Traditionen und Diskurse haben die eigentümliche Eigenschaft, dass sie wirken und mächtig sind, ohne dass wir sie kennen, ohne dass wir sie erkennen, ohne dass wir von ihnen erfahren müssen. Drei solcher tradierten Diskursstränge erscheinen in Ostdeutschland besonders durchzuschlagen: illiberales Denken, Nationalismus und Rassismus, wie «Ausländerfeindlichkeit» in Deutschland gern selbstentlastend und verkürzend benannt wird. Alle drei hängen eng zusammen. Sie äußern sich im Ruf nach einem starken Staat und der Sehnsucht nach einer «homogenen Gesellschaft», in der Ausgrenzung von Lebensformen, die von angeblichen, der eigenen Tradition entsprechenden abweichen, oder in einer verzerrten und überspitzten Wahrnehmung des Feinbilds Islam. Die Zukunftsvision bezieht sich auf eine homogene, intakte, warme und solidarische, nicht den Verwerfungen der Gegenwart ausgesetzte Gesellschaft, die in allen Ländern, so die «Vision», schon einmal in der jüngeren Vergangenheit existiert habe. Der Ruf nach vorn wird ganz bewusst als ein Schritt (oder mehrere) zurück dargestellt. Anhand von Ostdeutschland lassen sich die drei genannten wirkmächtigen Traditionssstränge, die eine globale Gültigkeit beanspruchen, aufzeigen.

In seinem berühmten Rundfunkvortrag «Was bedeutet: Aufarbeitung der Vergangenheit» von 1959 brachte Theodor W. Adorno das, worum es geht, auf den Punkt: «Ich betrachte das Nachleben des Nationalsozialismus *in* der Demokratie als potentiell bedrohlicher denn das Nachleben faschistischer Tendenzen *gegen* die Demokratie.»<sup>15</sup> Übertragen auf die Gegenwart könnte man mit dieser Einschätzung zuspitzen, für die Demokratie – nicht für die Ermordeten und ihre Familien! – ist das Umfeld des NSU gefährlicher als der fanatische Mörderclub selbst.

Dass in Ostdeutschland illiberales Denken nie gebrochen worden ist, sondern eine Voraussetzung für die Stabilität der deutschen Diktaturen war, liegt auf der Hand. Auch über Illiberalität gibt es kontroverse Ansichten. Einigkeit herrscht wohl, dass dazu eine antiparlamentarische Grundhaltung ebenso zählt wie die Ausgrenzung von

«Feinden», von «Anderen». Die Grundrechte werden nur einem selbst und seinem Ebenbild eingeräumt, nicht den als die «Anderen», «Fremden», «Feinde» Hingestellten. Die berühmten Essays «De la démocratie en Amérique» von Alexis de Tocqueville (1835/40) und «On Liberty» von John Stuart Mill (1859) warnten bereits vor über 150 Jahren vor der «Tyrannie der Mehrheit».<sup>16</sup> Sie trete ein, wenn eine nicht gewählte Gruppe ihre Moral, Wertvorstellungen und Lebensweise einer anderen aufzuzwingen suche. Dass dabei das Fehlverhalten Einzelner zum Fanal werden kann, haben wir in Deutschland immer wieder beobachten können. Der «innere Feind» ist eine Konstruktion, um das eigene Tun zu legitimieren. Beliebtestes Beispiel in Deutschland ist die Kriminalstatistik. Mit ihr wird der «kriminelle Flüchtling» oder «kriminelle Ausländer» als Massenerscheinung konstruiert. Vergleicht man aber die Zahlen nach Altersgruppen, wird jeder feststellen können, dass die Statistik eine solche Schlussfolgerung nicht hergibt. Der Anteil ausländischer und deutscher Strafverdächtiger ist in jeder Altersgruppe relativ gleich hoch. In der Gruppe der Gewaltdelikte nehmen ausländische Täter einen verhältnismäßig größeren Anteil ein. Hier wird aber in der öffentlichen Polemik fast durchweg übersehen, dass ihre Opfer im hohen Maße keine Deutschen sind (etwa jedes vierte Opfer der gesamten Kriminalitätsstatistik ist ein Ausländer). Etwa die Hälfte der Verbrechen wie Mord, Totschlag, Vergewaltigung oder Körperverletzung erfolgt in der Familie oder im Bekannten- und Freundeskreis. Hinzu kommt, dass in der Altersgruppe der 14- bis 30-Jährigen die Gruppe der alleinstehenden jungen ausländischen Männer überproportional hoch ausfällt. Das macht die Sache für die Betroffenen nicht besser, verweist aber darauf, dass viele oft durch die unwürdigen Lebensbedingungen in den Asyl- und Flüchtlingsunterkünften zu Tätern wurden.<sup>17</sup> Seit Jahren ist die durch die Polizeiliche Kriminalitätsstatistik gemessene Kriminalitätsrate in Deutschland überdies rückläufig, Deutschland gilt als eines der sichersten Länder der Welt. In allen ostdeutschen Bundesländern entspricht der Anteil der prozentualen Kriminalität etwa dem Bevölkerungsanteil an der Gesamtbevölkerung.

Die illiberale Grundhaltung vieler Ostdeutscher konnte bis

1989/90 nicht gebrochen werden, weil sie nicht erst seit dem Kaiserreich staatlich befördert worden ist. Viktor Orbán in Ungarn oder Wladimir Putin in Russland sind Beispiele für Repräsentanten eines Systems, dass sich ganz bewusst illiberal gibt. Das gilt auch für andere Länder Europas, wenn man etwa an die Türkei oder Polen denkt. Der neue Illiberalismus in Europa ist überall an die Macht gewählt worden. Das könnte Ostdeutschland noch bevorstehen. Die Traditionen dafür sind jedenfalls da, illiberale Bewegungen werden immer stärker. «Die Freiheit der Andersdenkenden», wie Rosa Luxemburg in ihrer berühmten Randnotiz «Freiheit» definierte, ist eine Lebensanschauung, die es in Ostdeutschland schwer hat, weil sie bis 1990 nie den Hauch einer Chance hatte, von Staat und Gesellschaft akzeptiert zu werden. Freiheit dürfe nur beschränkt werden, so die Maxime liberaler Gesellschaften, um die Schädigung anderer Gesellschaftsmitglieder zu verhindern (John St. Mill). Ansonsten müsse jeder die Freiheit der anderen so verteidigen, als ginge es um die eigene (Voltaire). Hier hat Ostdeutschland noch einen weiten Weg vor sich, natürlich nicht alle dort Lebenden, aber im Vergleich mit anderen Regionen Deutschlands doch viele.

### Nationalismus

Der Nationalismus hingegen ist in der DDR gebrochen worden und durch einen Internationalismus ersetzt worden. So jedenfalls würden es viele erklären. Stimmt das aber? Der moderne Nationalismus ist eine Erfindung des 19. Jahrhunderts.<sup>18</sup> Von der nationalen Aufbruchsbewegung zur nationalen Ausgrenzungsbewegung dauerte es im 19. Jahrhundert in Deutschland nur ein paar Jahrzehnte. Als Identitätsmarker einer Nation gelten dem Nationalismus Staatsangehörigkeit, kulturelle, ethnische und religiöse Merkmale. Nationalisten konstruieren eine Gemeinschaft, sie imaginieren sie, weil sie ab einer bestimmten Größe – etwa wenn sie das eigene Dorf übersteigt – nur noch fiktiv im Kopf existiert. Eine Nation ist aufgrund der ihr zugeschriebenen Merkmale abgeschlossen und kann «von Außen» nur nach sehr engen (nationalen) Kriterien

«aufgefüllt» werden. Die moderne Nation ist oft durch Staatsgrenzen eindeutig geschützt. Nationalisten sehen im nationalstaatlichen Verband die Klammer für die Gleichen ganz unabhängig von Klasse, Geschlecht und sozialer Position.

Die SED definierte seit 1974 ihren Staat als einen Nationalstaat mit der sozialistischen deutschen Nation. Die Geschichtswissenschaft hatte bis zuletzt den Auftrag, eine «DDR-Nationalgeschichte» zu erarbeiten.<sup>19</sup> In der zweiten Hälfte der 1980er Jahre arbeiteten SED-Führung, das Innenministerium und die Staatssicherheit daran, ein «DDR-Nationalarchiv» zu gründen. In der SED-Propaganda war unentwegt von «Nationalstolz» die Rede und wer ein guter Deutscher, ein friedensliebender, ein gerechter Deutscher sei. Das sind nur Beispiele, die andeuten, dass die Betonung des Nationalen zum Standardrepertoire der SED gehörte. Dies allein auch deswegen, weil die Gesellschaft die geteilte Nation nicht als die ihre anzunehmen bereit war, sondern überwiegend weiter auf der gesamtdeutschen Nation beharrte. Das kollidierte mit der offiziellen Propaganda, wonach Nationalismus eine dem Kapitalismus wesenseigene Erscheinung sei, während sich im Sozialismus ein «gesundes» Nationalbewusstsein herausgebildet habe.<sup>20</sup> Der Witz dabei war nur, dass das sozialistische Nationalbewusstsein laut Definition dem entsprach, was sich auch unter Nationalismus zusammenfassen lässt.<sup>21</sup> Die SED stand vor dem Dilemma, ihren Staat nationalstaatlich legitimieren zu wollen und zugleich die geteilte Nation nach dem Mauerbau als eigenständig deklarieren zu müssen und dann auch noch den «proletarischen Internationalismus» als Staatsdoktrin zu verkünden. Den Spagat versuchte sie mit dem Antifaschismus als Klammer, der nicht nur die wichtigste Grundlage der SED-eigenen Legitimation abgab und meinte, die DDR sei aus der deutschen Geschichte ausgebrochen. Antifaschismus wurde für viele Menschen in der DDR zur Lebensmaxime, jedenfalls in der verkürzten Faschismusdefinition der Kommunisten, die nicht nur antiimperialistisch, sondern antiwestlich daherkam. Es war keine Lebenschlüge, wie oft behauptet wurde, sondern eine die Lebenskomplexität vereinfachende Sicht auf die Welt und ihre Gegenwart. Sie bildete eine Katharsis-Grundlage. Hitler war, wie der Historiker Bernd Faulenbach einmal formulierte,

zum Westdeutschen geworden.<sup>22</sup> Diese Weltsicht kollidierte allerdings mit jenen, die die SED-Herrschaft ablehnten und zugleich die westliche Gesellschaft als Ideal anstrebten. Nun wurde Antifaschismus auch zur buchstäblichen Keule von Neonazis und Skinheads, nämlich als Anti-Antifaschismus-Instrument. Die Ideologie hatte sich aufgrund der einseitigen, unzureichenden und instrumentellen Aufarbeitung des Nationalsozialismus gegen das eigene System gewendet. Die Keule benutzten manche Gegner und Apologeten des SED-Systems gleichermaßen.

Die Betonung nationalstaatlicher Symbole wie Fahne, Eid, Gelöbnis, Schwur, Hymne (wenn auch ohne Text seit Beginn der 1970er Jahre), Uniform, Fackel, Massenaufmärsche und vieles mehr bis hin zu dem staatlichen Anspruch, Staatsbürger zu erziehen, staatsbürgерliches Pflichtbewusstsein zu verlangen, waren jedenfalls nicht geeignet, die bisherige nationalistische Tradition in Deutschland zu brechen. Ganz im Gegenteil: Gerade weil die SED-Führung solche Anstrengungen unternahm, blieb das Verlangen eines Großteils der Gesellschaft nach der «ganzen Nation», unglaublich vital, weitaus vitaler als in der Bundesrepublik. Noch heute staunen viele, dass seit 2006, dem Jahr des «Fußball-Sommermärchens» viele Deutsche unverkrampt nationale Symbole schwenkten. Das trifft nur für einen Teil der Gesellschaft zu. Ab November 1989 waren die Straßen und Plätze Ostdeutschland voll mit nationalen Symbolen Gesamtdeutschlands. Sie wurden nicht aus opportunistischen Gründen hervorgekramt. Sie hatten sehnuchtsvoll in der ganzen Gesellschaft überwintert. Eine Aufarbeitung des deutschen Nationalismus hatte in der DDR nicht stattgefunden. Wie es üblich war, wurde der Nationalismus einfach pauschal dem Kapitalismus in die Schuhe geschoben und damit war der Fall auch schon erledigt. Ihm wurde die Verantwortung für Kriege und Zerstörung, für Unterdrückung und Ausgrenzung gegeben, pauschal und oberflächlich, aber es fand keine Auseinandersetzung mit nationalistischen Bedingungen und vor allem Eigenschaften statt. Es hätte ja jemand auf die Idee kommen können, dass es Nationalismus systemunabhängig gibt. Oder andere hätten fragen können, warum die internationalistische DDR sich so extrem nach Außen abschließt und die wenigen Ausländer in der

DDR, die doch alle Internationalisten waren, so isoliert leben mussten.

In den letzten fast dreißig Jahren revitalisierte sich der Nationalismus als eine Antwort auf die Herausforderungen durch die Globalisierung. Zuerst staunte die Welt über den Nationalismus in der zerfallenden Sowjetunion und auf dem Balkan. Sie staunte, weil sie zuvor nicht richtig hingeschaut hatte, denn dort war er nie weg gewesen. Der 1989/90 in der DDR aufgebrochene Nationalismus wurde lange Zeit unterschätzt, weil er sich mit Meinungsumfragen allein nicht erfassen lässt.

### Rassismus

Das gilt noch stärker für den Rassismus. Er ist die Erscheinung in Deutschland, die am meisten unterschätzt, am stärksten in Zweifel gezogen wird, die von der historischen Forschung am wenigsten untersucht worden ist. In jedem Raum, in dem über ihn gestritten wird, kommt es zu emotionalen Ausfällen. Kaum jemand würde von sich behaupten, ja, ich bin Rassist. Fast niemand könnte von sich sagen, er habe keinerlei rassistische Tendenzen an sich selbst, geheim, im Verborgenen bemerkt. Ich kann mich noch sehr gut erinnern, als ich etwa als Acht-, Neunjähriger, also vielleicht 1975, mit meinem Vater in einem Zug von Berlin nach Rostock fuhr. In unserem offenen Abteil saßen wir und sechs Kubaner. Mein Vater kam mit ihnen ins Gespräch, sie waren fröhlich und ich sollte, sagte mein Vater, sie berühren, anfassen, damit ich erlebe, dass ich auch anschließend noch so weiß wie zuvor sei. Ich habe das nie vergessen, alle anderen Zugpassagiere in meinem Kinderleben habe ich vergessen. Die Kubaner werden mich sogleich vergessen haben, weil solche rassistischen Übergriffe zu ihrem Alltag zählten. Ich trug jedoch zu ihren Wunden bei, in die ich hineinschlug wie viele andere. Mit rassistischen Begriffen bin ich aufgewachsen, obwohl ich unentwegt wie alle anderen in der Schule oder im Radio hörte, dass Rassismus woanders stattfinde. Das glauben auch heute noch die meisten Weißen. Wenn ich die Augen schließe und ehrlich zu mir bin, fallen mir

haufenweise rassistische Begriffe ein, es hört gar nicht auf, wenn ich mich nicht dazu zwinge. Was ich damit sagen will? Das sind jahrhundertealtes Wissen und Diskurse, für die ich nichts kann, in die ich hineingeboren wurde, mit denen ich aufwuchs. Wenn es nur mich treffen würde, wäre es nicht der Rede Wert. Tatsächlich betreffen solche Diskurse und Traditionen alle Gesellschaftsmitglieder. Ein solches Wissen muss «verlernt» werden, ein anstrengender, komplizierter, sehr bewusster und langwieriger Prozess. Viele Begriffe, die uns umgeben, die wir benutzen, haben eine lange koloniale und rassistische Geschichte, die den meisten Menschen nicht geläufig oder auch nur bewusst sind.<sup>23</sup> In der deutschen Öffentlichkeit wird zu selten in Frage gestellt, dass «Weißsein» nicht der globale Normalfall ist.<sup>24</sup> Wenn man das nicht erlernt, nicht sieht, nicht zu sehen bekommt, bleibt die imaginierte Normalität ein Faktum.

Rassismus ist eine Herrschaftsideologie. Sie ist so alt wie die Menschheit. Aristoteles entwickelte eine Theorie der Sklaverei. Sie sei «naturgegeben» und somit gerecht. Die einen seien zum Herrschen, die anderen zum Dienen vorhergesehen. Die Natur habe deswegen Körper und Geist verschieden ausgestattet. Das setzte sich über die Jahrtausende fort. Der europäische Kolonialismus ab dem 16. Jahrhundert benötigte eine Überlegenheitstheorie, um seine Grausamkeiten und Eroberungsfeldzüge zu legitimieren. Menschliche «Rassen» wurden erfunden. Die Aufklärung machte sich stark – aber nur für Weiße. Der Königsberger Kant führte den «Rasse»-Begriff in Deutschland ein. Er ging noch weiter. Kein Schwarzer habe eine «rühmliche Eigenschaft», sie hätten den Weißen zu dienen. Das gipfelte bei ihm in der Aussage: «Alle racen werden ausgerottet werden (Amerikaner und Neger können sich nicht selbst regiren. Dienen also nur als Sclaven.), nur nicht die Weissen.»<sup>25</sup> Hegel erklärte fünf Jahrzehnte später, Afrika habe keine Geschichte, dort lebten nur Geschichtlose. Die «Menschenrassen» wiesen «natürliche Unterschiede» auf, die geographisch und klimatisch bedingt seien.<sup>26</sup>

Das ließe sich endlos fortsetzen. Die Theorien von Houston S. Chamberlain, dem wichtigsten theoretischen Stichwortgeber Hitlers, standen in einer langen Tradition. Um mit ihr zu brechen, bedarf es einer breiten gesellschaftlichen Aufarbeitung. Dabei müs-

sen wir uns überhaupt bewusst werden, worauf sich der Kolonialismus gründete und dass er keine positiven Seiten hatte. Wer davon spricht, legitimiert noch im Nachhinein Völkermord, Verschleppung, Versklavung, Zerstörung. Man sollte nur helfen, ein allgemeingültiger liberaler Grundsatz, wenn man gerufen und nicht mehr weggeschickt wird. Der europäische Kolonialismus zerstörte gewachsene Strukturen, weil sie nicht seinen Vorstellungen entsprachen und damit seine Herrschaft nicht durchsetzbar war. Er vernichtete die Eliten und Führungskräfte und zog neue nach seinem Ebenbild heran. Der formelle europäische Kolonialismus ging erst vor etwa 50, 60 Jahren durch Selbstbefreiungen endgültig zu Ende. Wer heute davon spricht, Europa habe keine Verantwortung für die Gegenwart der einst kolonisierten Gesellschaften, dem sei empfohlen, die ungleich leichteren Probleme der deutschen Wiedervereinigung als Vergleichsfolie eines Transformationsprozesses heranzuziehen.

Auch Rassismus galt in der kommunistischen Ideologie als eine Erscheinung früherer Gesellschaften: «Die sozialen Wurzeln des R. sind in der gesellschaftlichen Wirklichkeit der Klassengesellschaft, in der Diskriminierung der Ausgebeuteten und dem Interesse der Herrschenden, die Unterdrückten gegeneinander auszuspielen, zu suchen. Mit der zunehmenden Aggressivität des Imperialismus nach innen und außen bildete sich der R. bis zur vollendeten Perversion aus: bis zur Lobpreisung, der Züchtung einer kampftüchtigen, kriegerischen Rasse, zur Rechtfertigung imperialistischer Kriege, kolonialer Massaker und des innenpolitischen Terrors gegen die Arbeiterklasse und fortschrittliche Kräfte anderer sozialer Schichten.»<sup>27</sup> Nationalsozialismus, Antisemitismus und Rassismus galten als Vehikel einer überwundenen Zeit, die zugleich in der Bundesrepublik fortbestand.

Die Betrachtung von Nationalsozialismus, Antisemitismus und Rassismus erfolgte nicht nur unter diesen theoretischen Maßgaben, zugleich blieb sie auf Strukturen konzentriert. Die geistesgeschichtlichen Wurzeln blieben unberücksichtigt. Die Helden und Klassiker der Arbeiterbewegung wurden ebenfalls nicht hinterfragt. Kratzer am Lack waren unerwünscht. In der «Erinnerungsabwehr», wie Adorno das nannte, trafen sich Ost- und Westdeutschland. Der

Kolonialismus wurde als Bedingung für aktuelle Probleme ausgeklammert.<sup>28</sup> Die Bekämpfung von «Ausländerfeindlichkeit», das Engagement von vielen gegen die Taten weniger, verdeckt die tiefe Verstrickung der Gesellschaft in einen jahrhundertealten rassistischen Diskurs. Das beste Beispiel dafür ist die Sprache. Sie ist der Träger von Wissen und Mentalität, bewusst und noch viel mehr unbewusst. Seit Jahr und Tag ist zu beobachten, wie sich weite Teile der Gesellschaft gegen eine nichtrassistische, nichtdiskriminierende Sprache heftig zu wehren suchen. Das nimmt oft absurde Züge an. So werden einzelne rassistische Worte in «Pippi Langstrumpf» verteidigt, obwohl der Kinderbuchklassiker in Deutschland «nur» eine Übersetzung ist und Übersetzungen unentwegt Kunstwerke neu erfinden. Hinzu kommt in diesem Fall, dass Pippi die Erste wäre, die heute eine solche Sprache nicht mehr spräche. Bücher, Kinderbücher zumal, prägen, verbreiten Wissen. Die Bibel gibt es in Jugendsprache, kaum jemand hat Märchen im (deutschen) Original vorgelesen bekommen, Dostojewski oder Shakespeare werden immer wieder neu übersetzt. Aber an Pippi entbrennt ein Kulturmampf? Viktor Klemperer sprach in seiner «LTI» davon, dass Sprache wie winzige Arsendöschen töten könne: «sie werden unbemerkt verschluckt, sie scheinen keine Wirkung zu tun, und nach einiger Zeit ist die Giftwirkung doch da». Der Hass auf diskriminierungsfreie Sprache ist eine Arsenbombe. Jürgen Osterhammel wies darauf hin, wie notwendig eine «Dekolonisation der Kolonisierer» sei,<sup>30</sup> um ein entkolonialisiertes Bewusstsein zu ermöglichen.

Alexander Gauland steht dafür, den «Schuldkomplex» der Deutschen überwinden zu wollen. Er bezieht sich dabei auf die Aufarbeitung des Nationalsozialismus. Björn Höcke findet dafür meist noch drastischere Formulierungen. Er bezieht auch den Kolonialismus ein. Die postkommunistischen Gesellschaften hätten keinen «kolonialistischen Schuldkomplex», anders als die Westeuropäer.<sup>31</sup> Ostdeutsche haben überwiegend kein Bewusstsein für den Kolonialismus, das stimmt. Viele Westdeutsche auch nicht. Und die meisten Europäerinnen und Europäer ebenfalls nicht.

Völkische Bewegungen stießen in Ostdeutschland auf eine im Ganzen unverarbeitete Geschichte, die es ihnen erlaubte, viel stärker

als im Westen in der Mitte der Gesellschaft zu siedeln. Im Westen war diese Kolonialgeschichte auch unverarbeitet geblieben, aber hier war sie tabuisiert worden. Die bürgerliche Mitte, und nicht nur diese, wusste, «was sich gehört». Die Enttabuisierung öffentlicher Debatten in Ostdeutschland ab Herbst 1989 war einerseits eine große Errungenschaft. Andererseits fehlten nun soziale und politische Autoritäten, die als Korrektive Grenzen der Meinungsfreiheit hätten aufzeigen können – nämlich dann, wenn Sprache in Gewalt(sprache) umschlägt. «Man wird ja wohl noch sagen dürfen» ist nichts weiter als das bewusste Aussprechen einer Diskriminierung. Da ging der Osten dem Westen einige Schritte voraus: Enttäuschungen, soziale Verwerfungen und Demütigungen, historische Prägungen und eine unaufgearbeitete Vergangenheit. Die DDR-Vergangenheit und die Vereinigungsgeschichte spielen dabei eine wichtige Rolle, viel ältere Traditionen des Rassismus, Illiberalismus und Nationalismus aber nicht minder.

Die historischen Erblasten wirkten in Ostdeutschland weitaus schwerwiegender und nachhaltiger fort, als noch Anfang der 1990er Jahre prognostiziert wurde. Überraschend dabei ist immer wieder die Beobachtung, dass in vielen gesellschaftlichen Erscheinungen der Osten gerade nicht dem Westen nacheiferte, sondern letztlich eine Entwicklung einschlug, der der Westen mit größerer zeitlicher Verzögerung folgte. Die Gründe dafür zu suchen, ist nicht einfach, aber gewiss sind ökonomische und soziale Ursachen dafür neben den historisch fehlenden Traditionen zu berücksichtigen. Letztlich wirkten sich Modernisierung, neolibrale Tendenzen und Folgen der Globalisierung in Ostdeutschland schneller und umfangreicher aus als in westlichen Regionen, die sich anders als Ostdeutschland nicht nur auf einem gewachsenen Boden, sondern auch in einem sozial abgesicherten, kulturell weniger verunsicherten Umfeld entwickeln konnten.

## Politisch ein anderes Land? Der unverstandene Osten

Wenn Demoskopen seit 1990 in den ostdeutschen Bundesländern danach fragten, ob die Demokratie ein wichtiger Wert sei, dann lag die Zustimmung zwar immer signifikant unter der im früheren Bundesgebiet. Aber gleichwohl bejahten durchgängig mehr als zwei Drittel der Ostdeutschen die Frage. Besonders hoch jedoch fiel die Zustimmung 1990 aus: 88 Prozent der Ostdeutschen sahen die Demokratie als sehr wichtig an. Dieser Wert fiel sehr rasch nach den ersten Transformationsschocks und lag 1995 nur noch bei 66 Prozent. Um die Jahrtausendwende war er wieder auf über 80 Prozent Zustimmung angewachsen, fiel dann aber bald wieder ab auf 62 Prozent und hat sich dann bei etwa 70 Prozent stabilisiert.<sup>1</sup> Zwei andere Werte sind interessanter: Mit dem Zustand der Demokratie war bis auf die Zeit um die Jahrtausendwende fast immer etwa die Hälfte der Gesellschaft unzufrieden. Und während noch 1990 60 Prozent hohe Erwartungen an die Demokratie richteten, fiel dieser Wert in den nachfolgenden Jahren dramatisch ab. Etwa die Hälfte erwartet keine Veränderungen und seit Mitte der 1990er Jahre rund ein Drittel Verschlechterungen. Und dabei haben sich stets mindestens zwei Drittel der Gesellschaft als politisch interessiert bezeichnet. Was für eine Demokratie, was für eine Politik, so drängt sich die Frage auf, meinen sie eigentlich?

## Medien in Ostdeutschland

Die große Demonstration am 4. November 1989 auf dem Ost-Berliner Alexanderplatz war organisiert worden, um der in Artikel 27 und 28 der DDR-Verfassung garantierten Meinungs-, Presse- und Versammlungsfreiheit Geltung zu verschaffen. Die Medien in der DDR waren politisch gleichgeschaltet; wer daran zweifelte, gehörte zu einer Minderheit blindwütiger Systemfanatiker, die selbst von ihren Genossen und Genossinnen nicht ganz ernst genommen worden sind. Der Beruf des Journalisten hatte keinen besonders günstigen Ruf, begehrte waren die raren Ausbildungsplätze im «Roten Kloster» zu Leipzig oder Arbeitsplätze in den Medien dennoch. Die Revolution von 1989 richtete sich gegen die SED-Herrschaft und damit auch gegen eines ihrer wichtigsten Mittel, die Medien. Erstaunt beobachtete die Gesellschaft, wie aus soeben noch langweiligen Verkündungsorganen bunte, interessante Zeitungen wurden. Sie hielten noch lange der SED/PDS die Treue, nicht mehr so offenkundig, aber selbst die Blockparteienblätter blieben noch lange Zeit sehr gemäßigt gegenüber der Vergangenheit – es war ihre eigene.

Die Opposition kam nicht vor. In manchen Regionalblättern erhielten sie zwar eigene Rubriken, die sie ausfüllen konnten, aber ein Ersatz für eine freie, pluralistische Presse war das nicht. Die Bürgerbewegungen gründeten eigene Wochenblätter, deren Reichweite mi lieubegrenzt blieb. Als echter Ersatz kamen nur westdeutsche Medien in Frage, weil nur sie in Form von Radio- und Fernsehsendern im gesamten Osten ankamen. In ihnen aber gibt es bis heute kaum Ostdeutsche. Ihre Perspektiven und Erfahrungen kommen dort deswegen kaum vor.<sup>2</sup>

Sehr schnell bildete sich etwas heraus, was im Prinzip bis heute so geblieben ist. Die ehemaligen SED-Bezirkstageszeitungen sind an westdeutsche Verlage verkauft worden – wieder sehen wir das Phänomen wie bei den Banken, der CDU und FDP, den Versicherungen, dem Energiemarkt, den Tankstellen: Gewachsene Strukturen wurden billig gesichert. Noch heute dominieren diese früheren fünfzehn Tageszeitungen den regionalen ostdeutschen Zeitungsmarkt und zwar genau in der früheren DDR-Bezirksstruktur. In der Regel wurde die

Chefredaktion ausgetauscht (meist wurde sie aber nicht entlassen) und alles andere blieb personell beim Alten (mit den naheliegenden Folgen). Aus dem Westen kamen die neuen Herausgeber und Chefredakteure. Oft war zu beobachten, dass sie davor zurückschreckten, die Vergangenheit ihrer Blätter eingehend zu betrachten. Schwamm drüber, nach vorn geschaut und weitergemacht, lautete das Motto. Das bescherte fast allen ostdeutschen Tageszeitungen, Rundfunksendern und TV-Stationen im Laufe der ersten zwanzig Jahre veritable, von anderen Medien genüsslich ausgeweidete Skandale. Alle mussten sich in dieser Zeit mit dem Vorwurf auseinandersetzen, verlängerte Sprachrohre der SED/PDS zu sein. Inhaltlich wurden diese Vorwürfe ebenso begründet wie mit dem Personal. Kam eine ostdeutsche Person in höchste Ränge, so erwies sie sich oft als politisch belastet. So entstand ein Amalgam aus altem und neuem Personal, das eine Aufgabe zu lösen hatte, die unlösbar schien: Als Marktführer ausgewogen zu berichten und zu kommentieren. Zwar traten Fernseh- und Radiostationen als politische Korrektive hinzu, für die regionale Berichterstattung aber hatten zunächst die Tageszeitungen die wichtigste Rolle zu spielen. Das änderte sich zwar im Laufe der Jahre, als die Heimatsender mdr, orb/rbb und ndr/mv immer stärker an Boden gewannen, auch wegen der verbesserten Empfangstechnik, aber die ersten zwanzig Jahre kann die Rolle dieser Tageszeitungen kaum zu gering veranschlagt werden, gerade was ihre Verbreitung anbelangt, die nicht mit ihrer Auflagenhöhe identisch ist.<sup>3</sup>

Diesen Zeitungen standen nur zwei Medien zur Seite oder gegenüber, die ihnen von der Massenwirkung her Paroli boten: Regionalausgaben der Bild-Zeitung und ähnlicher Blätter sowie die «Super Illu». Sie und die meisten früheren SED-Tageszeitungen gerieten sich als ostdeutsche Milieu- und Interessensblätter. Dabei litten sie in den 1990er Jahren oft unter dem Problem, dass der Mantelteil aus dem Westen «importiert» wurde und somit nicht nur am Osten vorbei-, sondern oft sogar gegen ihn anschrieb. Das hat einer Aversion gegen Medien Vorschub geleistet. Vor allem der Regionalteil befriedigte die Bedürfnisse der Leserschaft. Das beförderte regionale Bindungen, stärkte aber nicht gerade das Verständnis für die Vorgänge in der Welt, sondern unterstützte eine Inselmentalität. Internet und

soziale Medien haben diese Prozesse kurioserweise eher gestärkt denn überwunden, zumindest bei den noch in der DDR zur Schule gegangenen Menschen.

Die meisten Ostdeutschen haben die Medienlandschaft als einförmig wahrgenommen. Die erfolgreichste Neugründung nach 1990, das Wochenblatt «Super Illu», eine auf ostdeutsche Bedürfnisse ausgerichtete Klatsch-Illustrierte mit gehobenem Anspruch, konnte allein dieses Manko nicht ausgleichen. Der größte Unterschied zum Westen ist bis heute geblieben: Die großen überregionalen Tageszeitungen und Wochenschriften kommen im Osten nicht an. In den 1990er Jahren wurden sie praktisch gar nicht gelesen, noch heute erreichen sie bestenfalls ein Drittel so viele Menschen wie im Westen.

Am Beginn der Medienberichterstattung stand eine intensive Wahrnehmung ostdeutscher Vorgänge, die mit großer Sympathie begleitet wurden. Diese kurze Phase ist abgelöst worden von einem «hegemonialen Diskurs», der zwanzig Jahre dominierte. Ostdeutschland und seine Einwohnerinnen und Einwohner sind als das «Andere», das «Besondere», das «Exotische» konstruiert worden, ihre Schwäche und Hilfsbedürftigkeit sowie die Belastung für den Westen standen im Mittelpunkt.<sup>4</sup> «Super-Illu» steuerte dagegen – indem sie den Westen als «das Andere» zeichnete und den Osten als «Normalität», aus Trotz gewissermaßen und dadurch die eigene Außenposition, die unterlegene gesellschaftliche Stellung noch zementierend. Damit mag sie ihrer Leserschaft entgegenkommen sein, nützlich im Sinne eines gegenseitigen Aufeinanderzugehens war es nicht gerade. So haben viele am Bild des subalternen Ostdeutschen gemalt, nicht bewusst, aber effektiv und wirkungsvoll. Für Westdeutsche blieb der Ostdeutsche der «Andere», Ostdeutsche wiederum haben ihre Rolle als die «Anderen» reproduziert. Das «Wir»-Gerede in weiten Teilen der Gesellschaft war lange Zeit Ausdruck dieser Haltung. Dass diese Rolle nicht befriedigte, liegt auf der Hand.

Marianne Birthler, eine der profiliertesten Politikerinnen aus dem Osten, schrieb in ihren Erinnerungen, wie die Medien auf ostdeutsche Politiker reagierten: «Obwohl Ludger Volmer und ich gleichbe-

rechte Bündnis 90/Die Grünen – ISK) waren, gab es von Anfang an eine klare Rollenzuschreibung durch die Öffentlichkeit und die Medien. Er wurde als Bundessprecher angesehen, ich als eine Art Ost-Beauftragte. Das führte gelegentlich zu kuriosen Situationen. Am Abend der Bürgerschaftswahlen in Hamburg zum Beispiel, zu der ich als Vertreterin des Bundesvorstands gereist war, wurde ich freundlich, aber erstaunt von einer Journalistin gefragt, was ich denn eigentlich mit Hamburg zu tun hätte. Während es für Journalisten als selbstverständlich galt, dass sich der Bundessprecher zu bundespolitischen Themen einschließlich bestimmter Entwicklungen in, sagen wir, Leipzig oder Mecklenburg-Vorpommern äußerte, waren die Fragen an mich anderer Art. Von mir wurden vor allem politische Statements zu Ost-Themen erwartet, und das hieß damals Arbeitslosigkeit oder rechte Gewalt, PDS-Wahlergebnisse oder Stasi-Enthüllungen. Wenn ich mich daran nicht hielt und über Baden-Württemberg oder Bremen sprach, schauten mich die Journalisten an, als würde ich in einer fremden Wohnung die Schränke verschieben: Was versteht die denn davon? Wie ich allmählich herausfand, hatten damals alle Bundespolitiker aus Ostdeutschland auf der Bonner politischen Bühne mehr oder weniger dasselbe Problem.»<sup>5</sup> Damit beschreibt sie auch, was sich in den eigentlichen politischen Arenen der Republik, in den TV-Talkshows, abspielte. Hier kam noch hinzu, dass vor allem PDS-/Linkspartei-Vertreterinnen und -Vertreter sich als des Ostens Stimme gerieren konnten. So wie später Pegida durch die Medien erst zu dem gemacht wurde, was sie nicht war, so erfuhr auch die PDS eine Daueraufwertung durch die von den Medien ihr zugeschriebene Rolle.

Die Medien sind in Ostdeutschland frühzeitig einem Trend ausgesetzt worden, den es weltweit zu beobachten gibt. Sie unterlagen einer De-Regionalisierung der Berichterstattung. Gerade die regionalen Medien haben, je stärker die Globalisierung griff, um so stärker auf regionale Themen gesetzt.

## Wählen im Osten

Die Wahlbeteiligung im Osten liegt seit den ersten gesamtdeutschen Wahlen am 2. Dezember 1990 beständig unter dem Bundesdurchschnitt. Sie schwankte zwischen den Polen 82,2 Prozent (1998) und 70,8 Prozent (2009). Bei den letzten Wahlen (2017) hat sich die Beteiligung wieder leicht erhöht. Die Wahlbeteiligung bei Landtagswahlen schwankte zwischen etwa der Hälfte und zwei Dritteln der Wahlberechtigten. In der bundesdeutschen Demokratie sagt die Wahlbeteiligung relativ wenig aus, eine Nichtbeteiligung kann Zustimmung, Gleichgültigkeit oder Ablehnung bedeuten. Der konkrete Wahlausgang ist schon interessanter.

Wenn die Bundestagswahlergebnisse nach Ost und West aufgeteilt werden, ist zunächst zu erkennen, dass es bei den Altbundesparteien zwar erhebliche Unterschiede gibt, die Trends aber doch sehr ähnlich ausfallen.

Die Übersicht zeigt, dass die Wahlunterschiede zwar deutlich, die maßgeblichen Trends bezogen auf die CDU/CSU und SPD jedoch in Ost und West nicht verschieden ausfallen. Das trifft nicht einmal für die beiden Parteien zu, die im bundesdeutschen Parteienspektrum vor allem für Globalisierung, Kosmopolitismus und Modernisierung sowie für individuelle Freiheitsrechte stehen, für die FDP und Bündnis 90/Die Grünen. Schwächelte eine der Parteien im Westen, so auch im Osten, gewann eine der Parteien im Osten, so auch im Westen. Nur die Anteile unterschieden sich, zum Teil kräftig. Dies hing mit der aus der SED hervorgegangenen PDS zusammen, die sich seit 2007 «Linkspartei» nennt, nach dem ein Großteil der WASG der PDS beigetreten war. Formaljuristisch existiert die SED noch immer, sie agiert nur unter anderem Namen, weil sie nur so vereinsrechtlich Eigentum und Arbeitsverträge bewahren konnte. Freilich, auch wenn die SED juristisch fortexistiert, es wäre töricht zu behaupten, die Linke habe mit der früheren SED noch viel gemein. Gerade ihre Wahlergebnisse belegen, dass in den 1990er Jahren die CDU und die SPD im Osten noch großes Vertrauen besaßen. Bis einschließlich der Wahl von 2005 bekamen die beiden Parteien zusammen im Osten jeweils etwa zwei Drittel der Stimmen. Die PDS er-

Partei	1990		1994		1998		2002		2005		2009		2013		2017	
	Ost	West														
CDU/CSU	42,6	44,2	38,5	42,2	27,6	37,2	30,8	43,7	25,6	37,7	29,5	34,9	38,5	42,2	27,6	34,1
SPD	25,0	35,9	31,8	37,6	35,6	42,4	39,3	42,6	30,8	35,2	18,3	24,2	17,9	27,4	13,9	21,9
FDP	12,5	10,6	4,0	7,7	3,6	7,0	6,0	5,7	8,3	10,2	11,0	15,4	2,7	5,2	7,5	11,4
BÜ 90/ Grüne	0,8	4,7	5,3	7,8	5,2	7,1	4,7	5,9	6,3	8,6	8,3	11,3	5,1	9,2	5,0	9,8
PDS/Linke	9,9	0,3	17,6	0,9	19,5	1,1	17,3	1,0	23,3	4,8	26,4	8,3	22,7	5,6	17,8	7,4
AfD													5,9	4,5	21,9	10,7

rang zwar auch schon in den 1990er Jahren etwa jede fünfte Stimme – bei dieser Statistik ist zu bedenken, dass Berlin miteinbezogen und das Wahlverhalten zwischen Ost- und West-Berlin seit 1990 trotz der vielen Zuzüge nach Ost-Berlin immer sehr unterschiedlich ausfiel und vom Trend die Ost-Berliner Bezirke so wie Brandenburg und nicht wie die West-Berliner Stadtbezirke abstimmten –, aber erst bei den Wahlen ab 2005 etwa jede vierte Stimme. 2017 errang dann die AfD mehr als jede fünfte Stimme im Osten, alle Parteien gaben an sie ab. Im Westen erreichte die AfD «nur» etwa jeden zehnten Wähler.

PDS/Linke und AfD stehen in Ostdeutschland für Anti-Establishment, Anti-Westen, Anti-Amerikanismus, Pro-Russland (vor allem als Form des Anti-Amerikanismus), für harsche Kritik am «System» und ihren Repräsentanten, an «den» Medien und gelten als Vertreter der «kleinen Leute», als Befürworter plebisizitärer Demokratie. Entscheidend kommt hinzu, dass beide politische Gruppierungen sich als das inszenieren, als was sich ihre Wählerinnen und Wähler, gerade im Osten, selbst sehen: als Opfer obwaltender, von ihnen nicht zu verantwortender Umstände. Und schließlich sind sie nicht nur «Opfer», beide Parteien haben im Osten auch sehr bewusst konstruiert, wer die «Täter» seien. Für die PDS/Linke der Westen, der Kapitalismus, die Globalisierung – und die bundesdeutsche Elite; für die AfD der Westen, die Globalisierung, die «Systemelite» – und eingewanderte Nichtdeutsche. Nicht so sehr ihre Programme, was sie versprachen, wirkte anziehend auf ostdeutsche Wählerinnen und Wähler, sondern ihre «Analyse», wer an der diagnostizierten Misere eigentlich Schuld sei. In beiden Fällen steht die eigene soziale Lage in einem deutlichen Missverhältnis zur wahrgenommenen gesellschaftlichen Situation. Mit anderen Worten, PDS/Linkspartei und jetzt die AfD erhielten um so größeren Zuspruch, um so besser es der Gesellschaft im Osten sozial zu gehen schien.

Dieser Trend lässt sich auch anhand der Landtagswahlergebnisse festmachen. In Brandenburg errang die SPD 1994 noch mehr als 50 Prozent der Stimmen, die PDS/Linke aber 2004 und 2009 rund 28 Prozent. Auch in Thüringen, Sachsen und Sachsen-Anhalt erlebte die PDS/Linke ab der Jahrtausendwende ihre stärkste Zeit, als sie

mehr als jede fünfte, zum Teil jede vierte Stimme erhielt. In Mecklenburg-Vorpommern tickten die Uhren etwas anders. Dort hatte die PDS ihre stärkste Zeit in den 1990er Jahren, stark blieb sie aber auch danach.

Erst bei den letzten Landtags- und Bundestagswahlen ließ die Linke erheblich Federn. Zugleich erstarkte nun die AfD. Schon zuvor saßen Rechtsextreme in ostdeutschen Landtagen: in Brandenburg 1999 und 2004 die DVU (5,3 und 6,1 Prozent), in Mecklenburg-Vorpommern die NPD 2006 und 2011 (7,3 und 6,0 Prozent), in Sachsen die NPD 2004 und 2009 (9,2 und 5,6 Prozent) und in Sachsen-Anhalt die DVU mit 12,9 Prozent (1998). Nur in Thüringen war das keiner rechtsextremen Partei gelungen. Dort stürzte zwar die SPD wie in allen ostdeutschen Landtagen außer in Mecklenburg-Vorpommern kräftig ab und gleichzeitig büßte die CDU überall erheblich ein, aber entgegen einem Trend blieb die Linke stark und baute sogar noch ihre Stimmenanteile aus, so dass die AfD hier 2014 «nur» jede zehnte Stimme gewann. Bei den letzten Bundestagswahlen jedoch konnte die AfD im Osten mehr als jede vierte Stimme auf ihrem Konto verbuchen. Dieser Trend hält an, das AfD-Wählerpotential im Osten wird von Pessimisten im Frühjahr 2019 auf 50 Prozent geschätzt, die realen Wahlchancen auf 25 bis 30 Prozent.

Seit einigen Jahren zeigt sich auch im Westen verstärkt der «Wechselwähler» als wichtige, schwer zu kalkulierende Größe, ein Phänomen, das im Osten bereits 1990 bei der zweiten und allen nachfolgenden Wahlen zu beobachten war. Der Auflösung traditioneller Parteimilieus im Westen stehen im Osten aus historischen Gründen jenseits der Kommunisten und Postkommunisten gar nicht erst vorhandene Parteimilieus gegenüber. Der Osten war hier dem Westen einmal mehr voraus. Die Wahl- und Parteienforschung hat überdies festgestellt, dass die Wertorientierung der Ostdeutschen in den 1990er Jahren deutlich homogener als im Westen ausfiel, ganz unabhängig davon, was sie wählten.<sup>6</sup>

Was sagen uns diese Wahlzahlen? Ganz ehrlich – nicht sonderlich viel. Sie veranschaulichen, dass die einstigen Volksparteien ihren Nimbus mehr und mehr eingebüßt haben. Das ist ein weltweiter Trend, der sich seit den 1990er Jahren in der gesamten westlichen

Welt beobachten lässt. Im Osten kommt als Spezifikum hinzu, dass sich zwar die Gesellschaft etwa genauso intensiv für Politik interessiert wie im Westen, aber anders als dort Politik nicht automatisch mit Parteien oder einer bestimmten Parteidräferenz verknüpft wird. Unzweifelhaft ist dies eine historische Erblast, die eher einer allgemeinen Entwicklung im Westen voranläuft statt nachzuholen. Auch der Aufstieg populistischer Parteien ist kein spezifisch ostdeutsches Phänomen. Ganz im Gegenteil. Zugespitzt könnte man sagen, in Ostdeutschland hat sich schon immer etwas früher als anderswo dieser Trend abgezeichnet. Es handelt sich um ein Phänomen, das die politische Landschaft in den westlichen Demokratien insgesamt mehr und mehr herausfordert.

Die Gründe dafür zu finden, ist weitaus komplizierter als die bloße Tatsachenfeststellung. Ähnliche Trends und gleiche Ergebnisse auf dem Globus müssen noch lange keine gleichen Ursachen aufweisen. Unbestritten freilich dürfte sein, dass das Modell der repräsentativen Demokratie weltweit ins Schlingern gekommen ist. «Der demokratische Rückschritt beginnt heute an der Wahlurne.»<sup>7</sup>

### Der neue Staat

In Ostdeutschland gab es 1990 ein großes Aufatmen: Nun würde alles besser werden, im Großen wie im Kleinen. Ersteres funktionierte, Letzteres in der Wahrnehmung für viele Menschen nicht. Die repräsentative Demokratie stieß allen Umfragen zufolge im Osten stets auf größte Skepsis. Die Erfahrungen vom Herbst 1989 und Winter 1990 hatten der einst so lethargischen, apolitischen, verwirrten und unterdrückten, nicht gerade zu eigener Initiative ermunterten Gesellschaft im Osten auf geradezu brachiale Art vorgeführt: «Wenn wir was wollen, schaffen wir es auch.» Das kollektivistische «Wir» setzte sich fort. Die Kommunisten hatten das Verantwortung übernehmende «Ich» aus der Öffentlichkeit getilgt – bei vielen Menschen erfolgreich und nachhaltig. Sogar 1989/90 siegte scheinbar ein Kollektiv. Noch heute erzählen viele Zeitgenossen in der «Wir»-Form, als wären alle in einem Schmelzriegel zu einer gro-

ßen tumben Masse verschmolzen. Das ist zu betonen, denn dieses «Wir» anonymisiert nicht nur historische Prozesse bis zur Unkenntlichkeit – es waren zum Beispiel viel weniger 1989/90 aktiv dabei, als dieses «Wir» suggeriert –, es ermöglicht auch immer genau jene gesellschaftliche Rolle anzunehmen, die gerade gefragt ist: als Akteur der Revolution, als Opfer der Kommunisten, als Opfer der Wiedervereinigung, als Opfer des Westens, als Erinnerungsarbeiter, immer kann sich jedes «Wir» als allgemeingültig aufspielen. Die Wir-Zugehörigkeit erfordert keine gesonderte Begründung, erst die explizite Betonung des eigenen «Ich» verlangt danach.

1989/90 war für viele Menschen das gesellschaftspolitische Erweckungserlebnis. Nun schien alles möglich. Auf Bürgerversammlungen traten Funktionäre zurück, auf Meetings wurden lachend Staat und Parteien veräppelt, Repräsentanten des Staates wie Polizisten oder Lehrerinnen traten plötzlich kleinlaut auf, Betriebsdirektoren wurden abgewählt, an Runden Tischen wurde getagt, gefordert, gestritten, ständig gab es Rücktritte, die «Macht des Volkes» schien grenzenlos. In dieser kurzen Phase der Euphorie kam das Wort von der «wunderbaren Anarchie» auf. Ja, solche Züge hatte es durchaus. So viele Entscheidungen – und nie fragte jemand, wer diese eigentlich mit welcher Legitimation traf. Genaugenommen waren die Vertreter des Staats demokratietheoretisch gesehen genauso wenig legitimiert wie ihre Herausforderer. Nun sollte man beim Sturz einer Diktatur auch keine Legitimationsfragen erörtern. Langfristige Folgen kann ein solches Gemeinschaftserlebnis, etwas auf «kurzem Wege» zu bewirken, dennoch haben. Nämlich die Illusion zu nähren, Revolutionszeiten ähnelten normalen Zeiten in der Demokratie. Das tun sie nun einmal ganz und gar nicht. Das System der repräsentativen Demokratie beruht auf Grundsätzen, die weder einfach zu durchschauen noch von einem Tag auf den anderen zu erlernen sind: Wenn man wählt oder demonstriert, heißt das noch lange nicht, dass dadurch der eigene Wille durchgesetzt wird. Koalitionen und Interessengruppen zu schmieden, die nach Mehrheiten suchen, ist ziemlich anstrengend, aber typisch für eine funktionierende Demokratie – und ziemlich entgegengesetzt der Erfahrung vom Herbst 1989. Dass Rechtsprechung noch lange nicht heißt, einer subjektiv

empfundenen Gerechtigkeit zum Durchbruch zu helfen, ist eine Wahrheit, die nicht im Grundgesetz steht. Das überpersonale Agieren der Verwaltung und Bürokratie – das Rückgrat der Demokratie – stand dabei in besonderem Fokus. Denn binnen Kurzem musste ein großer Teil der ostdeutschen Gesellschaft die Verwaltung von Bund, Ländern und Kommunen in Anspruch nehmen oder die Justiz wegen Arbeitsrechts- oder Eigentumsverfahren bemühen. Davon waren Millionen Menschen betroffen, die auf diese Weise den bundesdeutschen Staat, die Demokratie nicht mehr abstrakt als Verheißung, sondern als konkreten Widerpart, als feindliches Gegenüber wahrnahmen. Das Arbeitsamt, das Sozialamt, das Arbeitsgericht, das Sozialgericht verkörperten nun einen Staat, den man so nicht gewollt und den man sich so nicht vorgestellt hatte. Diese Erfahrungen prägten nachhaltig die Vorstellungs- und Erfahrungswelt, die politische Kultur. Es reichte, wenn aus der Familie nur einer diese Erfahrung sammeln musste, die Familienbeziehungen multiplizierten jede einzelne Erfahrung vielfach und machten sie letztlich zur Gesellschaftserzählung ganzer Regionen.

Diese Erfahrung, die in Meinungsumfragen kaum erfasst wird, stieß auf eine in der ostdeutschen Gesellschaft nie gebrochene, sondern durch die NS-Diktatur und die SED-Herrschaft noch vielfach bewusst geförderte etatistische Grundhaltung: Der Staat sei politisch dafür verantwortlich, soziale und ökonomische, selbst kulturelle Fragen zu klären, der Staat sei verantwortlich für das Wohl und Wehe der Gesellschaft und damit letztlich auch für das einzelne Individuum. Diese Staatsorientierung korrespondierte mit einer jahrhundertealten Sozialisation, die im preußischen Vormundschaftsstaat ebenso wurzelte wie im aufgeklärten Absolutismus in der Prägung Friedrichs II. – der Obrigkeitstaat fand in der Herrschaft der Nationalsozialisten und dann der Kommunisten seine Entsprechung. So sehr auch die Ostdeutschen 1989/90 staatskonservativ auftraten, ihre prinzipielle, über viele Generationen hinweg erworbene Orientierung auf den Staat als bestimmenden Faktor für Wirtschaft, Kultur und Gesellschaft ließ sich nicht über Nacht abstreifen. Ganz im Gegenteil! Gerade als der soziale Vereinigungsschock immer stärker in eine handfeste Vereinigungskrise mündete, verfestigte sich

nicht nur die Opfermentalität, eine Erzählung, die nun nahtlos an das 1990 erfundene Opfersein in der Zeit vor 1989 anknüpfte. Zugleich wurden zwei Verantwortliche ausgemacht. Der Staat, der angeblich versagte, und die «Wessis» – im Prinzip also dasselbe, weil der «Wessi» für Millionen nichts anderes war als der Repräsentant des Staates. Der Staat sorgte nicht für Arbeit, für gerechte Einkommen und er nahm «den» Ostdeutschen ihr Eigentum. Im Staat verantwortlich waren «Wessis», auch im Osten saßen an den Schalt-hebeln der staatlichen Verwaltung Westdeutsche. In weiten Teilen Ostdeutschlands ist die Vereinigungskrise als Staatsversagen wahrgenommen worden, wobei unverständlich blieb, warum der Staat nicht agierte, wie es viele erwarteten. Der demokratische Verfassungsstaat und seine Organe und Vertreter gelten als schwach, als «Weicheier». Der Ruf nach einem starken Staat, nicht so wie man ihn bis 1989 kannte, aber doch so wie er «fürsorglich» hegte und pflegte – eine direkte Bestrafung durch den SED-Staat, so bilden sich noch heute viele ein, haben nur die wenigsten, und dann wohl nicht einmal zu Unrecht, erfahren –, einen solchen Staat, einen strengen, autoritären, der sich um das Wohl seiner Staatsbürger kümmert und sie nicht ihrer eigenen Verantwortung überlässt, ein solches Staatsmodell hatte in Ostdeutschland seit Mitte der 1990er Jahre allen Umfragen zufolge immer eine Mehrheit auf seiner Seite.

Auch in dieser Frage haben sich Ost- und Westdeutschland in den letzten Jahren angenähert. Allerdings zuungunsten freiheitlicher Gesellschaftsauffassungen, auch wenn die Anzahl der Befürworter etatistischer Ideen im Westen immer noch deutlich geringer ausfällt als im Osten. Dennoch: Auch dort wächst die Schar jener, die dem Staat gern mehr Verantwortung für die Gesellschaft zusprechen wollen. Es ist dabei unklar, wer oder was genau diesen Wandel der politischen Kultur bewirkte. Sind es eher junge Leute? Eher Ältere? Sind es Ostdeutsche im Westen? Oder Spätaussiedler und Zugewanderte? Sind es allein die Ängste vor den Folgen der Globalisierung? Genau weiß das niemand, wahrscheinlich ist eine Mixtur aus allen Gesellschaftsgruppen und Befürchtungen.

## Parteien im Osten

Nach der Revolution räumten im Osten zunächst die bekannten Parteien aus dem Westen ab. Kohl gewann die DDR-Volkskammerwahlen. Die altehrwürdige Sozialdemokratie blieb chancenlos. Dass es ohne die aktive Mitwirkung von Arbeitern und Arbeiterinnen zur Gründung der «Sozialdemokratischen Partei in der DDR» (SPD) gekommen war, mochte der konkreten Gründungssituation geschuldet gewesen sein; ab 1990 aber stellte es sich als ein ernstes strukturelles Problem dar, das der SPD im Osten bis heute zu schaffen macht. Zudem war die Idee des demokratischen Sozialismus im Osten seit der Niederschlagung des «Prager Frühlings» 1968 endgültig tot. Nach 1989 erschien «Sozialismus» wie aus dem Gassenjargon entsprungen, ein Schimpfwort, mit dem sich politische Gegner leicht erledigen ließen. Parteidirektoren wie Oskar Lafontaine oder Gerhard Schröder, ganz anders als Willy Brandt oder Hans-Jochen Vogel, verschreckten im Osten viele potentielle Wählerinnen und Wähler. Nicht nur, dass sie wie Günter Grass oder Jürgen Habermas der deutschen Einheit sehr skeptisch bis ablehnend gegenüberstanden, sie haben auch noch ständig wirtschaftliche und soziale Schreckenszenarios an die Wand gemalt, die niemand hören wollte. Dass sich so manche ihrer Prognosen als unzutreffend herausstellte, weil sie nicht über-, sondern untertrieben hatten, interessierte später niemanden mehr.

Die SPD regiert seit 1990 in ihrem Stammland Brandenburg und seit 1998 in Mecklenburg-Vorpommern. In Sachsen blieb sie immer chancenlos, in Thüringen seit 1999 auch, selbst wenn sie in beiden Freistaaten auch zwischenzeitlich als Juniorpartner in der Regierung saß. Sachsen-Anhalt, das Land der Frühaufsteher, wie es sich in einer etwas verunglückten Werbekampagne selbst titulierte, zeigte bereits 1994, wohin die politische Reise künftig gehen würde. Ministerpräsident Höppner und der Alt-Oppositionelle Hans-Joachim Tschiche von Bündnis 90/Die Grünen entwarfen das «Magdeburger Modell» – ihre Minderheitsregierung ließen sie sich von der PDS im Landtag tolerieren. Dieses Modell stieß auf harsche öffentliche Kritik – vor allem im Westen und in der Szene früherer DDR-Opposi-

tioneller. Doch auch diese war gespalten, wie allein die Position von Tschiche zeigte. Pfarrer Hintze, CDU-Generalsekretär, verordnete daraufhin seiner Partei eine Rückkehr in die politisch eindeutigeren 1950er Jahre: Mit einer «Roten-Socken»-Kampagne malte er die Rückkehr der alten Kommunisten als Horrorbild an die Wand. Das funktionierte. Simple Schwarz-Weiß-Dichotomien ziehen fast immer. In den 1990er Jahren wurde mit Geschichte, die noch qualmte, Politik gemacht.

Die Rückkehr der SED-Kommunisten war kein bloßes Schreckgespenst – allerorten war im Osten von Seilschaften, Beziehungsgeflchten früherer SED-Kader gewürzt mit Moskauer Strippenziehern die Rede, die vor allem die Wirtschaft und die öffentliche Verwaltung dominieren und «Abweichlern» das Leben erschweren würden. In ihren Stammgebieten nützte diese Kampagne der CDU. Außerhalb davon konnte man schon verzweifelt fragen, ob der Westen denn den Osten gar nicht verstünde. Dabei war die Ost-CDU nun gerade alles andere als eine unbelastete Partei. Durch die Fusion der West-CDU mit der DBD und der Ost-CDU verfügte sie nicht nur über Nacht über eine flächendeckende Parteiinfrastruktur im Osten, sondern auch über etwa 120 000 neue Mitglieder, die nun gerade nicht zum widerspruchsbereiten Potential der DDR-Gesellschaft gezählt hatten – auch wenn heute ganz andere Geschichten verbreitet werden, Geschichten wiederum, die die SED/PDS über ihre Mitglieder mit gleichem Recht verbreiten könnte. Auch hier gab es immer wieder von einzelnen Parteimitgliedern Widerspruch zur SED-Führung mit zum Teil drastischen Folgen. Nicht nur die CDU, auch die FDP schluckte Ost-Parteien (NDPD, LDPD) und verdreifachte dadurch ihren Mitgliederbestand. Wie bei allen anderen Parteien ging der Mitgliederzuwachs bald schon wieder dramatisch verloren. Aber auch die FDP konnte nun auf eine flächendeckende Struktur zurückgreifen – und besaß in ihrer aus Halle an der Saale stammenden, alle anderen Liberalen überstrahlenden Galionsfigur Hans-Dietrich Genscher ein Zugpferd, das neben der Aufbruchsstimmung maßgeblich für die Wahlsiege verantwortlich war.

Auf solche Ausgangsbedingungen konnte die SPD nicht setzen. Ihr mangelte es an allem: Infrastruktur, Mitgliedern und auch Ideen,

die ostdeutsche Gesellschaft von ihren kritischen Einlassungen über die künftigen Wege zu überzeugen. Kohl und die CDU standen für die prosperierende Bundesrepublik – so die überwiegende Wahrnehmung im Osten. Was sollte da noch schiefgehen?

Dass die Grünen 1990 bis 1994 nicht vollständig untergingen, hatten sie allein ihren Bündnispartnern im Osten – Bündnis 90, einer Listenverbindung aus oppositionellen Gruppen wie dem «Neuen Forum», «Demokratie Jetzt» oder «Initiative Frieden und Menschenrechte» – zu verdanken. Denn aufgrund getrennter Wahlgebiete Ost und West – die Sperrklausel von fünf Prozent galt jeweils nach Ost- und Westdeutschland getrennten Gebieten, weil sonst die frühere DDR-Opposition keinerlei Chancen gehabt hätte, im Bundestag vertreten zu sein – gelang zwar der Liste Bündnis 90 der Einzug in den Bundestag, die West-Grünen jedoch flogen krachend raus. Sie standen am Rande der Auflösung, Abspaltungen erfolgten und schließlich im Mai 1993 die Fusion mit der ostdeutschen Partei Bündnis 90, die sich im September 1991 gegründet hatte. Die Grünen bildeten fortan ein krasses Spiegelbild dafür, wie der Westen mit dem Osten Deutschlands umging. Viele Jahre fiel es ihren westdeutschen Spitzenpolitikern sogar schwer, den eigenen Parteinamen korrekt auszusprechen, oft wurde «Bündnis 90» vergessen. Im Wahlkampf 2002 schaffte es die Milieupartei sogar, den Osten ganz zu vergessen. Joschka Fischer und Co mochten die globalen Folgen des Mauerfalls und des Zusammenbruchs des sowjetischen Imperiums begriffen haben. Aber die innenpolitischen Folgen im Osten realisierten sie nie, weil sie sich dafür schlichtweg nicht interessierten. Nicht einmal der Aufbau der Partei im Osten ist als Gemeinschaftsaufgabe begriffen worden, sondern blieb den paar Mitgliedern im Osten vorbehalten. Die Programmatik der Partei raste an den Ostbedürfnissen im Eilzugtempo vorbei. Manche West-Grüne priesen sogar die Entindustrialisierung Ostdeutschlands als ökologischen Glücksfall.<sup>8</sup>

Die SPD stand für soziale Gerechtigkeit, die CDU für Erfolg und Geld, die FDP für den Mittelstand, Bündnis 90/Die Grünen mit ihrem Ostteil in den urbanen ostdeutschen Zentren für die Aufarbeitung der Vergangenheit und mit dem Westteil für einen urbanen, kosmopolitischen, linken Lebensstil, der weiten Teilen der ostdeut-

schen Gesellschaft nicht nur unbekannt, sondern auch absurd erschien. Die noch 1989/90 so hochhängende ökologische Frage war durch den radikalen Industrieabbau schnell gelöst worden, auf eine Art und Weise, die so fast niemand erwartet und gewollt hatte. Die ökologische Instandsetzung ging einher mit Deindustrialisierung. Die Rekultivierung der von der Roten Armee hinterlassenen Gebiete war zwar eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe unglaublichen Ausmaßes und verschlang unvorstellbare Geldsummen, sie war aber merkwürdigerweise kaum Gegenstand grüner Bundespolitik. Die kümmerte sich mehr um die Biotope an der früheren innerdeutschen Grenze und stieß auch damit auf Unverständnis in den betroffenen Ostregionen.

Die Grünen verabschiedeten sich aus dem Osten, bevor sie dort überhaupt hatten Fuß fassen können. Mit vielen ihrer Grundsatznahmen in der Verkehrs- oder Energiepolitik, im Verbraucherschutz, in der Genderpolitik oder Agrarpolitik fanden die Grünen im Osten lange kaum Gehör. Erst in den letzten Jahren veränderte sich hier auch die Wahrnehmung im Osten, vor allem bewirkt durch jüngere Bevölkerungsgruppen.

Das alles waren Entwicklungen, die mehr oder weniger – mit Ausnahme von Bündnis 90/Die Grünen – so auch im Westen vollzogen worden sind. Gerade die rückläufige Mitgliederentwicklung ist ein gesamtdeutsches, ein auch in anderen Staaten Europas bekanntes Problem. Im Osten gab es einen Sonderfall seit 1990: die SED/PDS.

#### Sonderfall: SED – SED/PDS – PDS – Die Linke

Die SED verwandelte sich am Jahresanfang 1990 in die PDS. Ihr neuer Chef, Gregor Gysi, hatte es abgelehnt, die Partei aufzulösen. Sein Argument war denkbar einfach: Lösen sie die Partei auf, verlieren sie sämtliche Besitztümer. Auch wenn die SED/PDS mehrere Milliarden DM dem deutschen Staatshaushalt zuführen musste, vieles blieb verschwunden. Niemand außer den SED-PDS-Verantwortlichen könnte heute beziffern, wie hoch der Verlust tatsächlich ist. Von einer Milliarde ist die Rede. Lagert er in Russland? Schlum-

mert er auf Geheimkonten in der Schweiz? Ist er in internationalen Finanz- und Wirtschaftskonsortien versteckt worden? Oder ist da gar nichts mehr, wie Gysi, Bisky, Bartsch und Genossen immer betont haben?

Etwas unverständlich erscheint es schon, dass die SED über ihre Selbstauflösung befinden durfte. Wer 1990 ein Verbot der SED forderte, galt als politisch radikal. Im Rückblick betrachtet muss man wohl sagen, es war nicht verkehrt, die Partei nicht zu verbieten. Ihr gehörten 1989 2,3 Millionen Ostdeutsche an, das war etwa jeder sechste Erwachsene. Dass dies im strengen Sinne keine Partei war, zeigt allein diese Dimension. Es war eine Gesinnungsgemeinschaft, die Organisation eine Karriereschleuse. Natürlich, es gab die Überzeugten, die «echten» Kommunisten, die Avantgarde in der selbsternannten Avantgarde, die Hundertprozentigen. Die Masse stellten sie nicht; die Masse war in der SED, weil die Diktatur immer den strukturellen Opportunisten erfordert, fördert und befördert. Es gab auch Widerspruch in der SED, sogar Widerstand, der kam nur in Ausnahmefällen von Opportunisten, sondern fast immer von den überzeugten Kommunisten, den Renegaten und Revisionisten wie Harich, Havemann oder Bahro.

Die SED zu verbieten, hätte bedeutet, weit über zwei Millionen Menschen zu erklären, sie seien Teil einer verbrecherischen Organisation gewesen, sie seien selbst mehr oder weniger Verbrecher. Das kann man zwar so sehen, käme aber der historischen Wahrheit keinen Schritt zu nahe. Von den 2,3 Millionen waren im Laufe des Jahres 1990 schnell nur noch 285 000 Mitglieder übriggeblieben. Etwa zehn Prozent, das war auch stets die Annahme der SED-Führung: Nur auf etwa zehn Prozent der Mitgliedschaft könnte man im Ernstfall wirklich zählen. Bis 1996/97 schrumpfte die Zahl auf 100 000, 2006 waren es nur noch rund 60 000. Die Partei litt seit 1990 dran, praktisch eine Ostpartei ohne nennenswerte Mitgliederzahlen im Westen zu sein. Die, die von dort zur SED/PDS dazustießen, kamen überwiegend aus früheren K-Gruppen, aus der DKP/SEW oder aus dem Fundi-Flügel der Grünen. Heftige Debatten innerhalb der SPD in den 1990er Jahren, ob sie frühere SED-Mitglieder aufnehmen und diese Ämter bekleiden könnten, erregten die Öffentlichkeit. 1997

sorgte die «Erfurter Erklärung» für hitzige Debatten. Intellektuelle und Politiker, fast durchweg weithin anerkannte, streitbare Linke wie Elmar Altvater, Frank Castorf, Heino Falcke, Hans-Jürgen Fischbeck, Günter Grass, Stefan Heym, Rudolf Hickel, Walter Jens, Toni Krahl, Peter von Oertzen, Bodo Ramelow, Edelbert Richter, Horst Eberhard Richter, Dorothee Sölle, Uwe Wesel oder Gerhard Zwerenz hatten SPD, Bündnis 90/Die Grünen und PDS dazu aufgerufen, gemeinsam für einen Politikwechsel im Lande zu sorgen und sich aufeinander zuzubewegen. Der Aufschrei folgte prompt. Mit der Stasi-Partei dürfe es keinen gemeinsamen Weg geben. Die SPD war ebenso zerrissen wie die Grünen. Die Risse verliefen längst nicht mehr nach Ost und West in dieser Frage.

Die PDS war zwar die alte SED, tatsächlich war sie im Laufe der 1990er Jahre vor allem zu einer alten Partei geworden. Mehr als die Hälfte der schrumpfenden Mitgliederbasis war älter als 65 Jahre. Durch die Aufnahme der WASG-Mitglieder 2007 konnte sie ihre Basis verbreitern, nicht nur quantitativ, sondern vor allem qualitativ, denn nun erst wurde die PDS/Linkspartei zu einer gesamtdeutschen Partei. Noch als PDS hatte sie es geschickt vermocht, ihre überalterte Parteibasis durch junge, unbelastete Politikerinnen und Politiker («Gysis bunte Truppe») zu kaschieren. Mittlerweile ist die Parteibasis der CDU/CSU und der SPD durchschnittlich älter (rund 60 Jahre) als die der Linken (etwa 56 Jahre). Bei den Grünen (50 Jahre) und der FDP (54 Jahre) ist die Basis wiederum jünger. Von der AfD ist die Altersstruktur bislang nicht bekannt. Die Männerpartei macht nicht gerade den Eindruck einer jüngeren Partei.

Die PDS verstand sich in den 1990er Jahren als ostdeutsche Partei, als Partei des ostdeutschen Gewissens, als Partei des ostdeutschen Protestes. Jahr für Jahr ist ihr Untergang von westlichen Analytikern prognostiziert worden. Sie kritisierte wiederum munter und unentwegt den Einigungsprozess. Ihre Argumente erwiesen sich mal mehr, mal weniger als zutreffend. Allein ihre Kritik verhinderte, dass sich die anderen Parteien kritisch, selbstkritisch und sachlich mit Ostdeutschland befassten. Wer wollte schon mit ihr in einem Boot sitzen? Die östlichen Bundesländer galten als Subventionsobjekte, in die unendlich viele Milliarden flossen. Die Folgen der Einigungspro-

litik blieben als Thema der PDS überlassen. Politisch war das fatal. Große Teile der ostdeutschen Gesellschaft fühlten sich ausgeschlossen, ihrem Schicksal überlassen.

Vor allem in den ersten Jahren betrieb die PDS eine selbstkritische Vergangenheitsbeschäftigung. Keine andere DDR-Blockpartei hat dies in diesem Maße getan. In der ihr gegenüber kritisch eingestellten Öffentlichkeit ist das nicht adäquat gewürdigt worden.<sup>9</sup> Allerdings fiel der Partei auf die Füße, dass sie immer wieder politisch schwer belastete frühere Kader in Wahlkämpfe und Wahlämter entsandte. Sie befand sich ständig in einem Balanceakt: Hier ihre politische Gegenwarts- und Zukunftsbefähigung unter Beweis zu stellen, dort ihre Basis und ihr Milieu – ob zur Partei gehörend oder nicht – mitzunehmen, nicht zu verraten. Ihr großes Plus waren eloquente, medientaugliche Vertreterinnen und Vertreter, an deren einsamer Spitze Gregor Gysi thronte und thront. Gysi verkörperte wie kein anderer PDS-Spitzenfunktionär Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft der Partei. Es ist überhaupt nur ihm – und mit Abstrichen Lothar Bisky und Hans Modrow – zu verdanken, dass es die Partei schaffte, die turbulenten ersten zwanzig Jahre der deutschen Einheit zu überstehen. Gysi hat sämtliche Anfeindungen seiner Person, ob nun aus den diversen Flügeln seiner Partei, ob wegen seiner DDR-Vergangenheit als Justizfunktionär, seiner Kontakte zur SED-Spitze oder zum MfS oder ob seiner politischen Positionen unbeschadet überstanden. Er reist heute nicht nur als ein Elder Statesman bundesdeutscher Geschichte und Politik durch Deutschland und die Welt, er ist auch längst ein anerkannter Vereinigungspolitiker – ob einem das nun passt oder nicht.

Man kann das auch alles etwas weniger verständniserheischend sehen: Eine treffliche Karikatur aus den frühen 1990er Jahren war überschrieben mit: «Neulich auf dem PDS-Parteitag». Auf dieser Karikatur stehen sich zwei hippieähnlich aussehende Männer gegenüber. Der eine fragt: «Bist Du noch Kommunist?» Der andere antwortet: «Mmh, kein Kommunist bin ich auch nicht.» Das war brüllend komisch, weil die biederer SED-Kommunisten sich gerade abmühten, zu PDS-Demokraten zu werden, ohne ihren «alten Idealen», wie sie es nannten, abzuschwören. Die bis soeben noch extrem

autoritäre, antifreiheitliche und antidemokratische Diktaturpartei legte also einfach mal den Schalter um und präsentierte sich der verblüfften Öffentlichkeit als Partei der Emanzipation in jeglicher Hinsicht – theoretisch. Das Personal, 1989/90 innerhalb weniger Wochen um zwei Millionen Mitglieder geschrumpft, blieb das alte: in den Kaderschulen Ost-Berlins und Moskaus ausgebildet und trainiert.

Das Hauptproblem der SED/PDS war stets ihre Vergangenheit als Staatspartei in der DDR. Wie sie diese heute leugnen und unsichtbar zu machen sucht, war 2017 im Bundestagswahlkampf im Herzen Berlins anzuschauen. Die Zentrale der Partei «Die Linke» sitzt im «Karl-Liebknecht-Haus», dem früheren Sitz der KPD, neben der NSDAP der zweiten großen Partei, die die erste deutsche Demokratie unerbittlich bekämpfte und verunglimpfte, so lange, bis die Weimarer Republik gefallen war. Wenn man zum «Karl-Liebknecht-Haus» fahren wollte und man öffentliche Verkehrsmittel benützte, müsste man am U-Bahnhof Rosa-Luxemburg-Platz aussteigen. Die beiden ermordeten KPD-Gründer sind nirgends stärker symbolisch öffentlich vereint als hier in Berlin-Mitte. Gerahmt wird die Partezentrale von der antikapitalistischen Volksbühne einerseits und der antidemokratischen «Jungen Welt», der einzigen linksradikalen Tageszeitung in Deutschland, andererseits. Und hier hing von Mai bis September 2017 am «Karl-Liebknecht-Haus» ein zwei Etagen umfassendes Plakat mit folgender Botschaft: «Nach 10 Jahren kann man schon mal fragen: ‹Willst Du bei mir Mitglied werden?› Die Linke».

Wie vielen war bewusst, die das lasen, dass es sich bei dieser harmlos scheinenden Frage um eine Geschichtslüge handelte? Anders als «Die Linke» immer und immer wieder weismachen will, gibt es diese Partei nicht erst seit 2007, sondern de jure seit 1946, als sich KPD und SPD im April in der Sowjetischen Besatzungszone unter Druck Moskaus zur SED vereinigten. Die SED existiert dem Namen nach nicht mehr, aber juristisch besteht sie als Partei fort und hat lediglich 1990 und 2007 ihren Namen geändert. Es kam 2007 auch nicht zur Fusion mit der westdeutschen WASG, sondern tatsächlich trat diese der PDS bei und zum identischen Zeitpunkt änderte die

PDS ihren Namen in «Die Linke». Und alles nur wegen des angeblich nicht vorhandenen Vermögens? Ja, alles «nur» wegen des Parteivermögens, wie Partefunktionäre unter Eid vor Gericht bestätigten.

Ist es der Partei gelungen, aus einer totalitären Apparatepartei in eine Freiheitspartei zu mutieren? Hat sich die SED aus einer antidemokratischen Staatspartei durch Selbsterneuerung in ein emanzipatorisches staatskritisches Projekt verwandelt? Dort, wo sie an der Macht ist (Thüringen) oder die Regierung tolerierte («Magdeburger Modell») oder als Koalitionspartner auftrat wie in einigen ostdeutschen Bundesländern und Berlin, agierte sie überwiegend unaufgeregt, staatstragend, sich kaum von anderen, insbesondere der Sozialdemokratie unterscheidend. Sie erwies sich als sehr anpassungsfähig.

Tatsächlich verfügte die SED/PDS über lange Zeit neben der CDU als einzige Partei im Osten über eine flächendeckende Infrastruktur. Da hatte die SED/PDS fast einen uneinholbaren Vorsprung, weil ihr 1990/91 trotz vieler Austritte viel mehr Parteimitglieder blieben als der CDU im Osten. Von den anderen ganz zu schweigen. Hinzu kam, dass ein Großteil der alten DDR-Vereinsstrukturen weiter im SED/PDS-Vorfeld agierten und die Partei dadurch in den 1990er und 2000er Jahren in vielen ostdeutschen Regionen die einzige war, die für die Menschen flächendeckend ansprechbar schien. Das ist im Westen kaum wahrgenommen worden. Hier wurde die SED/PDS immer nur mit Namen wie Gysi, Modrow, Bisky, Wagenknecht, Brie oder Bartsch verbunden. Tatsächlich spielten die vor Ort gar nicht diese Rolle, sondern agierten als Talkshow-Stars und konnten sich auch noch als Sprecher der Ostdeutschen aufspielen, obwohl bei jeder Wahl drei Viertel der Ostdeutschen sie nicht wählten.

Im Osten existierte die SED/PDS als Kümmerpartei vor Ort. Hier kam ihr nun eine historische Rolle zu, die sie nicht angestrebt hatte, aber auch nicht verhindern wollte. Denn im Osten wurde ausgerechnet die SED/PDS zum Pfeiler eines friedlichen Einigungsprozesses. Millionen Arbeitslose, Kurzarbeiter, millionenfache sinnlose Umschulungen, weithin entindustrialisierte Regionen blieben nicht nur aufgrund des starken bundesdeutschen Sozialstaates friedlich, sondern auch, weil das gesamte postkommunistische Milieu nicht mit einem SED-Verbot an den Rand der Legalität gedrängt worden

war, sondern in der SED/PDS eine Interessenvertreterin für die geschundene Seele vorzuweisen hatte. Hier konnte in Versammlungen, auf Kundgebungen und Demonstrationen, in Tageszeitungen, Internetforen und ungezählten Zeitschriften, in Vereinen und Interessengruppen für jedes Bedürfnis und jede Berufsgruppe, nicht zuletzt in Parteigruppen, Parlamenten und Wahlämtern legal protestiert, gejammert, gefordert und geflucht werden. Der Zorn ist demokratisch kanalisiert worden. In historischer Sicht ist vielleicht die Friedlichkeit der Revolution von 1989/90 weniger wundersam als der friedliche Verlauf der ostdeutschen Transformation in den 1990er Jahren mit den hohen sozialen Verwerfungen. Und dass dieser Prozess friedlich blieb, dafür hat nicht zuletzt die SED/PDS vor Ort gesorgt. Dabei ist die Frage, ob sie dies absichtlich tat, unerheblich (wahrscheinlich war ihr das nicht bewusst). Hier schlug zu Buche, was sie rhetorisch sonst zu leugnen sucht: ihre absolute Staatsgläubigkeit. Denn tatsächlich setzt sie noch immer auf den starken Staat. Sie kann eine Gesellschaft bis heute gar nicht anders denken, als eine in den Grenzen eines mächtigen, in alle Lebenssporen hineinregierenden Staates, also als eine gelenkte, gemäßigte, gefangene Gesellschaft, die nach ihrem Gusto zu reglementieren sei.

Daher ist ihre andauernde Treue zu Moskau, Havanna und Peking nicht nur traditioneller Anhänglichkeit und Verbundenheit geschuldet. Auch dass noch immer ein Teil der Parteicrew in Moskau ausgebildet wurde und enge Verbindungen zum dortigen Machtzentrum einschließlich des Geheimdienstes unterhält, ist nicht der alleinige Grund ihrer offenbar «unerschütterlichen Freundschaft» zum Putin-Regime. Dass die SED/PDS/Linke praktisch jedwedes Linksregime auf der Welt solidarisch unterstützt, hängt mit zwei grundsätzlichen Axiomen zusammen, die die Partei und ihre Führungscrew um Wagenknecht, Bartsch, Gysi & Co seit jeher mit Moskau und deren Freunden weltweit teilen: Sie stehen für einen starken Staat, der ihrer Meinung nach alles und jedes zu regeln habe und für alles und jedes verantwortlich sei. Zweitens kommt ihre ungebrochene antiwestliche und antiamerikanische Haltung zum Tragen, wofür sie jegliche Haltung und Handlung, die gegen den Westen und die USA speziell gerichtet ist, tolerieren und unterstützen. Die auffälligsten Beispiele

dafür sind ihre Haltung zur russischen Annexion der Krim, zur Syrienpolitik Moskaus und ihre Ablehnung des westlichen Verteidigungsbündnisses.

Viele demokratische Linken, die mit der Partei «Die Linke» nichts anfangen können, wird es schmerzen, dass die SED in ihrer stetigen Verschleierung ihrer eigentlichen Herkunft sich «Die Linke» nennt und es dadurch vielen demokratischen Linken unmöglich macht, sich selbst Linke zu nennen. Wer wissen will, woher «Die Linke» wirklich kommt, für welche Verbrechen sie in Deutschland historisch steht und wofür sie nie die Verantwortung übernahm, der könnte bei einem Berlin-Besuch das eingangs beschriebene städtebauliche Ensemble besuchen und bestaunen. Allerdings sollte bei diesem Besuch das mächtige, alte DDR-Bürogebäude im Rücken des Karl-Liebknecht-Hauses, der Parteizentrale, nicht übersehen werden. Angesichts dessen Größe verkommt die Parteizentrale gerade zu einem Winzling. In diesem Bürogebäude sitzt der Bundesbeauftragte für die Stasi-Unterlagen, also die Institution, die die Archivalien jenes Ministeriums, das einst als «Schild und Schwert» der Partei unbarmherzig agierte, beherbergt. Manchmal gibt es Zufälle, die sich kein Romanschreiber ausdenken könnte. Hier kam zusammen, was zusammengehört: SED/PDS/Die Linke und die Akten der Stasi inmitten Berlins. Rücken an Rücken.

Die Stärke der PDS beruhte im Osten auch darauf, dass sie in der gesamten Fläche ein Netz von Vorfeldorganisationen, Nachfolgeeinrichtungen und Neugründungen des postkommunistischen Milieus unterhielt, die im Einheitsprozess beratend, helfend und als Treffpunkte für Gleichgesinnte zur Verfügung standen. Das war ein kaum überschaubares Dickicht von Vereinen und Organisationen, die in allen Lebenslagen halfen. Darüber hinaus war die PDS eine wichtige Organisatorin von Interessen, Lobbyistin für die alte Funktionärs- und Dienstklasse des SED-Staates. Sie wurde für Millionen wirksam und war für Millionen sichtbar – der wichtigste Unterschied zu allen anderen Parteien. Darüber ist viel und heftig gestritten worden, deswegen ist die PDS vielfach angefeindet worden. Doch wer kümmerte sich sonst um die im Osten politisch heimatlos gewordenen Lehrerinnen und Lehrer, Polizisten und Polizistinnen, Genossenschafts-

bauern und -bäuerinnen, Offiziere der NVA, Angehörige des MfS, Funktionäre der Parteien, Massenorganisationen, des DDR-Staats- und Verwaltungsapparates, wer gab ihnen ein Forum, wer nahm sie ernst, wer hörte ihnen zu und wer verurteilte sie nicht automatisch? So bitter es klingt, so unglaublich aus heutiger Sicht, niemand sonst außer der PDS. Und hier kommen nicht 100 000 oder 200 000 Menschen, sondern Millionen in den Blick. Der PDS wuchs hier eine Rolle zu, die sie sich nicht ausgesucht hatte, die sie freilich sehr dankbar annahm. Klar, sie konnte das auch, weil sie dafür die Mittel, das Personal, das Wissen, die Kultur und die nötige Infrastruktur besaß. Der Skandal freilich war nicht das PDS-Engagement, der Skandal war das Versagen der anderen Parteien, der westlichen Zentralen, die das Problem als solches gar nicht erkannten.

### Die ostdeutsche Zivilgesellschaft

So wie Staat und Parteien wie CDU/CSU oder SPD nicht darauf eingestellt waren, dass im Osten traditionellerweise eine etatische Grundstimmung dominierte und sie mit ihrer Politik diese sogar noch beförderten, so haben sie nicht realisiert, dass die weitgehend fehlende Zivilgesellschaft im Osten ganz andere Anstrengungen erforderte, als sie es seit zwei, drei Jahrzehnten im Westen gewohnt waren. Etatismus und fehlende Zivilgesellschaft kamen zusammen und bereiteten im Verbund mit den sozialen Verwerfungen und der unaufgearbeiteten deutschen Geschichte den Boden für zunehmende Ressentiments gegenüber dem Westen.

«Zivilgesellschaft» ist ein Begriff, der sich seit den frühen 1990er Jahren (wieder) in den Politik- und Historischen Sozialwissenschaften unter dem Eindruck der osteuropäischen Umbrüche etablierte. Seine Bedeutung ist durchaus umstritten. Im Kern geht es bei «Zivil-» oder «Bürgergesellschaft» darum, den nicht vom Staat und seinen Verwaltungen organisierten Teil der Gesellschaft zu erfassen. Zivilgesellschaft meint Selbstorganisierung, Selbstkontrolle, Selbstermächtigung in der Demokratie oder mit demokratischen/demokratisierenden Absichten. Die Zivilgesellschaft erscheint so als de-

mokratisches Korrektiv und Kontrollinstanz gegenüber dem Staat. Wichtige Einrichtungen der Zivilgesellschaft sind Bürgerzusammenschlüsse, Bürgerbewegungen, Vereine, NGOs, Stiftungen.

Diktaturen neigen dazu, die Gesellschaft möglichst umfassend zu erfassen, zu organisieren, zu mobilisieren. Das geht auf einen alten Grundsatz zurück. In der Bibel heißt es: «Wer nicht mit mir ist, der ist wider mich.» (Matthäus 12,30) An anderer Stelle: «Wer nicht wider uns ist, der ist für uns.» (Lukas 9,50; Markus 9,40) Das haben viele Herrscher zu ihrem Credo erhoben, auch noch in jüngster Zeit, etwa US-Präsident Bush nach 9/11. In einem Weltanschauungsstaat erfährt eine solche Herrschaftssicht schnell eine terroristische Dimension. Wer nicht mindestens äußerlich mitmacht, sei ein Gegner, den es zu bekämpfen gilt. Daher kommt es in Weltanschauungsdiktaturen darauf an, die Gesellschaft möglichst restlos in Verbänden, Massenorganisationen oder bei Massenaufmärschen zu erfassen. Wer nicht dabei ist, macht sich verdächtig.

In der Organisationserfassungsdichte gab es trotz zweier unterschiedlicher Diktaturen fast eine ungebrochene Kontinuität in Ostdeutschland zwischen 1933 und 1990. In der DDR war von den etwa 12,84 Erwachsenen 1988, wie schon erwähnt, 2,3 Millionen in der SED. Eine weitere knappe halbe Million Menschen waren in den vier Blockparteien. Doch damit längst nicht genug. Von den Kindern und Jugendlichen zwischen sechs und 16 Jahren waren über 90 Prozent Mitglieder der Pionierorganisation bzw. ab 14 Jahren der FDJ. In dieser waren nach dem 16. Lebensjahr fast alle Abiturienten und Studierenden organisiert. Die FDJ war praktisch eine Zwangsorganisation wie auch der Gewerkschaftsbund FDGB mit 9,6 Millionen Mitgliedern im Jahr 1988. Insgesamt gab es in der DDR knapp 100 Verbände und Organisationen, die unter Kuratel der SED standen. Statistisch war jeder Erwachsene in drei bis vier Verbänden (ohne den Sportverband DTSB und die Jugendorganisation FDJ!) organisiert. Eine solche umfassende Organisationserfassung hatte zum Ziel, die Gesellschaft aber stillzulegen, die Individualität im Kollektiv untergehen zu lassen und zu suggerieren, alle würden am selben Strang ziehen. Über 100 000 Menschen arbeiteten als hauptamtliche Funktionäre in Parteien und Massenorganisationen. Zu er-

wähnen sind auch (zum Teil natürlich überlagernd) insgesamt 209 000 Abgeordnete in Bezirken, Kreisen und Gemeinden, die nur dem zustimmen sollten, was die SED längst beschlossen hatte. In den Arbeiter- und Bauerninspektionen (ABI) kontrollierten etwa 290 000 Männer und Frauen, ob auch alles seinen «sozialistischen Gang» gehe. An den Gerichten wirkten 61 000 ehrenamtliche Schöffen, in betrieblichen Konfliktkommissionen arbeiteten 255 000 und in den kommunalen Schiedskommissionen 56 000 Menschen freiwillig in «gesellschaftlichen Gerichten» im Namen der sozialistischen Gesetzlichkeit mit. Den «inneren Frieden» sicherten rund 150 000 freiwillige Helfer der Volkspolizei, etwa 3000 freiwillige Grenzhelfer und knapp 210 000 Mitglieder der betrieblichen «Kampfgruppen», einer paramilitärischen Truppe mit Poliziaufgaben für den inneren Notstand, mit ab, die den 127 000 Angestellten des Innenministeriums (darunter 67 000 Polizisten), den 92 400 NVA-Angehörigen (ohne Wehrpflichtige), den etwa 25 000 Angehörigen der Grenztruppen (ohne Wehrpflichtige), den 5600 Transportpolizisten oder den 8000 Zollangestellten hilfreich zur Seite standen. Auch die 110 000 Inoffiziellen Mitarbeiter des MfS neben den 91 000 hauptamtlichen Stasi-Mitarbeitern arbeiteten ganz überwiegend «ehrenamtlich». Damit ist die Liste längst nicht vollständig. Aber sie deutet an, wie die SED-Führung in ihrem Staat ein Millionenheer unter marxistisch-leninistischer Flagge ins System einband. Die fehlende demokratische Legitimierung der SED mittels freier Wahlen ist durch das Millionenheer sich engagierender Menschen praktisch kompensiert worden – so jedenfalls sah es die SED-Führung. Offiziell ist das etwas anders formuliert worden: «Der Sozialismus ist eine Ordnung der Einmischer, der vielen kompetenten Leute, die wissen: ‹Um uns selber müssen wir uns selbst kümmern!›, und die danach handeln.»<sup>10</sup>

Nun, in dem Fürsorgestaat ging es gerade nicht darum, sich um sich selbst zu kümmern. Der Allroundversorgungsanspruch von der Wiege bis zur Bahre blieb als Forderung an den Staat in weiten Teilen der Gesellschaft nach 1990 ungebrochen. Das von vielen als Zwangsengagement wahrgenommene Mittun in den Parteien, Verbänden und Organisationen hingegen hatte noch unmittelbar 1990 zur Folge,

dass diese Einrichtungen alle mehr oder weniger zusammenbrachen und unter hohem Mitgliederschwund litten. Ehrenamtliches Engagement war verpönt. Günter Benser, jahrzehntelang am Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED als Historiker arbeitend und an vielen Großprojekten der DDR-Geschichtswissenschaft zur Zeitgeschichte und Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung beteiligt, der seit 1990 einige beachtenswerte Bücher schrieb und Editionen herausgab, merkte in seiner Autobiographie an: «Und weil es sich um die DDR handelte, haben die Genossen der SED und die anderen Parteien angehörenden oder parteilosen Mitstreiter der Nationalen Front ihre Mitbewohner ... sich bemüht, mit jedem ins politische Gespräch zu kommen. Manche Mieter begrüßten das, andere mochten das weniger. (...) Jede Zusammenkunft ... begannen wir mit hoher Politik, lenkten dann zu den Problemen des Hauses über ... und beendeten sie mit einem zwanglosen Beisammensein bei Imbiss und Getränken, finanziert aus der Hauskasse. (...) Ich erinnere mich eines Treffens, bei dem bereits der Morgen graute, als die letzten Hausbewohner unsere Wohnung verließen. Irgendwie muss ihnen diese Art Gemeinschaft zugesagt haben. Mit der Wende kam das Ende. Es hat einfach niemand mehr ausprobiert, was geschähe, wenn wieder eine Familie zum Haustreffen einladen würde. Wer sich heute noch immer des Vorgartens annimmt, für Sauberkeit im und vor dem Hause sorgt oder im Winter zur Schneeschippe greift, tut etwas, was ihm eigentlich nicht zusteht.»<sup>11</sup>

Benser beschreibt unfreiwillig ziemlich exakt, warum in der DDR keine Zivilgesellschaft existieren konnte und warum es nach 1990 so lange dauerte, bis sich zivilgesellschaftliche Strukturen herausbildeten.<sup>12</sup> Denn zunächst schienen alle von jedem Hauch kollektivistischer Unternehmungen genug zu haben. Das ist insofern etwas widersprüchlich, weil die Herbstrevolution eine auf gegenseitiger Unterstützung, Solidarität und eines gemeinsamen «Wir-Gefühls» basierende politische und soziale Bewegung darstellte. Das ging alles schnell verloren. Es ging sehr schnell für viele nur noch darum, das neue Leben, die neuen Herausforderungen zu meistern.

Eine Ausnahme bildete die «Volkssolidarität», die den Sprung von der DDR in die Bundesrepublik schaffte und als Vorfeldorganisation

der PDS zu einem wesentlichen Teil zu deren Erfolgen im Osten beitrug. Am wenigsten spürten die Sportvereine den neuen Rückzug ins Private. Hier blieben die Unterschiede zwischen Ost und West geringfügig. Auch in anderen Bereichen gab es rasch relative Annäherungen, interessanterweise vor allem in direkt politischen Bereichen wie der Parteibindungsquote, befördert von dem Umstand, dass diese auch im Westen in den letzten zwanzig Jahren erheblich zurückgegangen ist. Im Osten ist gegenwärtig etwa die Hälfte der Gesellschaft nirgends organisiert. Im Westen beträgt diese Quote etwa 10 bis 15 Prozent. Dabei ist die Quote im Osten seit Jahren sogar rückläufig, in den 2000er Jahren fiel sie höher aus. Das hängt wohl mit der Überalterung der ostdeutschen Gesellschaft zusammen.

Drei Bereiche weisen besonders eklatante Unterschiede zwischen Ost und West auf: die Gewerkschaften, die Kirchen und die Wohltätigkeitsvereine. Die faktische Zwangsmitgliedschaft im FDGB diskreditierte die Gewerkschaften auch lange nach 1990. Hinzu kamen dann tarifliche Sonderregelungen für Ostdeutschland, die eine Gewerkschaftsmitgliedschaft wenig attraktiv erscheinen ließen. Die geringe prozentuale Erwerbsquote war ausschlaggebend, dass Gewerkschaften kaum eine Rolle spielten in der Wahrnehmung vieler Ostdeutscher und eine Gewerkschaftsmitgliedschaft im Osten schnell unattraktiv geworden war. Seit einigen Jahren erleben auch die Gewerkschaften in Ostdeutschland einen Aufschwung auf niedrigem Niveau – der Westen passt sich diesem allmählich an. In der ehrenamtlichen Wohltätigkeitsarbeit gibt es erhebliche Unterschiede. Während diese im Westen zu den Standbeinen einer lebendigen Zivilgesellschaft zählt, ist sie im Osten immer noch viel schwächer entwickelt. Das hängt zunächst mit der Tradition zusammen, den Staat als Wohlfahrtsgeber anzusehen. Hinzu kommt der Umstand, dass sich viele Ostdeutsche nach 1990 eher als Wohlfahrtsempfänger denn als -geber sahen. Mit wachsendem Wohlstand und neuen Generationen ist auch hier seit einigen Jahren mehr Engagement zu beobachten. Das hängt auch damit zusammen, dass hierfür entscheidende Impulse von in der alten Bundesrepublik sozialisierten Menschen, die im Osten wohnen, ausgingen.

Der größte Unterschied besteht nach wie vor in der religiösen

Bindung. Im Westen sind die Kirchen zentrale Glieder zivilgesellschaftlichen Engagements. In der DDR wurde eine aktive Entkirchlichungs- und Entchristianisierungspolitik betrieben. Am Ende der DDR galt etwa ein Drittel der Gesellschaft als Mitglied einer Kirche. Genau lässt sich das nicht sagen, weil die Kirchensteuer in der DDR nicht der Staat erhob. Realistisch dürfte wohl sein, etwa zwanzig Prozent als kirchengebunden anzusehen. Auch wenn es in westlichen Gesellschaften und sogar in weiten Teilen der Welt einen allgemeinen Säkularisierungstrend gibt, soweit er christliche Kirchen betrifft, so entsprang die staatlich erzeugte Entkirchlichung in der DDR keinen individuellen Entscheidungen, sondern folgte einer politisch-ideologischen Strategie. Im Osten ist heute etwa ein Drittel der Bevölkerung Teil der christlichen Gemeinschaft. Im Westen beträgt der Anteil, der ebenfalls rückläufig ist, mittlerweile weniger als achtzig Prozent. Von einer Re-Christianisierung des Ostens lässt sich schwerlich sprechen. Die angestiegene Quote ist vor allem in urbanen Zentren auf den Zuzug zurückzuführen, nur im geringeren Maße auf Erwachsenentaufen. Die Schwäche der christlichen Kirchen in Ostdeutschland führt nicht nur zu einer anderen politischen Kultur als im Westen, dadurch fehlen vielerorts auch jene zivilgesellschaftlichen Instrumentarien, die grundlegend für die Bürgergesellschaft im Westen sind. Die 1990 erstellte Prognose, durch die Einheit würde Deutschland ostdeutscher und protestantischer werden, hat sich nicht bewahrheitet. So wenig wie Franz Beckenbauer im Sommer 1990 Recht behalten sollte, als er glaubte, prophezeien zu müssen, Deutschland sei wegen der Wiedervereinigung auf Jahre hinaus im Fußball nicht mehr zu schlagen, so wenig ist der Westen protestantischer oder ostdeutscher geworden – die ostdeutschen Protestanten Joachim Gauck oder Angela Merkel konnten daran auch nichts ändern. Ostdeutschland ging einen Weg, der sich noch immer politisch, ökonomisch, kulturell, trotz einiger beidseitiger Angleichungen zwischen West und Ost, erheblich vom Rest der Republik unterscheidet. Die Demokratie steht hier mehr auf der Kippe als anderswo.

## Literaturhinweise

Die folgende Auswahl deutet die Breite des Forschungsstandes lediglich an. Allein die meinen Ausführungen zugrundeliegende Literatur würde bereits einen vernünftigen Überblicksrahmen sprengen.

- Ahbe, Thomas; Rainer Gries, Wolfgang Schmale (Hrsg.): *Die Ostdeutschen in den Medien. Das Bild von den Anderen nach 1990*. Leipzig 2009
- Angelow, Jürgen: *Entsorgt und ausgeblendet. Elitenwechsel und Meinungsführerschaft in Ostdeutschland*. 2., erw. Aufl., Potsdam 2017
- Bahrmann, Hannes; Christoph Links (Hrsg.): *Am Ziel vorbei. Die deutsche Einheit – Eine Zwischenbilanz*. Berlin 2005
- Berth, Hendrik; Elmar Brähler (Hrsg.): *Deutsch-deutsche Vergleiche. Psychologische Untersuchungen 10 Jahre nach dem Mauerfall*. Berlin 1999
- Berth, Hendrik; u. a. (Hrsg.): *Innenansichten der Transformation. 25 Jahre Sächsische Längsschnittstudie (1987–2012)*. Gießen 2012
- Bertram, Hans (Hrsg.): *Ostdeutschland im Wandel: Lebensverhältnisse – politische Einstellungen*. (KSPW: Transformationsprozesse, Schriftenreihe; Bd. 7) Opladen 1995
- Ders., Stefan Hradil, Gerhard Kleinhenz (Hrsg.): *Sozialer und demographischer Wandel in den neuen Bundesländern*. (= Schriftenreihe der KSPW; Bd. 6) Opladen 1996
- Ders., (Hrsg.): *Regionen im Vergleich. Gesellschaftlicher Wandel in Ostdeutschland am Beispiel ausgewählter Regionen*. (KSPW: Transformationsprozesse, Schriftenreihe; Bd. 22) Opladen 1996
- Bisky, Jens: *Die deutsche Frage. Warum die Einheit unser Land gefährdet*. Berlin 2005
- Blum, Ulrich u. a.: *Ostdeutschlands Transformation seit 1990 im Spiegel wirtschaftlicher und sozialer Indikatoren*. Halle/Saale 2009
- Böick, Marcus: *Die Treuhandanstalt 1990–1994*. Erfurt 2015
- Ders., Constantin Goschler: *Studie zur Wahrnehmung und Bewertung der Arbeit der Treuhandanstalt*. Bochum 2017
- Ders.: *Die Treuhand. Idee – Praxis – Erfahrung, 1990–1994*. Göttingen 2018
- Bösch, Frank (Hrsg.): *Geteilte Geschichte. Ost- und Westdeutschland 1970–2000*. Göttingen 2015
- Brückweh, Kerstin; Marcus Böick (Hrsg.): *Weder Ost noch West*, in: *Zeitgeschichte Online*, 2019 (<https://zeitgeschichte-online.de/thema/weder-ost-noch-west>)

- Bude, Heinz: *Die Ausgeschlossenen. Das Ende vom Traum einer gerechten Gesellschaft*. Berlin 2008
- Ders.: *Das Gefühl der Welt. Über die Macht von Stimmungen*. Berlin 2016
- Busch, Ulrich; Michael Thomas (Hrsg.): *Ein Vierteljahrhundert Deutsche Einheit. Facetten einer unvollendeten Integration*. Berlin 2015

- Catenhusen, Hanns-Christian: *Die Stasi-Überprüfung im öffentlichen Dienst der neuen Bundesländer*. Berlin 1999

- Clausen, Lars (Hrsg.): *Gesellschaften im Umbruch. Verhandlungen des 27. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie in Halle an der Saale 1995*. Frankfurt/M., New York 1996

- Dahrendorf, Ralf: *Der Wiederbeginn der Geschichte. Vom Fall der Mauer zum Krieg im Irak. Reden und Aufsätze*. München 2004

- Ders.: *Auf der Suche nach einer neuen Ordnung. Vorlesungen zur Politik der Freiheit im 21. Jahrhundert*. München 2003

- Dritte Generation Ost. Wer wir sind, was wir wollen. Berlin 2012

- Ebert, Elvir: *Einkommen und Konsum im Transformationsprozess. Vom Plan zum Markt – vom Mangel zum Überfluss*. (= Schriftenreihe der KSPW; Bd. 24) Opladen 1997

- Falter, Jürgen W. u. a. (Hrsg.): *Sind wir ein Volk? Ost- und Westdeutschland im Vergleich*. München 2006

- Faus, Rainer; Simon Storks: *Im vereinten Deutschland geboren – in den Einstellungen gespalten? OBS-Studie zur ersten Nachwendegeneration*. Otto-Brenner-Stiftung, Frankfurt/M. 2019

- Fink, Sebastian; Olaf Jacobs: *So leben wir. Eine Bestandsaufnahme in Ostdeutschland*. Bonn 2014

- Fischer, Erich; Werner Küntzel (Hrsg.): *Verfassungsdiskussion und Verfassungsgebung 1990 bis 1994 in Deutschland. Kommentare und Dokumente*. Schkeuditz 2005, 3 Bände

- Förster, Matthias: *Die neuen Bundesländer. Prognose ihrer demographisch-ökonomischen Entwicklung 1990 bis 2040*. Berlin, Bern 1992

- Förster, Peter; Günter Roski: *DDR zwischen Wende und Wahl. Meinungsforscher analysieren den Umbruch*. Berlin 1990

- Frei, Norbert; Franka Maubach, Christina Morina, Maik Tändler: *Zur Rechten Zeit. Wider die Rückkehr des Nationalismus*. Berlin 2019

- Geißler, Rainer (Hrsg.): *Sozialer Umbruch in Ostdeutschland*. Opladen 1993

- Geipel, Ines: *Generation Mauer. Ein Porträt*. Stuttgart 2014

- Dies.: *Umkämpfte Zone. Mein Bruder, der Osten und der Hass*. Stuttgart 2019

- Gensicke, Thomas: *Deutschland im Übergang. Lebensgefühl, Werteorientierungen, Bürgerengagement*. Speyer 2000

- Ders. u. a.: Entwicklung der Zivilgesellschaft in Ostdeutschland. Quantitative und qualitative Befunde. Wiesbaden 2009
- Großbölting, Thomas; Christoph Lorke (Hrsg.): Deutschland seit 1990. Wege in die Vereinigungsgesellschaft. Stuttgart 2017
- Guggenberger, Bernd; Tine Stein (Hrsg.): Die Verfassungsdiskussion im Jahr der deutschen Einheit. München, Wien 1991
- Hahn, Toni; Gerhard Schön: Arbeitslos – chancenlos? Verläufe von Arbeitslosigkeit in Ostdeutschland. (KSPW: Transformationsprozesse, Schriftenreihe; Bd. 11) Opladen 1996
- Hartmann, Michael: Die Abgehobenen. Wie die Eliten die Demokratie gefährden. Frankfurt/M., New York 2018
- Hauser, Richard u. a.: Ungleichheit und Sozialpolitik. (= Berichte der KSPW; Nr. 3) Opladen 1996
- Hecht, Arno: Die Wissenschaftselite Ostdeutschlands. Feindliche Übernahme oder Integration. Leipzig 2002
- Hermann, Konstantin (Hrsg.): Sachsen seit der Friedlichen Revolution. Tradition, Wandel, Perspektiven. Dresden 2010
- Hondrich, Karl Otto u. a.: Arbeitgeber West. Arbeitnehmer Ost. Vereinigung im Konflikt. Berlin 1993
- Hormuth, Stefan E. u. a.: Individuelle Entwicklung, Bildung und Berufsverläufe. (= Berichte der KSPW; Nr. 4) Opladen 1996
- Kaase, Max u. a.: Politisches System. (= Berichte der KSPW; Nr. 3) Opladen 1996
- Kershaw, Ian: Achterbahn. Europa 1950 bis heute. München 2019
- Kollmorgen, Raj: Ostdeutschland. Beobachtungen einer Übergangs- und Teilgesellschaft. Wiesbaden 2005
- Ders., Frank Thomas Koch, Hans-Liudger Dienel (Hrsg.): Diskurse der deutschen Einheit. Kritik und Alternativen. Wiesbaden 2011
- Koppetsch, Cornelia: Die Gesellschaft des Zorns. Rechtspopulismus im globalen Zeitalter. Bielefeld 2019.
- Kowalcuk, Ilko-Sascha: Endspiel. Die Revolution von 1989 in der DDR. 3., überarb., korrig. u. erweiterte Neuausgabe, München 2015
- Lindner, Erik: Auf der Suche nach dem Nudossi-Äquator. Karrierewege bekannter DDR Marken bis heute. Hamburg 2015
- Links, Christoph: Das Schicksal der DDR-Verlage. Die Privatisierung und ihre Konsequenzen. Berlin 2016
- Lorenz, Astrid (Hrsg.): Ostdeutschland und die Sozialwissenschaften. Bilanz und Perspektiven 20 Jahre nach der Wiedervereinigung. Opladen 2011
- Lutz, Burkart u. a. (Hrsg.): Arbeit, Arbeitsmarkt und Betriebe. (= Berichte der KSPW; Nr. 1) Opladen 1996
- Marshall, Barbara: Die deutsche Vereinigung in Akademia: West- und Ost-

- deutsche im Gründungsprozess der Universität Potsdam 1990–1994. Berlin 2016
- Marxen, Klaus; Gerhard Werle (Hrsg.): Strafjustiz und DDR-Unrecht. Dokumentation in sieben Bänden. Berlin 2000–2009
- Dies., Petras Schäfer: Die Strafverfolgung von DDR-Unrecht. Fakten und Zahlen. Berlin 2007
- Materialien der Enquete-Kommission «Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozess der deutschen Einheit». Baden-Baden 1999 (15 Bände)
- Maydell, Bernd von u. a.: Die Umwandlung der Arbeits- und Sozialordnung. (= Berichte der KSPW; Nr. 6) Opladen 1996
- Meyer, Hans-Günter (Hrsg.): Soziologen-Tag Leipzig 1991. Soziologie in Deutschland und die Transformation großer gesellschaftlicher Systeme. Berlin 1992
- Misselwitz, Hans-J.: Nicht länger mit dem Gesicht nach Westen. Das neue Selbstbewusstsein der Ostdeutschen. Bonn 1996
- Müller, Uwe: Supergau Deutsche Einheit. Berlin 2005
- Neckel, Sighard: Waldleben. Eine ostdeutsche Stadt im Wandel seit 1989. Frankfurt/M., New York 1999
- Nickel, Hildegard Maria; Jürgen Kühl, Sabine Schenk (Hrsg.): Erwerbsarbeit und Beschäftigung im Umbruch. (KSPW: Transformationsprozesse, Schriftenreihe; Bd. 2) Opladen 1996
- Pahllow, Louis; André Steiner: Die Carl-Zeiss-Stiftung in Wiedervereinigung und Globalisierung 1989–2004. Göttingen 2017
- Paqué, Karl-Heinz: Die Bilanz. Eine wirtschaftliche Analyse der deutschen Einheit. München 2009
- Pfeiffer, Martin; Manfred Fischer (Hrsg.): Markierungen. Auf dem Weg zu einer gesamtdeutschen Verfassung. Ein Symposium. Bad Boll 1990
- Piketty, Thomas: Das Kapital im 21. Jahrhundert. München 2014
- Priewe, Jan; Rudolf Hückel: Der Preis der Einheit. Bilanz und Perspektiven der deutschen Vereinigung. Frankfurt/M. 1991
- Raphael, Lutz: Jenseits von Kohle und Stahl. Eine Gesellschaftsgeschichte Westeuropas nach dem Boom. Berlin 2019.
- Reckwitz, Andreas: Die Gesellschaft der Singularitäten. Zum Strukturwandel der Moderne. Berlin 2017
- Ritter, Gerhard A.: Der Preis der deutschen Einheit. Die Wiedervereinigung und die Krise des Sozialstaats. München 2007
- Ders.: Wir sind das Volk! Wir sind ein Volk! Geschichte der deutschen Einigung. München 2009
- Rödder, Andreas: 21.0. Eine kurze Geschichte der Gegenwart. München 2015
- Roesler, Jörg: Ostdeutsche Wirtschaft im Umbruch, 1970–2000. Bonn 2003
- Ders.: Aufholen, ohne einzuholen! Ostdeutschlands rastloser Wettlauf 1965–2015. Ein ökonomischer Abriss. Berlin 2016

Ders.: War das Vorgehen der Treuhand alternativlos? Berlin 2019.  
 Rohlfes, Joachim: «Deutschland einig Vaterland»? Freude und Frust der (Wieder-) Vereinigung, in: *Geschichte in Wissenschaft und Unterricht* 58(2007) 5–6, S. 292–311

Schröder, Richard: Irrtümer über die deutsche Einheit. Aktualisierte und erweiterte Ausgabe. Freiburg, Basel, Wien 2014

Schröter, Anja: Ostdeutsche Ehen vor Gericht. Scheidungspraxis im Umbruch 1980–2000. Berlin 2018

Schuster, Franz: Thüringens Weg in die soziale Marktwirtschaft. Köln, Weimar, Wien 2015

Sinn, Gerlinde; Hans-Werner Sinn: Kaltstart. Volkswirtschaftliche Aspekte der deutschen Vereinigung. 3., überarb. Aufl., München 1993

Strubelt, Wendelin u. a.: Städte und Regionen – Räumliche Folgen des Transformationsprozesses. (= Berichte der KSPW; Nr. 5) Opladen 1996

Ther, Philipp: Die neue Ordnung auf dem alten Kontinent. Eine Geschichte des neoliberalen Europa. Aktualisierte Ausgabe, Berlin 2016

Thumfart, Alexander: Die politische Integration Ostdeutschlands. Frankfurt/M. 2002

Waschkuhn, Arno; Alexander Thumfart (Hrsg.): Politik in Ostdeutschland. Lehrbuch zur Transformation und Innovation. München, Wien 1999

Weidenfeld, Werner; Karl-Rudolf Korte (Hrsg.): Handbuch zur deutschen Einheit. Neuauflage 1996. Bonn 1996

Dies. (Hrsg.): Handbuch zur deutschen Einheit. 1949–1989–1999. Aktualisierte Neuauflage, Frankfurt/M., New York 1999

Wielgohs, Jan: Transformationspolitik zwischen Liberalisierungsbereichen und Erfordernissen sozialer Stabilitätssicherung: Die Transformation des ostdeutschen Wohnungswesens, in: Helmut Wiesenthal (Hrsg.): Einheit als Interessenpolitik. Studien zur sektoralen Transformation Ostdeutschlands. Frankfurt/M., New York 1995, S. 194–259

Willisch, Andreas (Hrsg.): Wittenberge ist überall. Überleben in schrumpfenden Regionen. Berlin 2012

Ders. u. a. (Hrsg.): Neuland gewinnen. Die Zukunft in Ostdeutschland gestalten. Berlin 2017

Winkler, Gunnar: Friedliche Revolution und deutsche Vereinigung 1989 bis 2017. Band II: Nachhaltige Stabilisierung ungleicher Lebensverhältnisse zwischen Ost und West. Zusammenfassende Auswertung der 25 Wellen der repräsentativen Befragung «Leben in den neuen Ländern» seit 1990. Berlin 2018

Winkler, Heinrich August: Geschichte des Westens. Die Zeit der Gegenwart. München 2015

Wirsching, Andreas: Demokratie und Globalisierung. Europa seit 1989. München 2015

## Personenregister

Adorno, Theodor W. 224

Ahbe, Thomas 91

Akgün, Lale 293

Albertz, Heinrich 189

Allen, Woody 83

Altvater, Elmar 252

Anderson, Sascha 187

Aristoteles 92

Arendt, Hannah 140, 174

Arndt, Dieter 9–12, 14

Arndt, Susan 12–13, 89

Ates, Seyran 293

Atwood, Margaret 147

Bahro, Rudolf 72, 96, 251

Barbe, Angelika 87

Baring, Arnulf 95–97, 101–102, 105, 150

Bartsch, Dietmar 251, 255–256

Beckenbauer, Franz 263

Becker, Jurek 220

Benda, Ernst 75

Bender, Peter 304

Benjamin, Hilde 157

Benser, Günter 261

Berg, Stefan 181

Berger, Götz 40

Beyer, Frank 40

Biermann, Wolf 47, 96, 186–187

Birthler, Marianne 51, 198–199, 237–238, 269

Bisky, Lothar 124, 251, 253, 255

Blüm, Norbert 66

Bohley, Bärbel 31, 71–72, 163–164

Böhm, Tatjana 65

Böck, Marcus 122

Borrmann, Rolf 160

Bösch, Frank 293

Brandt, Willy 247

Braun, Volker 40, 186

Bresser, Klaus 87

Brie, André 255

Broszat, Martin 203

Burlakow, Matwej 134

Bush, George W. 259

Castorf, Frank 252

Ceaușescu, Nicolae 25

Chamberlain, Houston Stewart 230

Churchill, Winston 83

Dahrendorf, Ralf 20, 140–142, 267, 274–276

Danz, Tamara 40, 189

Decker, Markus 303

Deligöz, Ekin 293

Demke, Christoph 40

Dieckmann, Christoph 181, 284–285

Diestel, Peter-Michael 189

Disraeli, Benjamin 268

Dönhoff, Marion 304

Dostojewski, Fjodor M. 232

Eckert, Rainer 204

Eichmann, Adolf 220

Engels, Friedrich 70

Engler, Wolfgang 181, 299, 305

Eppelmann, Rainer 31, 65, 95, 199

Erhard, Ludwig 110

Eribon, Didier 19

Falcke, Heino 252

Faulenbach, Bernd 227

«Feine Sahne Fischfilet» 223

Fink, Heinrich 189